Türkei dirigiert Europa S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 17 – 28. April 2012

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Es braut sich etwas zusammen über „Dem Deutschen Volke“: Zugriff auf deutsche Steuergelder bald Fremden möglich? Bild: imago

»Zurück in die Steinzeit«

Nervosität steigt: Immer mehr Stimmen erheben sich gegen den ESM

Euro-Partner verlangen von Deutschland, endlich zu akzeptieren, dass es zum Dauerzahler für den Euro-Raum wird.

Die Nervosität unter deutschen Politikern steigt Woche für Woche. Immer mehr Entscheidungsträgern scheint zu dämmern, auf welch gefährlichen Pfad Deutschland mit dem dauerhaften „Euro-Rettungsschirm“ ESM getrieben wird. Und: dass es ein Pfad ohne Fluchtweg, ohne Chance zur Umkehr werden könnte, wenn er nicht noch in letzter Minute verlassen wird.

Mit Herta Däubler-Gmelin (SPD) hat nun sogar eine ehemalige Bundesministerin (Justiz) angekündigt, gegen den ESM zu klagen. Kritiker melden allerdings Zweifel daran an, ob Däubler-Gmelin ihren Vorstoß ernst meint oder aber bloß Opposition simuliert. Wenig qualifizierte Äußerungen des an Däubler-Gmelins Klage beteiligten Verfassungsrechtlers Christoph Degenhart hatten die Zweifel ausgelöst.

Kern der Kritik am ESM ist, dass es einem nicht demokratisch gewählten Gouverneursrat künftig gestattet sein soll, Geld von Euro-Staaten einzufordern. Dies könne Deutschland ruinieren, seine Bürger gar „finanziell in die Steinzeit zurückwerfen“, wie die Initiatoren der Aktion „Stop ESM“ formulieren (www.stop-esm.org).

Wasser auf die Mühlen der ESM-Gegner ist, dass die Befürworter der Euro-Rettungspolitik immer unumwundener zugeben, dass die Währungsunion in ihrer jetzigen Form nur als „Transferunion“ überleben könne. Woraus sie allerdings den Schluss ziehen, dass die Deutschen sich mit der Dauerzahlerrolle mit unübersehbaren Risiken abzufinden hätten.

Klage gegen Bundesbankvorstand wegen Veruntreuung

Der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, wirft vielen ESM-Gegnern vor, in ihrer Kritik halbherzig zu sein. Im „Handelsblatt“ moniert er, es sei „scheinheilig“, den ESM abzulehnen und dennoch den Euro so, wie er ist, erhalten zu wollen, denn: „Würde der Bundestag den ESM jetzt ablehnen, wäre der Euro in seiner jetzigen Form am Ende.“

Laut Henkel kann die Katastrophe nur abgewendet werden, wenn der radikale Schnitt vollzogen wird, also etwa das Aufbrechen der Euro-Zone zugunsten eines „Nord-Euro“ der stabileren Länder. Der Euro, so Henkel, habe die „Krise, in der er steckt, selbst verursacht“. Nun sähen wir seine „Explosion in Zeitlupe“.

Unterdessen hat der Münchener Jura-Professor Bernd Schünemann Strafanzeige gegen die Bundesbank wegen Untreue aufgrund des „Target-2-Programms“ gestellt. Target 2 ist das Zahlungssystem unter den nationalen Notenbanken der Euro-Zone. Die Notenbanken Italiens, Spaniens, Griechenlands, Irlands und Portugals haben über Target-2-Verbindlichkeiten gegenüber der EZB von rund 600 Milliarden Euro aufgebaut, denen vor allem Forderungen der Bundesbank gegenüberstehen. Das sei ein weiterer, verdeckter „Rettungsschirm“, worüber die Bundesbank rechtzeitig hätte aufklären müssen, so Schünemann. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Unerträglich

Es ist schon erstaunlich, wen der deutsche Wohlfahrtsstaat so alles an seinem üppigen Busen nährt. Auch der vom Verfassungsschutz beobachtete salafistische Hass-Prediger Ibrahim Abou-Nagie, Drahtzieher der umstrittenen Koran-Verteilaktion, lebt von deutschem Steuergeld. Als Hartz-IV-Empfänger kassiert er seit fünf Jahren 1860 Euro im Monat zuzüglich Kindergeld. Das macht summa summarum mehr als 100000 Euro. Eine hübsche Summe, mit der er ein Leben im schmucken Reihenhaus in gutbürgerlicher Gegend und ein teures Auto finanziert. Das ist ein Lebensstandard, von dem der normale Empfänger staatlicher Transferleistungen und selbst der wackere Malocher mit prall gefülltem Überstundenkonto nur träumen können. Zum „Sozialfall“ ist Abou-Nagie übrigens geworden, weil er als selbstständiger Unternehmer „aus Prinzip“ eine Steuernachzahlung verweigert und der böse Staat ihn deshalb „in die Pleite getrieben“ hat. So nimmt er jetzt mit offenen Händen die mit selbstzerstörerischer Freigiebigkeit dargebotenen Segnungen des Staates entgegen, den er ablehnt und gegen den er hetzt. Bequem in der sozialen Hängematte schaukelnd, hat er auch genügend Zeit für seine radikalislamischen Umtriebe.

Das ist in jeder Hinsicht unerträglich. Wer in gefährlicher Weise gegen unser Land und unsere Werte hetzt und Demokratie wie Rechtsstaat beseitigen will, sollte dahin zurückgeschickt werden, wo er hergekommen ist. Sollte eben dieser Rechtsstaat ihn davor schützen, darf er keinesfalls weiter auf unsere Kosten leben. Die Behörden müssen den Rücken gerade machen und Abou-Nagie die Leistungen empfindlich kürzen oder besser gleich ganz streichen.

Mit Hollande den Bach runter

Le-Pen-Wähler setzen aufgrund bizarrer Motive auf den Sozialisten

Nach der ersten Runde der Präsidentenwahl in Frankreich prophezeien die Umfrageinstitute für die Stichwahl am 6. Mai dem Sozialisten François Hollande den Sieg, weil die Stimmenübertragungen von den linken Parteien, darunter von der Front de Gauche (11,1 Prozent bei der ersten Runde), Hollande zu 85 bis 90 Prozent sicher seien, während es auf dem rechten Flügel des Parteienspektrums für Nicolas Sarkozy nicht so günstig aussehe.

Am Wahlabend trumpften die Sarkozy-Anhänger damit auf, dass mit dem starken Ergebnis von Marine Le Pen vom Front National (FN) ein Rechtsruck eingetreten sei und dass die Gesamtmenge der rechten Stimmen diejenige der vereinigten Linken überrage. Rein arithmetisch stimmt das. Zumal der als Volkstribun erfolgreiche Führer der Linksfront, Jean-Luc Mélenchon, nicht die vorausgesagten 15 Prozent der Stimmen erhielt. Eine linke Dynamik ist also nicht entstanden.

Sarkozy ist Hauptfeind der »Lepenisten«

Aber ein Zusammengehen der FN und der UMP ist ausgeschlossen. Für die Führung der FN bleibt die gemäßigte Rechte der Hauptgegner, denn sie will die treibende Kraft im rechten Lager werden. Wie werden sich aber die Anhänger der FN verhalten? Laut Umfragen der Institute würden nur 50 Prozent der „Lepenisten“ Sarkozy aus Angst vor dem Kommunismus wählen, während 25 Prozent von ihnen zu Hollande hinüberlaufen. Sarkozy müsste mindestens noch 20 Prozent von ihnen dazubekommen. Aus Kreisen der FN hört man jedoch, dass eine große Zahl der „Lepenisten“ für Hollande stimmen wird, denn sie denken, dass Frankreich mit Hollande viel schneller als mit Sarkozy den Bach heruntergeht, so dass die Front National dann gerufen wird, um das Vaterland zu retten. *Jean-Paul Picaper*

Euro-Retter brechen weg

Niederlande und Finnland in finanziellen Nöten

Mit den Niederlanden rutscht der nach Deutschland zweitgrößte Euro-Staat mit höchster Bonitätsnote (AAA) immer tiefer in die Krise. Die Wirtschaft schrumpft 2012 voraussichtlich um 0,75 Prozent, das Haushaltsdefizit wächst auf 4,5 Prozent. Nachdem die Freiheitspartei (PVV) von Geert Wilders der Minderheitskoalition aus Nationalliberalen und Christdemokraten die Unterstützung entzogen hat, wird zudem monatelanger politischer Stillstand bis zu Neuwahlen befürchtet, die erst im Spätsommer oder Herbst erwartet werden.

Neben den Niederlanden und Deutschland besitzen derzeit nur zwei weitere Euro-Staaten noch die Bonitätsnote AAA: Finnland und Luxemburg. Der Gigant der finnischen Wirtschaft ist indes der Mobiltelefon-Hersteller Nokia. Und Nokia befindet sich nach Milliardenverlusten in einer schweren Krise, die kaum ohne gravierende Auswirkungen auf die Volkswirtschaft des Landes bleiben dürfte. Fiele auch Helsinki als Stabilitätsanker des Euro-Raums aus, bliebe Berlin mit Luxemburg allein zurück – mit anderen Worten: auf verlorenem Posten.

Bleiben noch Berlin und Luxemburg

Sowohl die PVV als auch die in Umfragen erstarkte radikale Linke und die Sozialdemokraten der Niederlande verweigern sich Sparmaßnahmen und Arbeitsmarktreformen nach deutschem Vorbild. Die PVV bemängelt vor allem, dass auf diese Weise Niederländer für die Schulden anderer Länder bluten müssten.

In der zweitgrößten Volkswirtschaft der Euro-Zone konnten die Sozialisten mit einem ähnlichen Programm soeben die erste Runde der Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden. Der von Angela Merkel angestrebte „Fiskalpakt“ zur Stabilisierung der Staatsfinanzen in der Euro-Zone steht damit mehr denn je in Frage. *H.H.*

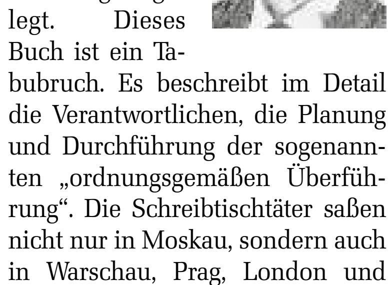
Zwischenruf

Freiheit, Wahrheit und die Realität

Ergebnis des FDP-Parteitages vom vergangenen Wochenende: Die FDP sieht sich als einzige Partei, die die Freiheit des Einzelnen zum Maß, Mittel und Zweck ihrer Politik macht. Die Liberalen vertrauen den Menschen mehr als dem Staat.

Die Realität belegt, dass dieser Anspruch leider nur Wahlkampfrhetorik der Liberalen ist. FDP-Fraktionschef Brüderle diffamierte das Erziehungsgeld als „Herdprämie“. Offensichtlich also vertraut der „Altmeister der Sprücheklopfer“ nicht den Menschen, den Müttern, er sieht die hochsensible Aufgabe der Betreuung und der Erziehung der Kleinkinder besser bei der staatlichen Kita aufgehoben.

Die FDP hat nichts unternommen, um die in dieser Republik notleidende Meinungsfreiheit zu stärken. Insbesondere bei der Thematik „Flucht und Vertreibung“ haben die Liberalen immer auf der „political correctness“ bestanden. Nun hat ein Ire, Ray M. Douglas, eine Gesamtdarstellung der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg vorgelegt. Dieses Buch ist ein Tabubruch. Es beschreibt im Detail die Verantwortlichen, die Planung und Durchführung der sogenannten „ordnungsgemäßen Überführung“. Die Schreibtischtäter saßen nicht nur in Moskau, sondern auch in Warschau, Prag, London und Washington.



Karl-Peter Schwarz schreibt in seiner Rezension des Douglas-Buches in der „FAZ“ vom 23. April: „Terror und Gewalt gingen auf das Konto von Staatsorganen, die auf Befehl handelten ... So schonungslos und umfassend wurden diese Staatsverbrechen bisher von keinem Historiker dargestellt.“ Der Meinungsdruck der „political correctness“ hat die Wahrheit unter dem Teppich gehalten. Genscher, Westerwelle und andere haben tatkräftig daran mitgewirkt.

So kommt es nun wie bei der verlogenen Wehrmachtsaustellung: Der Wahrheit wird durch ausländische Wissenschaftler zum Durchbruch verholfen. *W. v. Gottberg*

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger bei.

Die Schulden-Uhr:

Für die Familie

Tut der Staat zu wenig für die Familienförderung? Die nackten Zahlen jedenfalls sehen so aus: 33 Milliarden Euro werden jährlich an Kindergeld gezahlt, plus drei Milliarden Euro steuerliche Familienförderung. 2011 wurden 4,7 Milliarden Euro Elterngeld überwiesen. Kindererziehungszeiten bei der Rente kosten 11,5 Milliarden Euro, beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und Jugendlichen 15 Milliarden, plus elf Milliarden für nichterwerbstätige Ehegatten und 20 Milliarden Euro Einnahmeverlust durch Ehegattensplitting. Hinzu kommen 1,6 Milliarden Euro Bafög und 29 Milliarden Kinder- und Jugendhilfe, davon 18 Milliarden für Betreuung. *Bel*

2.034.283.487.226 €

Vorwoche: 2.033.460.178.112 €
Verschuldung pro Kopf: 24.869 €
Vorwoche: 24.859 €

(Dienstag, 24. April 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Griff in die Kasse

Griechenlands Eliten betrachten auch jetzt noch den Staatshaushalt als Selbstbedienungsladen

Kaum sind Umschuldung und weitere Rettungsgelder für Griechenland unter Dach und Fach, greifen die beiden stärksten Parteien des Landes in die Staatskasse. Noch kurz vor der Wahl haben sich Pasok und Nea Dimokratia dank noch vorhandener Mehrheit ein eigenes Wahlgeschenk gemacht. 29 Millionen Euro als unpfändbare Zuschüsse aus der fast leeren Staatskasse, deklariert als Parteienfinanzierung. Aber auch die griechische Zentralbank greift zu.

Obwohl sich die beiden Parteien, die sich abwechselnd seit Jahrzehnten in Griechenland die Macht teilen, mit der selbst genehmigten Subventionierung einen unlauteren Vorteil gegenüber konkurrierenden Parteien verschaffen, wird es zur Wahl am 6. Mai denkbar knapp werden. Die Nea Dimokratia (ND) kommt in den Umfragen auf knapp 19,5 Prozent, die sozialistische Pasok auf gerade einmal 14,5 Prozent. Auf Grundlage des griechischen Wahlrechts wird die stärkste Partei zwar mit einem Bonus von 50 Sitzen im Parlament belohnt – von der Minimalvoraussetzung für diese Begünstigung (36 Prozent der Stimmen) sind aber beide Parteien weit entfernt.

Die offensichtliche Dreistigkeit der politischen Elite in Athen hat inzwischen sogar im EU-Parlament für Empörung gesorgt. In einem Brief an EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barosso stellte der Vorsitzende der Liberalen im Europa-Parlament, Guy Verhofstadt, die Frage, wie es angehen kann, dass die beiden Parteien, die „für die heutige Situation verantwortlich sind, zu Lasten der Steuerzahler staatliche Zuschüsse erhalten“.

In Griechenland könnte die Aktion sich leicht als politischer Bumerang erweisen. Auch der breiteren Öffentlichkeit könnte nun auffallen, welche Schulden Nea Dimokratia und Pasok inzwischen angehäuft haben. 200 Millionen Euro – aufgenommen bei Banken unter Verpfändung zukünftiger Staatszuschüsse. Falls diese Subventionen allerdings wegen eines Machtverlustes ausbleiben sollten, bleibt der schwarze Peter bei den Kredit gebenden Banken hängen.

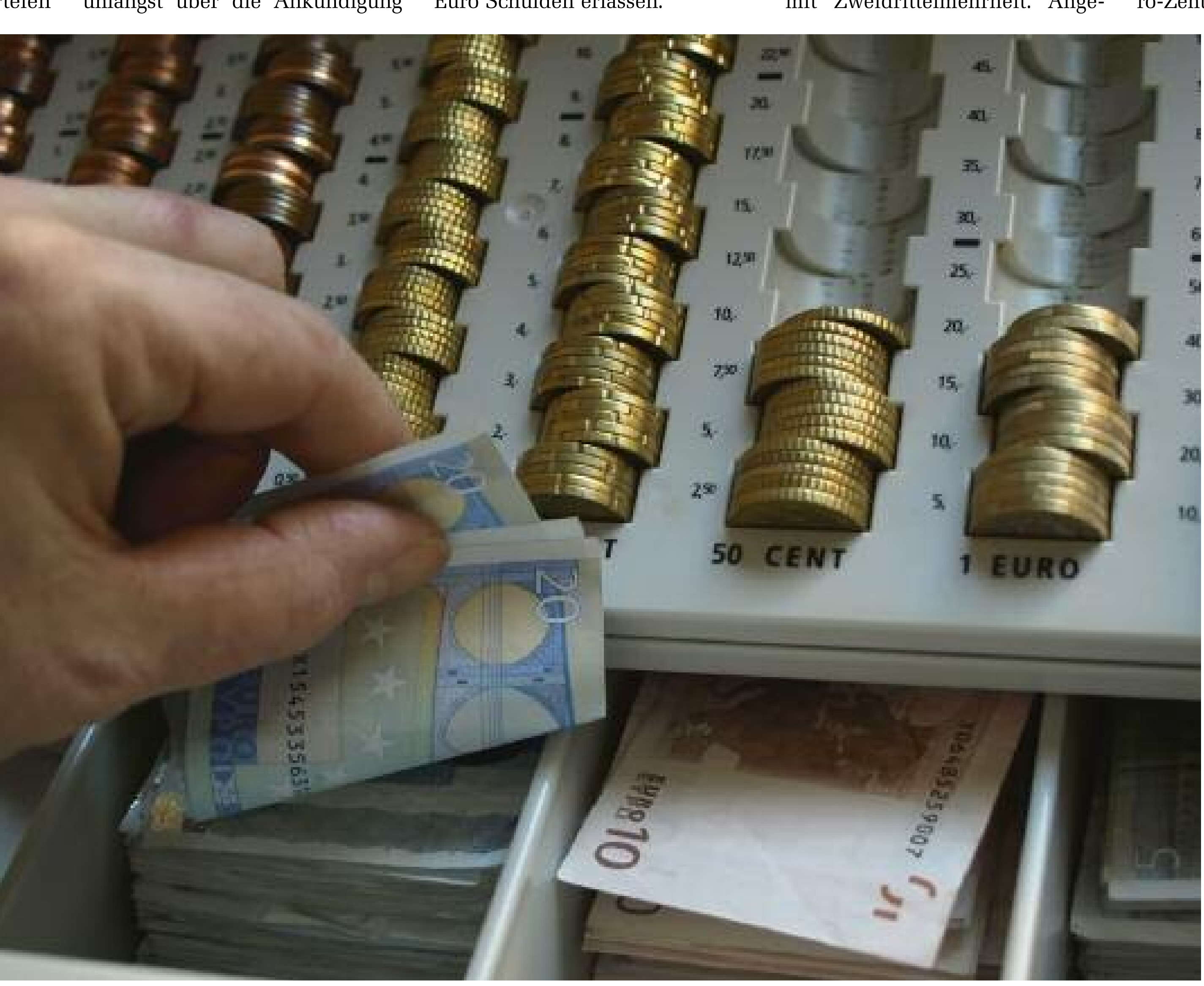
Für noch größere Überraschungen – auch für die deutschen Steuerzahler – könnte indes noch Griechenlands Zentralbank, die „Bank of Greece“, sorgen. Aktionäre der Notenbank konnten sich unlängst über die Ankündigung einer Gewinnausschüttung von fast 100 Millionen Euro freuen. Ausgezahlt werden soll dieser „Gewinn“, obwohl das Land bisher nur mit Finanzhilfen der internationalen Gemeinschaft und einem Verzicht der Gläubiger über Wasser gehalten werden konnte. Allein das jüngste Rettungspaket für Griechenland belief sich auf über 109 Milliarden Euro – private Gläubiger haben dem Land rund 110 Milliarden Euro Schulden erlassen.

Griechische Zentralbank »druckt« selbst Geld

Angesichts dieser Zahlen ist eine Gewinnausschüttung über 96,6 Millionen Euro zwar kaum nachvollziehbar, womöglich aber bald nur eine Lappalie. Nach jetzt veröffentlichten Daten greift die griechische Zentralbank inzwischen auf ein Mittel zurück, das sich schon in Irland besonderer Beliebtheit erfreut hat: der Schöpfung neuer Euros unabhängig von der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt. Per Liquiditätsnothilfen (Emergency Liquidity Assistance) wurden aus dem Nichts bis Ende Februar 109,9 Milliarden Euro von der „Bank of Greece“ den griechischen Geschäftsbanken zur Verfügung gestellt. Gestoppt werden kann dieses „Gelddrucken“ auf eigene Faust im EZB-Zentralrat nur mit Zweidrittelmehrheit. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse ein hoffnungsloses Unterfangen.

Die Deutsche Bundesbank mit einem EZB-Kapitalanteil von fast 19 Prozent verfügt über das gleiche Stimmgewicht wie Griechenlands Zentralbank mit einem Kapitalanteil von 1,96 Prozent. Noch dramatischer ist das Missverhältnis zwischen Macht und Haftungsrisiko im Fall der Zentralbank Zyperns. Mit 0,13 Prozent Kapitalanteil bei der EZB hat Zyperns Notenbank ebenfalls das gleiche Stimmgewicht wie die Bundesbank.

Es ist beileibe nicht der einzige Konstruktionsfehler des Euros, der immer offensichtlicher wird. Die Target2-Verbindlichkeiten Griechenlands gegenüber anderen Euro-Zentralbanken haben sich bis Ende Februar auf über 107 Milliarden Euro summiert. Mangels geregelter Ausgleichsfristen steht in den Sternen, wann etwa die Bundesbank fällige Zahlungen der „Bank of Greece“ erstattet bekommt. Die Forderungen der Bundesbank an andere Euro-Zentralbanken sind bis Ende Februar auf 547 Milliarden Euro, bis Ende März auf 615 Milliarden Euro gestiegen. Im Falle von Griechenland stehen schon die Bilanzposten „Target2“ und „Liquiditätsnothilfen“ mit einer Gesamtsumme von etwa 217 Milliarden Euro in keinem Verhältnis zum griechischen Bruttoinlandsprodukt von lediglich 215 Milliarden Euro jährlich. Damit nicht genug führt die „Bank of Greece“ noch einmal 279,5 Milliarden Euro außerhalb der offiziellen Bilanz. Mangels näherer Angaben ist unklar, welche Risiken oder Vermögenswerte so bis zum Anbruch besserer Zeiten geparkt werden sollen. *Norman Hanert*



Absolut nichts begriffen: Die großen Parteien wahren nicht einmal den Anschein, dass sie etwas aus der Krise gelernt haben könnten Bild: Bildmaschine 1197342

Von der Vergangenheit eingeholt

Prag entschädigt katholische Kirche für kommunistische Enteignung

Stanislav Drapal, Vize-Direktor des Tschechischen Statistikamts (CSU), muss derzeit unangenehme Fragen zu den vorläufigen Resultaten der Volkszählung 2011 beantworten, zum Beispiel diese: „Stimmt es, dass die Tschechische Republik das atheistischste Land der Welt ist?“ Es stimmt! Nur 1,5 Millionen, 14 Prozent der Bevölkerung, gehören einer der 26 staatlich anerkannten Kirchen an, davon allein 1,1 Millionen der katholischen Kirche. Deren Oberhaupt ist der 1943 geborene Erzbischof Dominik Duka, seit Jahresbeginn Träger des Kardinals-Purpurs, einer Würdigung des Vatikans für seinen Mut unter dem kommunistischen Regime und Ermutigung im Dauerstreit um die Rückgabe enteigneten Kirchenbesitzes. Dabei ist der Dauerstreit im Grund längst entschieden, seit 2007 der staatliche Boden- und Waldfonds den Streitwert auf 5,36 Milliarden Euro festlegte, 2010 das Verfassungsgericht die kirchlichen Ansprüche bestätigte und in diesem Jahr Regierung und Senat die nötigen Gesetze abnickten. Hinderlich sind allein mediale Demagogie, behördlicher Stumpfsinn und Kirchenfeindlichkeit von Tschechen, wie Kardinal Duka mit Hohn und Schadenfreude über amtliche Eigentore registriert.

Denn die tschechische Kulturgeschichte fußt auf Kirchenprominenz, beginnend 863 mit den „Slawenaposteln“ Kyrill und Method sowie weiteren Lichtgestalten, von deren Ruhm 30 Statuen auf der Prager Karlsbrücke künden. Wobei Stars in dieser Galerie fehlen: Jan Hus, der Kirchenreformer aus dem 14. Jahrhundert, und Jan Amos Comenius, der geniale Schulreformer aus dem 17. Jahrhundert, nach dessen „Orbis pictus“ noch Goethe Lesen und Schreiben lernte. Böhmischer Provinzialismus hat das vergessen, auch die Enteignungen ab 1948 und die „Aktion K“ vom April 1950, mit der jahrelanger Terror gegen Kirchen und Geistliche begann. Heutige Umfragen und „Argumente“ wie „Woher hat die Kirche Eigentum?“ und „Sind Milliarden nicht zu viel?“ nennt Kardinal Duka „demagogisch“. Hinter ihm stehen alle religiösen Gruppen, auch die Föderation jüdischer Gemeinden, auf seiner Seite stehen Politik und Recht.

Und ökonomische Vernunft steuert dieser Schwejk im Purpur selber bei: Seit 1949 ist der Staat gesetzlich verpflichtet, die Konfessionen zu unterhalten. Derzeit sind es noch 17 Kirchen, für die 2011 56 Millionen Euro aufzubringen waren, was zu sparen wäre, falls die Kirchen durch Eigentumsrückgabe zu wirtschaftlicher Autonomie kämen. Dieser Sicht Dukas stimmt auch der Städte- und Gemeindenverband (SMO) zu, dem seit 20 Jahren viele Grundstücke „wegen ungeklärter Besitzverhältnisse blockiert“ sind, auch für Fördermittel aus EU-Fonds.

Furcht vor deutschen Forderungen

Duka, der Ökonom der Prager Erzdiözese Karel Sticha und die „Expertenkommission für Kircheneigentum“ halten ihre „interne“ Liste enteigneten Besitzes geheim, um Tricks der Behörden vorzubeugen, etwa kirchlichen Wald in Eile abzuholzen. Eigentum im Wert von drei Milliarden Euro wird den Kirchen direkt zurückgegeben, weitere 2,4 Milliarden werden finanziell so abgegolten, dass 30 Jahre lang knapp 80 Millionen Euro gezahlt werden. Wem das als „schreckliche Zahl“ erscheint, dem rechnet das Duka-Team vor, dass zum Beispiel ein Lehrerstreik dreifach teurer wäre, von den 1,4 Milliarden jährlich für „erneuerbare Energie“ gar nicht zu reden.

Viele Tschechen fürchten aber auch, dass wenn die katholische Kirche entschädigt wird, bald weitere Ansprüche folgen könnten. So zum Beispiel aus Deutschland. Am 1. April hat der Bischof von Pilsen Frantisek Radkovsky eine Ausstellung „Zerstörte Kirchen in Westböhmen 1948 bis 1989“ eröffnet, die kommunistischen Vandalismus dokumentiert – an sudetendeutschen Kirchen, denn andere gab es in der Region kaum. Deutsches Kirchenleben hörte am 4. Mai 1945 auf, wie es ein Gesetz von 1948 rückwirkend bestimmte. Durch Vertreibungen verlor allein die Deutsche Evangelische Kirche (DEK) 110 Kirchen, 16 Gebetshäuser, 68 Pfarrgebäude, 16 Sozialgebäude, sechs Schulen, 42 Friedhöfe und vieles mehr. Die evangelische Kirche wollte von Deutschland aus durch Verbindung mit der böhmischen Brüderkirche einiges retten, scheiterte aber an kommunistischen Behörden. Details und Neuansätze nach 1990 kennt die „Johannes-Mathesius-Gesellschaft“, die sich seit 1957 mit deutschem Kirchenerbe in Böhmen befasst. *W. Oschlies*

Piusbrüder vor Rückkehr

Eine Einigung zwischen der konservativen Piusbruderschaft und der katholischen Kirche unter Papst Benedikt XVI. ist offenbar in greifbare Nähe gerückt. Zuerst hatte der stets gut informierte italienische Vatikanexperte Andrea Tornielli von dem bevorstehenden Abschluss der Verhandlungen im Magazin „Vatikan Insider“ berichtet. Der Generalobere der Piusbruderschaft, Erzbischof Bernard Fellay, bezeichnete die Meldung zwar als „verfrüht“, dementierte sie jedoch nicht. Offenbar gegen erheblichen Widerstand von etwa einem Viertel seiner Mitglieder, darunter die drei anderen Pius-Bischöfe, konnte Fellay seine versöhnliche Position durchsetzen.

Auch Vatikansprecher Frederico Lombardi widersprach der Meldung nicht und bestätigte, dass die vorgelegte Erklärung von der Piusbruderschaft mit „einigen wenigen Änderungen“ akzeptiert worden sei. Nun müsse das Ergebnis Papst Benedikt XVI. vorgelegt werden. Für die Piusbruderschaft ist die Gründung einer eigenen Personalprälatur oder eines Personalordinariates angedacht, so dass die derzeit rund 600 000 konservativ orientierten Katholiken einen Freiraum zum Aufbau eigener Gemeinden erhalten würden. *H.E.B.*

Widerstand wirkt!

Von Vera Lengsfeld

Potsdam gilt seit alters her als Salon von Berlin. Dort, wo der Salon am prächtigsten ist, im Villenviertel zwischen Neuem Garten und Pfingstberg, befand sich ein Vorhof zur Hölle. Hier betrieb der sowjetische Geheimdienst ab 1945 ein Untersuchungsgefängnis – für angebliche „Spione“, die mit Isolationshaft und Folter zu Geständnissen gezwungen und anschließend in den Gulag deportiert wurden. Manche waren nicht einmal volljährig. Wer die Zwangsarbeitslager überlebte, kam erst nach acht bis zehn Jahren wieder nach Hause.

Als die Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte nach der Vereinigung Deutschland verließ, öffneten sich auch die Tore des „Militärstädtchens“ in Potsdam. Unter den Hinterlassenschaften befanden sich die fast unveränderten Zellen des einstigen KGB-Gefängnisses. Es gelang engagierten Bürgern, darunter mehrere ehemalige Insassen, die Villa zu einer Gedenkstätte zu machen.

Memorial Deutschland stellte eine Ausstellung zusammen, „Von Potsdam nach Workuta“, die eindrucksvoll Häftlingsschicksale dokumentierte. Die Ausstellung fand regen Zuspruch, die angebotenen Gespräche mit Zeitzeugen waren gut besucht. Das änderte sich, als 2008 die staatliche „Stiftung Gedenk-, und Begegnungsstätte Leistikowstrasse“ gegründet wurde. Die Ausstellung von Memorial wurde wegen angeblicher „Unwissenschaftlichkeit“ entfernt und den Zeitzeugen wurden alsbald Gespräche im Haus untersagt.

Mit viel Steuergeld wurde eine neue Dauerausstellung erstellt, die allerdings nicht mehr das Gefängnis und seine Insassen in den Mittelpunkt stellte, sondern das Militärstädtchen und die militärische Spionageabwehr, die Gefängnisgeschichte folgt erst an dritter Stelle. Zwar wurden Häftlingsschicksale dokumentiert, aber eher harmlose Aussagen in den Fokus gerückt. So erfährt ein Besucher nicht, dass ein Geständnis mit der Drohung, die Mutter hinzurichten, erpresst wurde, sondern nur von dem Tuch, dass die Gefangenen durch alle Gefängnisse und Lager begleitet hat. Es wurden am denkmalgeschützten Bau sogar die Vergrößerung der Kellerfenster und das Entfernen der Verdunkelungen vorgenommen, um den Eindruck von Dunkelhaft zu verwischen.

Gegen diese Geschichtsklitterung kämpfte eine Zeitzeugeninitiative jahrelang vergeblich. Bei der Eröffnung der Dauerausstellung vergangene Woche gelang es ihr dann doch, auf den Skandal aufmerksam zu machen.

Als Ministerpräsident Platzeck und Kulturstaatssekretär Neumann auf der Tribüne Plakate lesen mussten, die gegen die Verharmlosung des KGB protestierten, waren sie so beeindruckt, dass sie versprachen, die Ausstellung zu ändern. Wir werden sie beim Wort nehmen!

Die Täter als »nette Menschen«

Potsdam: KGB-Museum eröffnet – Opfer protestieren gegen Beschönigung der Verbrechen



Schon in Sachsenhausen bemühte sie sich, die roten Verbrechen kleinzureden: Gedenkstellenleiterin Ines Reich mit Bildern von Opfern im ehemaligen KGB-Gefängnis in der Potsdamer Leistikowstraße

Bild: Theo Heimann/dapd

Am 18. April wurde in der Potsdamer Leistikowstraße im Beisein von Ministerpräsident Platzeck (SPD) und des Bundeskulturstaatssekretärs Bernd Neumann (CDU) die Gedenkstätte im ehemaligen Untersuchungsgefängnis des KGB eröffnet. Parallel zur offiziellen Feierstunden fand eine Gegenveranstaltung der Opferverbände statt. Als Sprecher der Zeitzeugen-Initiative gehört Bodo Platt (81) zu den schärfsten Kritikern der Ausstellung im KGB-Museum. Als 18-Jähriger war er selbst in der Leistikowstraße inhaftiert, bevor er 1948 zu 20 Jahren Zwangsarbeit im sowjetischen Gulag verurteilt wurde. Mit Bodo Platt sprach Norman Hanert:

PAZ: *War die Gegenveranstaltung ein Erfolg? Die Veranstaltungsräume waren überfüllt – Zahlreiche Medienvertreter, selbst Kamerateams sind gekommen.*

Bodo Platt: Wir hoffen, dass einiges angestoßen wurde. Warum? Wir sind in der Öffentlichkeit wahrgenommen worden. Durch die Menschenkette und durch die Pressekonferenz. Was uns hoffen lässt, ist die Rede von Ministerpräsident Platzeck, die wir in großen Teilen als richtig empfunden haben. Nämlich eine klare Position zu den Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft. Herr Platzeck als auch Kulturstaatsminister Neumann haben auch deutlich gemacht, dass die Ausstellung die Schicksale der Häftlinge deutlicher herausstellen muss.

PAZ: *Trotzdem bleiben Sie skeptisch in Bezug auf die Ausstellung?*

Platt: Man will auf zwei Themen stärker eingehen – die Darstellung des Gulag und den Jugendwiderstand. Das ändert aber nichts an der bisherigen tendenziösen Ausstellung. Ich bin nach wie vor etwas skeptisch, weil ich mir rein praktisch kaum vorstellen kann, wie man die Ausstellung jetzt noch verändern kann. Man kann vielleicht zusätzliche Dinge einbringen, was die Ausstellung dann aber noch mehr überfrachtet.

PAZ: *Nebensächliche Details, während die Schicksale der Opfer zu kurz kommen, ist einer der zahlreichen Kritikpunkte. Ihnen ist die subtile Art aufgefallen, mit der eine bestimmte Tendenz der Ausstellung erzeugt wird.*

Platt: Von Anfang an gab es immer viele Beschreibungen über den Alltag des KGB, und zwar mit vielen Bildern, die KGB-Offiziere und Mannschaften als ganz normale, nette Menschen darstellen. Das wird ausgedrückt – und das ist das subtile – durch die Auswahl der Fotos, während die Texte der Zeitzeugen genau das Gegenteil beschreiben.

PAZ: *Im Zweifelsfall schauen sich Besucher eher die Fotos an, statt sich die längeren Texte durchzulesen.*

Platt: Genau. Man sieht einen Untersuchungsoffizier des KGB mit seinen Kindern, oder den Rotarmisten beim Domino spielen. Das gibt dann ein Bild vom KGB, das sehr positiv ist. Das korrespondiert aber nicht mit den Rahmentexten, die schildern häufig die wahren Zustände, die Leiden der Opfer, weil die Texte mit Hilfe der Beiräte korrigiert wurden.

PAZ: *Die Museumsleiterin Ines Reich ist bereits wegen der Ausstellungsgestaltung zum sowjetischen Speziallager in Sachsenhausen in die Kritik geraten.*

Platt: Soweit wie ich weiß, hat es jahrelang Auseinandersetzungen um Details gegeben. Es gibt dort einige Dokumente, da wird einem schier schlecht: Zum Beispiel wird geschildert, wie die „Tscheka“ – die Geheimpolizei der Frühphase der Sowjetunion – sich um die Bildung von Bauernsöhnen bemüht hat, um sie dann als Offiziere zu beschäftigen. Das wird als sehr positiv dargestellt.

PAZ: *Nach der Untersuchungshaft in der Potsdamer Leistikowstraße waren Sie selbst in Sachsenhausen und später im Gulag gefangen. Die Aufbewahrung zweier Briefe reichte, um sie wegen angeblicher Spionage zu 20 Jahren Zwangsarbeit zu verurteilen?*

Platt: Wir wurden oft gefragt, warum wir verhaftet worden sind. Das versteht man heute wahrscheinlich überhaupt nicht mehr – wir waren alle Liegnitzer (Niederschlesien, d. Red.). Wir hatten uns in Flüchtlingslisten wiedergefunden und dann Briefkontakt aufgenommen. Freunde und Schulkameraden hatten wir ja durch die Flucht verloren. Diese Wurzeln fehlen uns bis heute. Es ist ein Stück Heimat, das verloren gegangen war, weil man die Menschen nicht mehr sprechen und nicht mehr sehen konnte.

PAZ: *Nach dem damaligen Urteil sollten sie erst im Jahr 1968 entlassen werden. Wie hoch war die Wahrscheinlichkeit, zwei Jahrzehnte Zwangsarbeit am Polarkreis zu überleben?*

Platt: Die Todesrate war meiner Meinung bei uns nicht sehr hoch. Die Verpflegung war so, dass wir immer hungrig waren. Aber man ist nicht verhungert. Das war nicht im Sinne des damaligen NKWD, weil wir Petersburg mit Kohle versorgt haben. Die Crux war die: Wenn der Schacht einbrach, konnten wir keine Kohle fördern. Dann bekamen wir einen schlechteren „Katjol“ – Uns wurde am nächsten Tag noch weniger Essen gegeben.

PAZ: *Bei Ihrer Rückkehr zusammen mit den letzten Kriegsgefangen im Jahr 1956 war der Empfang in Westdeutschland sehr herzlich. Wie lange hat das Interesse am Schicksal der Rückkehrer angedauert?*

Platt: Das Interesse hat sehr schnell nachgelassen. Ich glaube, dass die furchtbaren Kriegserinnerungen viele Menschen noch stark belastet haben. Inzwischen war das Wirtschaftswunder angebrochen und man wollte von alldem nichts mehr wissen. Deshalb haben wir dann auch nichts mehr erzählt. Wir haben auf diese Weise geschwiegen, in Ostdeutschland musste man schweigen. Da sind gewisse Parallelen.

PAZ: *Besteht die Gefahr, dass die Schicksale der Gulag-Gefangenen irgendwann völlig in Vergessenheit geraten, wenn die letzten Zeitzeugen gegangen sind?*

Platt: Bei der Menschenkette hat jemand zu mir gesagt, „Wir brauchen noch zehn, 20 Jahre, dann werden die Dinge aufbrechen“ – Wir Zeitzeugen sind dann wahrscheinlich nicht mehr da. Aber ich hoffe, dass eine neue Generation von Historikern sich unserer Erinnerungen und Dokumente annimmt und die Wahrheit über diese Zeit schildert.

Plattner spendet

Unternehmer möchte Kunsthalle für Potsdam

Die Stiftung einer Kunsthalle für Potsdam, so lautet das Angebot des Gründers des Softwarekonzerns SAP, Hasso Plattner, an die brandenburgische Landeshauptstadt: Die Offerte umfasst nicht nur den Bau der Halle, sondern auch die Anlegung von Kunstsammlungen und später sogar die Einbringung von Plattners privater Sammlung mit Werken der Klassischen Moderne.

Linke will möglichen Standort blockieren

Entstehen könnte das Haus unweit des im Bau befindlichen neuen Landtages auf einem Grundstück, auf dem sich derzeit noch das Hotelhochhaus „Mercure“ befindet. Die Kunsthalle an diesem Ort würde es möglich machen, das bereits länger umstrittene Hochhaus abzureißen.

Gegen den Abriss des Baus, der sich noch im Eigentum der US-Investmentgesellschaft Blackstone befindet, macht vor allem die „Linke“ mobil.

Für die Stadt Potsdam ist das Engagement des Mäzens Hasso Plattner ein Glücksfall: eine Spende über 200 Millionen ermöglichte bereits der Universität die Einrichtung eines Instituts für Softwaresystemtechnik. Engagiert hat sich Plattner auch bei der Finanzierung des Brandenburger Landtages: Durch seine 20-Millionen-Spende kann das Gebäude eine Fassade nach dem Vorbild des historischen Potsdamer Stadtschlosses erhalten. Eine weitere Spende Plattners ermöglicht es zudem, dass das Gebäude gemäß dem historischen Entwurf mit einem Kupferdach statt mit einem aus Kostengründen zunächst geplanten Dach aus Zinkschindeln versehen wird. *N.H.*

Treitschke bleibt

CDU und Grüne gegen Straßenumbenennung

Die SPD im vornehmen Zehlendorf-Steglitz kann es nicht lassen. Nachdem mehrere Versuche, die Treitschkestraße umzubenennen, gescheitert sind, versuchen die Sozialdemokraten weiter, den Historiker aus dem Straßenbild zu entfernen. Da der Bezirk von einer schwarz-grünen Zählgemeinschaft „regiert“ wird, sind die Aussichten dafür gering, denn die CDU sperrt sich gegen die SPD-Pläne. Mehrere Anträge scheiterten, denn die Grünen blieben ihrem Koalitionspartner gegenüber loyal.

»Dann müssten auch Marx und Luther weg«

Die Sozialdemokraten nennen den (fälschlich!) Heinrich von Treitschke (1834–1896) zugeschriebenen Satz „Die Juden sind unser Unglück“ als Grund ihrer Ablehnung. Da in der Treitschkestraße ein neues Einkaufszentrum entsteht, jammert der SPD-Politiker Michael Karnetzki, diese könne am Ende „Treitschkepassage“ genannt werden.

Nun soll das Bezirksamt eine Anwohnerbefragung durchführen. Uwe Köhne (Grüne) und Torsten Hippe (CDU) formulierten in einem gemeinsamen Antrag: „Die Gegner der Umbenennung meinen, dass Straßennamen nicht an Vorbilder aus heutiger Sicht erinnern, sondern an die Maßstäbe, die zur Zeit der Benennung galten und damit historisches Gedächtnis der Stadt sind.“ Zudem sei es unmöglich, alle aus dem Straßenbild zu tilgen, die vor den Nationalsozialisten antisemitische Bemerkungen gemacht hätten, denn das beträfe auch Martin Luther, Karl Marx, Richard Wagner, Otto von Bismarck, Walther Rathenau und Thomas Mann. *T.M.*

Linke drohen

Für 1. Mai »Aufstandstage« angekündigt

Angespannt erwartet Berlin den 1. Mai wegen der jährlichen Gewalt der linken Szene. Innensenator Frank Henkel (CDU) übernimmt das in den Medien als „Kuschelkurs“ kritisierte Konzept seines SPD-Vorgängers. Mit dem sogenannten „Myfest“, einem Straßenfest am 1. Mai in Kreuzberg, sollen Gewaltbereite demnach verdrängt werden.

Gewalt von links 2011 fast verdoppelt

Autonome kündigten indes an, durch das Fest marschieren zu wollen. Linksextreme wärmen sich mit Brandanschlägen gegen die Firmen Telekom und Graffiti-Frei auf. Beim Graffiti-Beseitiger brannten alle Firmenfahrzeuge aus. In Lederjacke besuchte nun Henkel einen Kreuzberger Jugendclub, wo Jugendliche von 15 bis 23 Jahren in Antigewaltstrategien ausgebildet werden, um für 50 Euro Aufwandsentschädigung als Ordner das sogenannte My-Fest zu unterstützen.

Die linke Szene kündigt derweil für das Umfeld des 1. Mai „Aufstandstage“ an. In öffentlichen Verkehrsmitteln verkünden bereits falsche Plakate, angeblich im Namen von Verkehrsbetreiber BVG, zwischen 26. April und 2. Mai sei „der Kauf von Fahrscheinen freiwillig“. Die Plakate behaupten, das sei eine Entschuldigung für „übermotivierte Fahrscheinkontrolleure“. Linksextreme kündigen zudem Angriffe auf Fahrscheinkontrolleure an. Die Deutsche Polizeigewerkschaft DPolG nannte die jüngsten Entwicklungen in der linken Szene „alarmierend“. Gerade linke Gewalt hat demnach erheblich zugenommen, von 208 Straftaten 2010 auf 397 im letzten Jahr. *SV*

Zeitzeugen



Detlev Karsten Rohwedder – Zwar hatte der Jurist bereits den Dortmunder Stahlkonzern Hoesch erfolgreich saniert und war 1983 vom „Manager Magazin“ zum „Manager des Jahres“ ernannt worden, doch mit dem Vorsitz der Treuhandanstalt übernahm der 1932 Geborene 1990 schlicht eine Position, in der man nicht alles richtig machen kann. Schließlich ging es darum, tausende DDR-Betriebe zu sanieren und zu verkaufen, so denn möglich, und sonst abzuwickeln. In jedem Fall wurden durch ihn Zehntausende arbeitslos. Zugleich übernahm er eine Behörde, die zu wenig Personal für ihre Aufgabe hatte. Während er versuchte, Wunder zu wirken, und unter der vielen Kritik samt Morddrohungen litt, machte jemand ernst: Am 1. April 1991 wurde Rohwedder in seiner Wohnung erschossen. Die Täter des der RAF zugeschriebenen Mordes wurden nie ermittelt.



Birgit Breuel – Die 1932 geborene Hamburger Kaufmannstochter und gelernte Einzelhandelskauffrau wechselte 1990 vom Amt der niedersächsischen Finanzministerin in den Vorstand der Treuhand. Nach Rohwedders Ermordung übernahm sie sein Amt, agierte aber weniger sozialverträglich und spielte westlichen Unternehmen in die Hände.

Egon Rumpel – Millionen D-Mark an Krediten ließ der damalige Sparkassenchef in Halle 1990 ohne Kreditwürdigkeitsprüfung an Geschäftsgründer auszahlen, die versprachen, ihr Geld in den neuen Bundesländern zu investieren. Schnell hatte sich Rumpels Zahlungsfreude im Westen bei Betrügern herumgesprochen, so dass insgesamt 434 Millionen D-Mark „verschenkt“ wurden. Rumpel, der noch im selben Jahr in Rente ging, war überzeugt, Halle auf einen guten Weg in die Marktwirtschaft geführt zu haben. Die Stadt konnte nur einen kleinen Teil des Geldes in Prozessen zurückerstreiten.



Ludwig Tränkner – Eigentlich hatte der Journalist, der für „Die Zeit“ und den „Stern“ geschrieben hatte, die Zeitungen der DDR unter der Aufsicht der Treuhand modernisieren wollen, doch als man ihm den Chefposten der Abteilung „Abwicklung“ anbot, nahm er diesen an. Unter seiner Regie wurden 1991 bis 1994 rund 3000 DDR-Betriebe abgewickelt. Für diesen Job erhielt Tränkner 400000 D-Mark Jahresgehalt. Für negative Schlagzeilen sorgte sein nicht ganz legales Gebaren beim Erwerb einer Villa der Treuhand am Zeuthener See.

Alles muss raus

Der Bund verkauft die noch in seinem Besitz verbliebenen DDR-Immobilien

Anfang Mai will die in Staatsbesitz befindliche TLG Immobilien GmbH detaillierten Einblick in ihre Geschäftszahlen gewähren und sich damit den potenziellen Käufern präsentieren. Diese mussten jedoch schon bis zum 16. April beim Finanzministerium ihr grundsätzliches Interesse bekunden.

Schlicht als „Witz“ bezeichnete der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, das Gebot der Partei „Die Linke“ für die im Staatsbesitz verbliebenen nun zum Verkauf stehenden ehemaligen DDR-Immobilien. Neben den etwa 10000 übernommenen Volkseigenen Betrieben (VEB) der DDR hatte die nach dem Mauerfall 1990 vom Ministerrat der DDR ins Leben gerufene und von der Volkskammer der DDR übernommenen Treuhandanstalt (s. unten) noch einige Tochteranstalten. In jener, die heute TLG Immobilien GmbH heißt, werden die verbliebenen DDR-Immobilien verwaltet. Diese will nun ausgerechnet die Partei „Die Linke“, Nachfolgepartei der DDR-SED, erwerben. Überraschenderweise lobte aber gerade die zu 40 Prozent der SPD gehörende „Frankfurter Rundschau“ die Aktion der Linkspartei. „,Die Linke‘ macht's auch mal richtig“, war dort zu lesen. Und: „,Die Linke‘ verbindet damit ganz konkreten Nutzen für die Mieter mit ihrer antikapitalistischen Programmatik und bewegt sich dabei in bester deutscher Gründertradition.“

> »Die Linke« macht ernste Angelegenheit zur Posse

Die meisten anderen Medien bezeichneten das Kaufangebot der von „Linke“-Fraktionschef Gregor Gysi und anderen ins Leben gerufenen „Treuhandliegenschafts-Genossenschaft Fairwohnen“ für die 11500 Miet-Wohnungen der TLG jedoch eindeutig als politisches Kampfgetöse. Denn Gysi und seine Leute können für die Immobilien bisher nur die Zusage von 30 „Linke“-Politikern für den Kauf von Genossenschaftsanteilen in Höhe von jeweils 513 Euro vorweisen. Ob diese 15390 Euro, plus den Erlös der von den Mietern der dann gekauften Immobilien erworbenen Genossenschaftsanteile und mögliche Bankkredite, über deren Erlangung erst Gespräche geführt werden müssen, reichen, um die von Gysi beschworenen „Heuschrecken“ abzuwehren, ist zu bezweifeln.

Dieser Tage will die vom Finanzministerium mit dem Verkauf beauftragte Investmentbank Barclays Capital ausgewählten Bietern detaillierte Unterlagen über die Liegenschaften der TLG zuschicken. Es ist anzunehmen, dass die Partei „Die Linke“ keine Post erhält, denn schließlich will der Bund endlich Geld mit den DDR-Immobilien verdienen. Überhaupt war die gesamte Privatisierung und die damit verbundene Abwicklung des DDR-Eigentums ein finanzielles Minusgeschäft, das zudem den Ruf der Bundesrepublik Deutschland im Osten der Republik schädigte. Zudem hatte bereits 2008 der geplante Verkauf der im Staatsbesitz verbliebenen und inzwischen sanierten DDR-Immobilien wegen der Finanzkrise verschoben werden müssen.

Experten gehen davon aus, dass sich die in Mietwohnungen und Gewerbeimmobilien unterteilten DDR-Immobilien keineswegs gut verkaufen. Zwar hätten die Wohnungen nur einen Leerstand von drei Prozent aufzuweisen, doch sind sie über den gesamten Osten der Republik verteilt, zudem von der Qualität her mäßig. Außerdem fordert Finanzminister Wolfgang Schäuble vom Käufer die Einhaltung strengster Mieterschutzrechte. Und auch die Gewerbeimmobilien dürften aufgrund ihrer Vielgestaltigkeit Käufer abschrecken. Büros, Geschäfte, Pflegeheime und Veranstaltungsräume, ebenfalls quer über die neuen Länder verteilt, befinden sich in dem Gewerbe-Paket. Insgesamt setzt der Bund den Wert der gesamten Immobilien auf 1,7 Milliarden Euro an. Da die TLG aber auch noch Schulden im Hintergrund hat, bleibt abzuwarten, wie viele potenzielle Käufer bezahlen wollen. *Rebecca Bellano*



Verkauf des DDR-Eigentums über die Treuhand war und ist ein emotionales Thema: 1993 traten mehrere Kumpel des thüringischen Kaliwerkes Bischofferode in den Hungerstreik, nachdem der Treuhandausschuss gegen die Einzelprivatisierung des Werkes entschied, und die Schließung der Grube empfohlen hatte. Bild: pa



Illegal auf D-Mark-Jagd

So mancher DDR-Bürger war 1989 überzeugt, dass es sich um eine Verleumdung des Westens handeln müsse. So sollte eine DDR-Behörde namens „KoKo“ selbst illegale Waffengeschäfte getätigt haben, um an begehrte Devisen zu kommen. Zur Desillusionierung vieler stellte sich dann aber heraus, dass es „KoKo“ wirklich gegeben hat und zwar sogar seit 1966. Der richtige Name der vom Oberst der Staatssicherheit Alexander Schalck-Golodkowski geführten, formal dem Ministerium für Außenhandel, real aber dem Zentralkomitee der SED unterstellten Behörde lautete „Kommerzielle Koordinierung“, kurz eben „Koko“.

Da der Außenhandel der DDR selber nicht genügend Dollar und D-Mark einbrachte, um benötigte Waren in diesen Währungen zu bezahlen, musste sich der

> Kaum ein DDR-Bürger kannte »KoKo«

im Auftrag von DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker agierende Schalck-Golodkowski etwas einfallen lassen. Um Rohstoffe, aber auch die von den SED-Oberen geforderten Luxusgüter zu erwerben, koordinierte der Oberst die meisten der im West-Ost-Geschäft tätigen DDR-Betriebe. Zugleich rief er aber auch zahlreiche SED-Tarnfirmen im Westen ins Leben, die im Interesse der DDR handelten und ganz nebenbei die kommunistische DKP in der Bundesrepublik finanzierten. Zudem gab es die Intershops, in denen es West-Waren für West-Währung gab, und das Versandhaus Genex, bei dem West-Bürger für ihre Verwandten im Osten Geschenke bestellen konnten, die sie ebenfalls in West-Währung bezahlen mussten.

Ähnlich erfindungsreich, moralisch aber fragwürdig waren die Freilassungen politischer Häftlinge gegen D-Mark und Geschäfte mit unter westlichen Sanktionen leidenden Ländern der Dritten Welt, die Waffen gegen West-Geld erhielten. *Bel*

Chaos, Korruption und Frust

In vier Jahren privatisierte und schloss die Treuhand DDR-Betriebe

Im Grunde kennt sich die Bundesrepublik Deutschland bereits mit milliardenschweren Rettungsschirmen aus. Schon gut zwei Jahrzehnte vor Banken- und Euro-Krise brauchte der Bund dringend 100 Milliarden D-Mark, was damals etwa einem Viertel des Bundeshaushaltes entsprach. Benötigt wurde das Geld, damit die Treuhand ihren über vier Millionen Angestellten Gehälter zahlen und den Ankauf von Rohstoffen und Materialien für die weitere Produktion bezahlen konnte.

Mit dem Ende der DDR übernahm die Bundesrepublik Deutschland die noch in der Spätphase der DDR gegründete Treuhand. Ziel der Treuhand, unter deren Dach alle Volkseigenen Betriebe zusammengeführt worden waren, war die Privatisierung der etwa 10000 Unternehmen. Die Idee der Treuhand war an einem Runden Tisch von Wissenschaftlern erdacht worden. Doch was aus ihrer Idee wurde, bedauern sie in „Der deutsche Goldrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand“ von Dirk Laabs. Der Journalist hat Zeitzeugen über Gründung, Arbeit und Ende der Treuhand befragt und dabei eine Chronik des Chaos erstellt.

Ziel der Erfinder des Treuhand-Gedankens war es, dass jeder DDR-Bürger Anteile an der Industrie-Holding Treuhand erwerben könne, damit das Volkseigentum auch weiter Volkseigentum bleibe. Doch erstens bedachten die Wissenschaftler nicht, dass in der DDR gar nicht genügend Vermögen vorhanden war, um die technisch veralteten Ost-Betriebe zu sanieren und

> Rettungsschirm über 100 Milliarden D-Mark

wettbewerbsfähig zu machen, und zweitens hatten sie nicht einkalkuliert, dass der Westen dafür, dass er auf dem Gebiet der überschuldeten DDR seine stabile D-Mark zu einem unrealistischen Kurs einführt, auch Sicherheiten will. DDR-Parlamentarier wie Günter Nooke warnten zwar vor den Folgen, da aus ihrer Sicht die Eigentumsfragen bezüglich der Treuhand nicht geklärt war, aber am Ende stellte sich heraus, dass es gar nicht viel Eigentum zu verteilen gab.

Innerhalb kürzester Zeit wurden der Treuhand von westlichen Firmen die Sahnestücke der DDR-Betriebe entrissen und oft unter Verlust von Standorten und Arbeitsplätzen zerlegt. Derweil versuchte sich die Treuhand noch einen Überblick zu verschaffen, welche Betriebe es gab und wie deren Kapitalbedarf aussah. Da aber die Arbeiter mit D-Mark bezahlt werden mussten, Osteuropa wegen der Umbrüche in der Region als Kunde ausfiel und die DDR-Betriebe untereinander ihre Rechnungen nicht mehr beglichen, musste sofort ein Rettungsschirm her, um die Liquidität zu gewährleisten. Politische Ränkespiele, Korruption, Fehleinschätzungen und Desinteresse erschwerten die Arbeit der Treuhand weiter. Zeitweise meldeten sich wöchentlich 40000 DDR-Arbeiter arbeitslos, weil ihre Betriebe mangels Zukunftsperspektive geschlossen werden mussten. Als die Treuhand 1994 selbst aufgelöst wurde, stand ein Verlust in Höhe von 245 Milliarden D-Mark Einnahmen in Höhe von 34 Milliarden gegenüber. Zudem waren Zehntausende von Industriearbeitsplätzen verschwunden. *Bel*

Weitere Informationen: „Der deutsche Goldrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand“ von Dirk Laabs.

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3641**

Schlechte Karten für die CDU

Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen dürften aber vor allem »Die Linke« enttäuschen

Der Höhenflug der Piratenpartei scheint derzeit unaufhaltsam. Bei den bevorstehenden Landtagswahlen verlieren dadurch vor allen Dingen SPD, die Partei „Die Linke" und die Grünen wertvolle Prozentpunkte. In der FDP dagegen wächst die Hoffnung, die Fünf-Prozent-Hürde doch noch überspringen zu können.

„Wählen Sie doch, wen Sie wollen", mit diesem Slogan wirbt die FDP in Schleswig-Holstein um Wählerstimmen. Das klingt für viele Nordlichter so, als sei es den Liberalen egal, wie die Wahl ausfällt. Passanten stehen vor dem Wahlplakat, das FDP-Chef Wolfgang Kubicki im grauen Maßanzug zeigt und schütteln den Kopf. „Unterirdisch" sei diese Werbung, die für die liberale Errungenschaft einer freien und demokratischen Wahl werben will.

In den letzten Umfragen von Infratest-dimap und dem NDR liegen die Liberalen bei vier oder fünf Prozent. Ob es der nördlichsten FDP mit ihren ausgefallenen Werbemethoden wirklich gelingen wird, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, bleibt fraglich. Die Regierungsbeteiligung in Schleswig-Holstein dankt man den Liberalen nicht. Das nördlichste Bundesland ist vor allen Dingen wegen des Desasters um die HSH-Nordbank tief in Schulden versunken.

Ordentlich in Bewegung ist das linke Wählerspektrum im nördlichsten Bundesland in den letzten Wochen geraten, wo am 6. Mai gewählt werden soll. Die Piratenpartei liegt in den Umfragen derzeit bei elf Prozent. Daher kann sich SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig keine Hoffnung mehr auf die ursprünglich angestrebte rot-grüne Koalition machen, da die Grünen in den letzten Monaten von 17 auf zwölf Prozent zurückgefallen sind. Wähnten sich die Grünen noch vor einem Jahr auf dem Weg zur Volkspartei, so muss heute der Bundesvorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, einräumen, dass seine Partei „überschätzt" worden sei.

FDP: Einzug in NRW-Landtag immer wahrscheinlicher

Der SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig, derzeit Oberbürgermeister in der Landeshauptstadt Kiel, ist deutlich populärer als sein Mitbewerber, der eher blasse Wirtschaftsminister Jost de Jager von der CDU. Beide Volksparteien liegen derzeit in den Umfragen gleichauf bei 32 Prozent, doch scheint die SPD wegen der Popularität ihres Spitzenkandidaten die Nase vorn zu haben. Albig hätte dann eventuell die Wahl zwischen einer Rot-Grün, einer großen Koalition und der „Dänenampel". Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), der die dänische Minderheit repräsentieren soll, ist von der Fünf-Prozent-Hürde ausgenommen und könnte einer linksgerichteten Regierungskoalition zur Mehrheit verhelfen. Derzeit jedoch gehen die meisten Analysten davon aus, dass es in Schleswig-Holstein, ähnlich wie bei der zurückliegenden Saarland-Wahl, zu einer großen Koalition kommen wird. Eine Milliarde Euro müssen die Schleswig-Holsteiner jährlich an Zinsen bezahlen, was für das dünn besiedelte und wirtschaftlich schwache Land an Nord- und Ostsee eine schwere Belastung darstellt.

Klarer sieht es für das linke Wählerspektrum derzeit noch in Nordrhein-Westfalen aus. Bis zur Wahl am 13. Mai wird zwar noch einiges Wasser den Rhein und die Ruhr herunterfließen, aber derzeit können die SPD (36 Prozent) und die Grünen (13 Prozent) noch auf eine stabile Regierungsmehrheit hoffen. Ob sich die rot-grünen Regierungsträume von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) erfüllen werden, gilt derzeit noch als unsicher, je mehr die Grünen an Zustimmung verlieren. So könnten nach der Wahl noch andere Regierungsoptionen in Betracht gezogen werden. Zumal auch hier die „Piraten" nach der letzten Umfrage von „Yougov" mit acht Prozent für Unruhe sorgen. Düster sieht es dagegen für die in Führungsquerelen verstrickte Partei „Die Linke" aus. In beiden Bundesländern, wo demnächst gewählt wird, können die Alt-Kommunisten nur auf drei bis vier Prozent der Wähler hoffen und würden damit den Einzug in die Landtage verpassen.



Vermutlich bald der neue Ministerpräsident von Schleswig-Holstein: SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig Bild: pa

Für die Freien Demokraten hellt sich die Stimmung auf, seit der charismatische ehemalige FDP-Generalsekretär Christian Lindner wieder auftritt. Die Liberalen an Rhein und Ruhr haben derzeit begründete Aussichten, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen und in den Düsseldorfer Landtag einzuziehen.

Der Parteitag der Liberalen am letzten Wochenende in Karlsruhe war deswegen mit Spannung erwartet worden. Der um Geschlossenheit bemühte FDP-Parteichef Philipp Rösler forderte die Schuldenbremse schon im Jahr 2014 und ließ neue Leitlinien seiner „Partei der Freiheit" verabschieden. Doch der Plan des Parteichefs, einen „Parteitag der Harmonie" zu inszenieren, ging kaum auf. Statt Rösler jubelten die Delegierten dem altgedienten Fraktionschef Rainer Brüderle und dem NRW-Spitzenmann Christian Lindner zu, als dieser die Parteiführung vehement kritisierte.

Auch die Grünen schwächeln

Hinrich E. Bues

MELDUNGEN

Gemeinsam gegen Kriminelle

Frankfurt (Oder) – Deutschland und Polen haben eine engere Kooperation zur Verhinderung von Straftaten vereinbart. Dazu wollen beide Länder gemeinsame Grenzschutz-Dienststellen einrichten. Zudem wird auf deutscher Seite die Arbeit von Zoll und Landespolizei von Bundespolizisten unterstützt. Durch diese Maßnahmen sollen die Arbeit der Sicherheitsbehörden effektiver und das Sicherheitsgefühl der Bewohner der Grenzregion erhöht werden, so Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und sein polnischer Amtskollege Jacek Cichocki nach ihrem Treffen. Cichocki schloss sich der Forderung Friedrichs und des französischen Innenministers Claude Guéant an, zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung und der organisierten Kriminalität zeitlich befristete Grenzkontrollen im Schengen-Raum durchzuführen. *J.H.*

Klarsfeld nicht Sache von Gauck

Berlin – Mit dem Hinweis, dass das Auswärtige Amt zuständig sein müsste, hat das Bundespräsidialamt den erneut eingereichten Antrag der Partei „Die Linke" und anderer, Beate Klarsfeld für ihr Engagement als sogenannte „Nazi-Jägerin" das Bundesverdienstkreuz zu verleihen, vorerst abgewiegelt. Klarsfeld war Gegenkandidatin von Bundespräsident Joachim Gauck um sein jetziges Amt gewesen. Nun soll er entscheiden, ob Klarsfeld die Ehrung bekommt. Schon andere vor Gauck waren mit der Frage konfrontiert, ob die Arbeit der 1968 wegen einer Ohrfeige für Kanzler Kurt Georg Kiesinger aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft in die Schlagzeilen Geratenen ein Bundesverdienstkreuz wert wäre, doch zumeist wurde darauf verwiesen, dass Klarsfeld ja in Paris lebe und daher für das Bundesverdienstkreuz nicht infrage käme. *Bel*

Gratisbus für alle

Tübingen will Vorreiter werden

Aus Sicht der Leipziger Verkehrsbetriebe war die Aktion ein voller Erfolg: Überraschend viele Autofahrer nutzen vom 10. bis 14. April die Möglichkeit, gegen Vorlage ihres Kfz-Scheins kostenlos öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, um zu sehen, wie gut diese doch im Vergleich zu ihren in Zeiten steigender Benzinpreise immer teureren Autos sind.

Was in Leipzig eine einmalige Werbeaktion für den Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel war, soll in Tübingen bald Alltag werden. Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) möchte, dass seine Stadt die erste in Deutschland wird, in der die Menschen gratis Bus fahren können. Die Anhänger dieser Idee hoffen, dass dann ganz viele Menschen auf ihr Auto verzichten und so das Klima geschützt, die Lebensqualität durch weniger Lärm und Abgase in der Stadt verbessert wird, die Zahl der Autounfälle zurückgeht und überhabt alles besten ist. Damit wäre Tübingen noch nicht einmal Vorreiter in der EU, schon andere Städte bieten einen Gratisbus an. Erst vor wenigen Wochen haben die Bürger der estnischen Hauptstadt Reval [Tallinn] entschieden, dass sie ab 2013 gratis Bus fahren wollen.

Damit das Angebot auch finanziert wird, müsste beispielsweise in Tübingen jeder Bürger eine Nahverkehrsabgabe von 100 bis 150 Euro im Jahr zahlen, denn sonst fehlen den Stadtwerken die 6,5 Millionen Euro, die sie über den Ticketverkauf einnehmen. Dies wiederum gefällt den vielen Radfahrern der Unistadt nicht, die nicht einsehen wollen, dass sie radeln und gleichzeitig für faule Busfahrer die Busse subventionieren sollen. Ein Problem ist auch, dass in Tübingen schon jetzt sehr viele Bürger die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Wer es nicht tut, tut es aus Überzeugung oder wegen für ihn ungünstiger Linienverbindungen nicht.

Doch kein »Zuckerbrot« ohne »Peitsche«

Zahlreiche Verkehrsexperten sind zudem überzeugt, dass Gratisbusse allein die Autofahrer nicht zu Busfahrern machen. Dieses „Zuckerbrot" müsste mit einer „Peitsche" zusammen dargeboten werden, sprich: Citymaut, weniger Parkplätze, schlechtere Ampelphasen. In Hamburg nennt man die „Peitsche" aber „Busbeschleunigungsprogramm": Klingt netter als Autoentschleunigungsprogramm. *Bel*

Wie die Türkei Europa dirigiert

Amt für Auslandstürken treibt Islamisierung voran

Europa ist nicht unbesiegbar", mahnt Ayaan Hirsi Ali, niederländische Politikerin mit somalischen Wurzeln. Nach wie vor sei das Ziel des Islam die Errichtung eines totalitären islamischen Staates, eines Weltkalifats mit dem Rechtssystem der Scharia. Sie sieht eine düstere Zukunft, wenn die Integration der in Europa lebenden Muslime nicht gelingt. Und gerade gegen diese Integration geht derzeit die türkische Regierung mit dem 2010 gegründeten „Amt für Auslandstürken" vor.

Von den fünf Millionen Auslandstürken leben allein etwa 1,7 Millionen in Deutschland. Dazu addieren sich rund 1,3 Millionen türkischstämmige Bundesbürger. Sie sind aufgerufen, trotz Integration ihre Identität zu bewahren. Und sie erhalten regelmäßig Direktiven aus Ankara. Vordergründig geht es dabei um den Schutz dieser Minderheiten in fremdem Land, doch hintergründig mobilisiert Regierungschef Recip Tayyip Erdogan damit die Massen für die Untermauerung seiner Ansprüche, Führer der vorderasiatischen Muslime zu werden und der Religion des Islam wieder mehr Augenmerk zu zollen. Die Vertreter der Auslandstürken sollen zudem geschult werden, ihre in den jeweiligen Ländern verbrieften Rechte juristisch einzuklagen. Und das ist es auch, was die niederländische Politikerin als muslimische Methode anprangert: „Sie nutzen die Rhetorik der Freiheit, um die Freiheit abzuschaffen."



Fast fertiggestellte Kölner Zentral-Moschee: Vor allem die großen Gebetshäuser in Deutschland gehören der türkischen Ditib

Die Zeitung „Hürriyet" enthüllte jetzt die türkischen Pläne. Und dabei geht es nicht nur um Türken in Europa und den USA, sondern auch um den Iran und Zentralasien. Im September soll ein Kongress in Aserbaidschan das Thema vertiefen. Bereits im Vorfeld wurde die Zielrichtung dieser organisierten Diaspora deutlich. Unter strenger Geheimhaltung versammelten sich etwa 1500 im Ausland lebende Geschäftsleute und Politiker in Ankara und wurden vom Leiter des Amts für Auslandstürken, Bekir Bozdag, darauf eingeschworen, in ihren jeweiligen europäischen Ländern für die türkischen Interessen zu arbeiten.

Die „Diyanet Isleri Türk Islam Birgili", kurz Ditib, besitzt laut Grundbuch einen Teil der insgesamt 3500 Moscheen in der Bundesrepublik, vor allem der größeren. Jährlich schickt die Religionsbehörde etwa 130 Imame nach Deutschland, die für vier Jahre bleiben und weisungsgebunden sind. Insgesamt sind stets zwischen 500 und 600 solcher Imame im Land und propagieren den Staatsislam. Ihre Ansprachen halten sie auf Türkisch oder Arabisch und machen so eine Überwachung durch deutsche Sicherheitsbehörden sehr schwer. Selbst die wöchentlichen Freitagsgebete werden in Ankara verbindlich formuliert. In die Überwachung der Arbeit ist auch die türkische Botschaft in Berlin eingeschaltet. Immer deutlicher tritt die Ditib auf und fordert im Sinne der Türkei Gesetzesänderungen, etwa in Bezug auf Integrationsregeln oder die Bildung moslemischer Polizeieinheiten.

Ungemach wittern Kritiker vor allem, sollte es zu einem EU-Beitritt der Türkei kommen. Dann sei eine Schwemme junger Muslime zu erwarten, denen das „vergreiste" Europa nichts mehr entgegenzusetzen habe. Die Beitrittsverhandlungen ruhen wegen des Zankapfels geteiltes Zypern seit 18 Monaten. Allerdings bremst auch Erdogan die Gespräche, selbstbewusst pocht er auf die neue wirtschaftliche Stärke der Türkei, die nach seiner Ansicht auch zur Rettung des finanzkranken Europas berufen ist. *J. Feyerabend*

MELDUNGEN

»Ausschaffung« nicht umgesetzt

Bern – Fast eineinhalb Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative durch Volk und Stände existiert noch immer kein Entwurf für ein Umsetzungsgesetz zum Verfassungsartikel. Dies hat nun die Schweizerische Volkspartei (SVP) beanstandet: „Die Ausländerkriminalität steigt weiter an. Erstmals war im vergangenen Jahr eine Mehrheit der Täter, die gegen das Strafgesetzbuch verstießen, ausländischer Herkunft. Eine Zunahme der Delikte ist insbesondere bei Raub, Einbruch, Diebstahl und Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz festzustellen. In einigen Schweizer Städten explodiert die Zahl der Straftaten förmlich.“ Die SVP fordert den Bundesrat auf, nun rasch eine Umsetzungsgesetzgebung vorzulegen. *H.L.*

Präsenz im Spannungsgebiet

Peking/Wladiwostok – Russland und China bilden nicht nur in Sachen Syrien und Iran eine gemeinsame Front gegen die USA, seit vergangenem Sonntag beziehen sie mit einem gemeinsamen Seemanöver im Gelben Meer vor der Ostküste Chinas in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß Position gegen westliches Militär. Beide Länder beschwichtigten Besorgte damit, dass eine bereits seit 2005 gemeinsame Militärübungen abhalten und dieses Manöver lange geplant war. Da Präsident Barack Obama jedoch kürzlich erklärt hatte, dass die USA ihren Einfluss im asiatisch-pazifischen Raum militärisch und wirtschaftlich ausbauen wollen, und bereits regelmäßig Manöver mit den Philippinen durchführen, ist die russisch-chinesische Waffenschau deutlich als Reaktion zu werten. Es ist damit zu rechnen, dass die Region immer mehr zum Schauplatz der wachsenden Konkurrenz zwischen den USA, China und Russland wird. *MRK*

Mysteriöse Kreuze in türkischer Provinz

Aleviten fürchten um ihr Leben – Diskriminierung nimmt unter Erdogan wieder zu

Infolge der Arabellion und des Erstarkens der Salafisten rückt der Gegensatz zwischen Schiiten und Sunniten auch in der Türkei wieder stärker ins Bewusstsein. Mysteriöse Kreuzschmierereien an Häusern von Aleviten in Ostanatolien sorgen für Schrecken unter der alevitischen Bevölkerung, die bereits mehrmals Opfer von Massakern wurde.

In der südöstlichen Provinz der Türkei Adıyaman mehren sich in den letzten Wochen mysteriöse Kreuze an Häuserwänden. In allen Häusern sollen Angehörige der alevitischen Minderheit der Türkei wohnen. Jetzt geht die Angst um in der Region, weil im Jahre 1978 vor dem Alevitenmassaker von Marac dieses eine Methode war, um die Häuser der Opfer zu markieren. Damals waren 105 Aleviten nächtlich in ihren mit Kreuzen gekennzeichneten Wohnungen ermordet worden. Da die Aleviten auch den Sicherheitsbehörden nicht trauen, haben sie eigene Wachdienste organisiert. Adıyaman war bislang als eher liberale Region innerhalb der Türkei bekannt. Es gab sogar viele Fälle von gemischten sunnitisch-alevitischen Ehepaaren, was anderswo in der Türkei kaum möglich ist.

Der Widerspruch zwischen den beiden großen Strömungen des Islams, dem Sunnitentum und dem Schiitentum, ist auch in der Türkei allgegenwärtig. Nur mit dem Unterschied, dass anders als die Schiiten in den anderen islamischen Ländern in der Türkei die den Schiiten nahe stehenden Aleviten verstreut auf dem gesamten Staatsterritorium leben und es keine Möglichkeiten gibt, sie anhand von Wohnvierteln, Dialekten oder Kleidergewohnheiten von der sunnitischen Bevölkerung zu unterscheiden. Es ist schwer, jemanden als Aleviten zu identifizieren. Bis zu einem Drittel der heutigen türkischen Bevölkerung sollen Aleviten sein. Das wären mehr als 20 Millionen Menschen. Traditionell gab es große Gruppierungen türkisch sprechender Aleviten in den zentral- und ostanatolischen Provinzen. Deshalb sind sie auch unter den türkischen Gastarbeitern in Deutschland, die mehrheitlich aus diesen Regionen stammen, überrepräsentiert.

Wegen der Unterdrückung und der bedrohten Lage der Aleviten unter anderen Muslimen kam es im Laufe der Zeit immer wieder zu blutigen Aufständen. Erst seit der Gründung der modernen Türkei genießen sie Glaubensfreiheit. Die alevitische Bevölkerungsgruppe war eine der tragenden Kräfte bei der Gründung der türkischen Republik, weil sie sich mit der Trennung von staatlichen und religiösen Angelegenheiten eine Gleichberechtigung mit der sunnitischen Glaubensrichtung erhoffte. Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht. Vom türkischen Staat sind die Aleviten bis heute nicht als religiöse Minderheit anerkannt. Zwar dürfen die traditionellen alevitischen Feste inzwischen in der Türkei offen gefeiert werden, allerdings offiziell nicht als religiöse, sondern lediglich als Folkloreveranstaltungen. Unter radikalen

Aleviten für radikale Sunniten Abtrünnige

Sunniten gelten Aleviten sogar als Häretiker. Im Jahr 1993 legten deshalb islamische Eiferer in der ostanatolischen Stadt Sivas Feuer in einem Hotel, 37 alevitische Intellektuelle und Künstler starben in den Flammen.

Die Hauptforderung der Aleviten in der Türkei ist die Abschaffung der Religionsbehörde Diyanet. Denn nur die sunnitische Form des Islam erkennt die Diyanet als muslimisch an. Staatsgründer Kemal Atatürk schuf die Religionsbehörde als Instrument nationalstaatlicher Kontrolle und Integration. Deshalb genießt die Diyanet sogar Verfassungsrang. Die Diyanet stellt die Imame ein und baut die Moscheen, mittlerweile über 70 000. Der Religionsunterricht in den Schulen bis hin zum Inhalt der Freitagspredigten wird von Diyanet überwacht. Finanziert wird sie aus Steuergeldern, die alle türkischen Bürger, also auch die Aleviten und die Christen, entrichten müssen. Auch die Kinder der Aleviten werden wie die der anderen religiösen Minderheiten von der Diyanet zu einem Religionsunterricht verpflichtet, der nichts mit ihrem Glauben zu tun hat und ihnen bisweilen Ketzertum vorwirft.

Die Regierung erkennt auch die alevitischen Gotteshäuser, die „Cemevi“, nicht an und diese erhalten anders als Moscheen auch keine staatliche Unterstützung.

Die Aleviten hatten die Säkularisierung unter Atatürk unterstützt, wurden aber danach von der Entwicklung in der säkularen Türkei enttäuscht. Deshalb gehörten sie zu den gesellschaftlichen Gruppen, die die Wahl von Tayyip Erdogan von der AKP zum türkischen Regierungschef 2002 am meisten begrüßt hatten. Als die angekündigten Reformen jedoch ausblieben und Erdogan sich zu einem Islamisten wandelte, der immer mehr Zeichen einer religiösen sunnitischen Erneuerung setzt, wandten sich die Aleviten in ihrer großen Mehrheit wieder von der AKP ab. Bei den Wahlen 2011 bildeten die Aleviten das Rückgrat der kemalistischen Partei MHP, die das Erbe von Staatsgründer Atatürk verteidigt.

Seitdem Erdogan die Hoffnung hegt, aus der Türkei infolge der „Arabellion“ ein Modell für die arabischen Staaten machen zu können, häufen sich wieder die Zeichen religiöser Diskriminierung der Aleviten. Nach einem Jahr nimmt auch der Arabische Frühling immer mehr sunnitisch-islamistische Züge an. Vor allem in Syrien, dem Nachbarland der Türkei, drohen die dortigen Alawiten, die mit den Aleviten in der Türkei ihre Nähe zum Schiitentum teilen, durch die Unterdrückung des Volksaufstandes durch Baschar al-Assad, einem Alawiten, immer mehr zwischen die Fronten zu geraten. Vor allem den streng islamistischen Salafisten sind die liberalen Aleviten/Alawiten ein Dorn im Auge. Die Aleviten/Alawiten kennen keinen Schleierzwang für Frauen. Bei ihnen sind Frauen gleichberechtigt, auch im religiösen Raum. Vor allem auch die Nähe der Aleviten in ihrer Symbolik zum Christentum wird ihnen von den Salafisten immer wieder zum Vorwurf gemacht, der so weit geht, dass ihnen von diesen abgestritten wird, Muslime zu sein. *Bodo Bost*



Die laizistische Republik Atatürks bot ihnen relative Freiheit: Demonstrierende Aleviten in Ankara Bild: Reuters

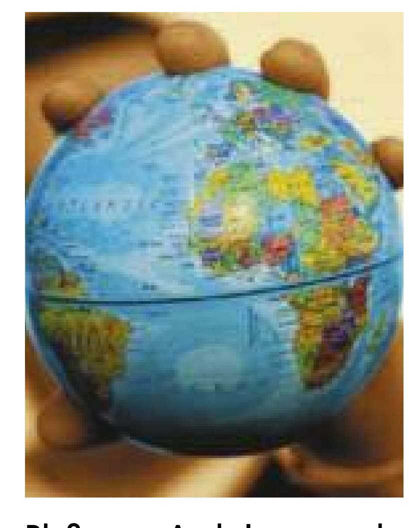
Irland in Identitätskrise

Auswanderung nimmt zu, Schulen werden reformiert

Während Italien als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 mit einer Steigerungsrate um mehr als 20 Prozent eine Welle von Selbstmorden registriert, sehen sich viele Iren gezwungen, wie jahrhundertelang in der Geschichte des Landes üblich, ihr Heil in der Auswanderung zu suchen. Irland, 2005 noch als ökonomisch prosperierender „Keltischer Tiger“ gefeiert, steht erneut vor einem Umbruch. Zudem zeigt sich das Schulsystem des Landes reformbedürftig.

„Im Vertrauen auf die Werbung der Banken zur Finanzierung von Hauskäufen habe ich meinem Sohn geraten, das Angebot anzunehmen. Jetzt haben wir den Salat, die Finanzkrise hat ihn fest im Griff und ich muss für meinen Rat einspringen.“ Diese Aussage von John Sheahan, dem Sprachrohr der weltbekannten Folkband „The Dubliners“, zeigt deutlich das Dilemma, in das viele Iren inzwischen geraten sind: Sie können wegen steigender Arbeitslosigkeit die Zinsen nicht mehr aufbringen, sind wegen extrem hoher Immobilienpreise in der Vergangenheit extrem verschuldet.

Inzwischen, so die „Irish Times“, leben mehr als 700 000 Iren in Armut, eine Zunahme um 92 000 in zwei Jahren. Das früher exzellente Wohlfahrtssystem ist längst an seine Leistungsgrenzen angelangt, Kürzungen und Steuererhöhungen sind das Gebot der Stunde. Die Arbeitslosenquote liegt bei über 14 Prozent und die Zahl irischer Auswanderer steigt kontinuierlich. Auch viele der früher angeworbenen Gastarbeiter, etwa aus Polen, sind längst in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie hatten dazu beigetragen, dass 2011 erstmals nach 150 Jahren die Zahl der Einwohner die Grenze von 4,6 Millionen erreichte. Über eine halbe Million davon waren Zuwanderer.



Bloß weg: Auch immer mehr polnische Gastarbeiter verlassen das Land

Von 2009 bis 2011 kehrten 86 000 Iren ihrem Heimatland den Rücken, flohen vor dem Rückfall in die Armut. Diesen Trend zur Auswanderung zeigte auch Ende März die Messe „Working abroad“ in Dublin. Mehr als 10 000 Interessenten suchten nach Jobangeboten.

Zusätzlich zur Finanzkrise wird Irland durch die unerhörten Missbrauchsfälle im Umfeld der katholischen Kirche von einer Identitätskrise geschüttelt. Die Aufdeckung Tausender Fälle und das Bekanntwerden der Vertuschung durch die Kirchenoberen hat die Nation geschockt, deren Erziehungssystem zu großen Teilen in der Obhut der Kirche liegt. Eine erste Konsequenz ist der Regierungsplan, Hunderte von Bildungsstätten dem Einflussbereich des Klerus zu entziehen. Bislang standen neun von zehn der insgesamt 3100 Grundschulen des Landes unter dem Patronat der Kirche. Auch das System der privaten Schulen als Alternative für Wohlhabendere wankt, da zahlreiche Eltern das Schulgeld nicht mehr aufbringen können. *Joachim Feyerabend*

Zwischen Öl und Islamisten

Machtkämpfe in kuwaitischer Herrscherfamilie eskalieren

Die führende kuwaitische Tageszeitung „Al-Qabas“ hat zu einem Ende des seit Monaten eskalierenden Machtkampfes innerhalb des Herrscherhauses der Al-Sabah-Familie aufgerufen. Die Zeitung, die bekannt ist für ihre Unabhängigkeit vom Herrscherhaus, warnte davor, dass die andauernden Grabenkämpfe innerhalb der Herrscher-Familie dem Land schweren Schaden zufügen, weil die sich bekämpfenden Fraktionen immer mehr auch die Öffentlichkeit um Unterstützung bitten und deshalb der Machtkampf in die staatlichen Institutionen hineingetragen werden könnte.

Innerhalb der seit dem 18. Jahrhundert herrschenden Sabah-Familie befehden sich zwei Zweige. Die heute 350 männlichen Nachkommen könnten theoretisch allesamt Anspruch auf die Macht erheben. Die potenziellen Nachfolgekandidaten bekämpfen sich in verfeindeten Fraktionen und Clans. Nach dem irakischen Angriff 1990 hatte das Herrscherhaus, dessen Vermögen auf mehrere Dutzend Milliarden Dollar geschätzt wird, den kleinen Staat vorübergehend verlassen müssen und was erst im Gefolge der US-geführten Invasion „Desert Storm“ 1991 wieder ins Land zurückgekehrt. Kuwait ist ein enger Verbündeter der USA und besitzt schätzungsweise rund ein Zehntel der weltweiten Erdölreserven. Seit 2006 hat Kuwait bereits acht Regierungen ausgewechselt und viermal das Parlament neugewählt – ein Zeichen der instabilen Lage.

Extremisten erlangten im Februar Mehrheit im Parlament

In der Folge der „Arabellion“ kam es auch in Kuwait im Hebst 2011 zu schweren Konfrontationen zwischen der Regierung und den oppositionellen Kräften im und außerhalb des Parlaments. Ende November 2011 trat daraufhin der unpopuläre, seit 2006 amtierende Premierminister Sheikh Nasser Mohammed al-Ahmed al Sabah zurück. Bei den Parlamentsneuwahlen vom 2. Februar konnten regierungskritische Kandidaten 34 der 50 Sitze erringen. Das nun von der (islamistisch dominierten) Opposition kontrollierte Parlament fordert seitdem wesentliche Änderungen des politischen Systems. Es verlangt vor allem, dass die Regierung nicht mehr vom Emir ernannt, sondern vom Parlament gewählt wird.

Die Volksvertreter werfen der Regierung Unfähigkeit und Korruption vor. Der Machtkampf im Hause Sabah war offenbar geworden, als im letzten Jahr ein Angehöriger der Herrscherfamilie zum Tod verurteilt worden war, weil er einen anderen Prinzen ermordet hatte.

Der Westen befürchtet jetzt, dass sich wie 2006 einige der 350 Mitglieder des Herrscherhauses nach der Machtzunahme der Islamisten infolge der „Arabellion“ in der arabischen Welt auf die Seite der Islamisten stellen könnten.

Sollte die „Arabellion“ neben Bahrain auch Kuwait erfassen, könnte sich auch das Königreich Saudi-Arabien, der weltweit größte Erdölproduzent, vor einer Infizierung nicht mehr schützen. An der Südgrenze des Wahhabitenkönigreiches, das weltweit die Muslimbruderschaft und die Salafisten unterstützt, im Jemen, hat das Terrornetzwerk Al-Kaida bereits in einer Provinz die Macht de facto übernommen. *B.B.*

Kernkraft bald ohne Lobby

Überraschende Wende: Atommeiler rechnen sich für Energieproduzenten immer weniger

Geht es nach den Regierungen von vier EU-Ländern, dann fließen zukünftig nicht nur für die sogenannten erneuerbaren Energien, sondern auch für die Kernkraft Subventionen. Die Forderung macht deutlich, dass sich die Kernkraftbranche in einer Krise befindet.

Ohne staatliche Zuschüsse lassen sich kaum noch neue Atomkraftwerke errichten. Es sind noch keine EU-Subventionen, die Frankreich, Großbritannien, Polen und Tschechien für ihre Kernkraftbetreiber fordern. Entgegen einigen missverständlichen Medienberichten wollen die vier Länder bisher von Brüssel nur das Recht, dass Kernkraft als „klimaschützend“ eingestuft wird und damit auf nationaler Ebene subventionsfähig wird. Die ebenfalls angeführte Begründung bezüglich der Chancengleichheit mit den „regenerativen Energien“ verstellt etwas den Blick darauf, dass auch ohne üppige Subventionierung von Solar- und Windstrom Kernkraftwerke am Markt zunehmend skeptischer betrachtet werden. Absehbar ist das etwa in Großbritannien: RWE und Eon wollen dort ihr Gemeinschaftsprojekt „Horizon Nuclear Power“ zum Bau neuer Reaktoren aufgeben. „Zu riskant, zu teuer“ lautet die Begründung.

Europas Energieriesen stehen mit ihrer Skepsis nicht allein. Für Aufsehen hat in den USA erst kürzlich John Rowe mit einer Rede an der Universität von Chicago gesorgt. Er war jahrelang Chef von Ecelon – mit 22 Anlagen größter AKW-Betreiber in den USA. Wer nach seiner Einleitung, bei der er sich den Zuhörern als der „Atom-Mann“ vorgestellt hatte, ein Plädoyer für die Kernkraft erhofft hatte, sah sich bald enttäuscht. „Atomkraft ist zurzeit nicht rentabel und sie wird es in absehbarer Zukunft nicht sein.“

Der Bau von Gaskraftwerken ist günstiger

Rowes Pessimismus wird von immer mehr Investoren geteilt. Trotz staatlicher Bürgschaften ist der Versuch, privates Kapital für 34 neue Reaktoren aufzutreiben, gescheitert. Diese Skepsis hat handfeste Gründe. Zum stärksten Konkurrenten der Kernkraftwerke haben sich in den USA die Gaskraftwerke entwickelt. Die sind deutlich billiger zu errichten, flexibler im Betrieb und profitieren vom Überangebot an Erdgas. Folge ist, dass sich die Anteile im Energie-Mix der USA von 50 Prozent Kohlestrom und jeweils 20 Prozent Atomkraft und Erdgasverstromung immer mehr verschieben – zugunsten von Erdgas. Der Energiekonzern Southern – einst größter US-Verbraucher von Kohle – stellt mittlerweile 46 Prozent der Energie in Gaskraftwerken her. Noch vor Jahren lag der Anteil bei nur 16 Prozent. Weitere Gaskraftwerke sind bei Southern bereits im Bau. Die Erdgaspreise sind in den USA auf den tiefsten Stand seit Jahrzehnten gefallen: Resultat der boomenden Schiefergasförderung einerseits und der wieder zunehmenden Erdölförderung in den USA selbst. Das Erdgas fällt dabei quasi als Nebenprodukt an.

Sollten sich Prognosen der Ölmultis bestätigen, dass auch in Europa ab 2020 die Erdgasförderung aus Schiefergestein massiv in Gang kommt, dann könnten sich Kernkraftwerke, die jetzt noch errichtet werden, innerhalb eines Jahrzehnts zu milliardenschweren Fehlinvestitionen verwandeln.

Zudem ist Gas in den USA billiger und der Wirkungsgrad ist höher

Es gibt allerdings noch mehr Gründe, die aus Sicht der Energiebranche dagegen sprechen, eigenes Geld in die Hand zu nehmen, um neue Reaktoren zu bauen: Moderne Gas-und-Dampf-Kombikraftwerke erreichen inzwischen Wirkungsgrade von 60 Prozent gegenüber 35 Prozent bei AKW. Gleichzeitig sind die Gasturbinen wesentlich preiswerter als der Bau neuer Reaktoren, zumal nach Fukushima vielerorts die Sicherheitsstandards verschärft wurden. Allein für Frankreich rechnet die Aufsichtsbehörde ASN mit Kosten von „mehreren Dutzend Milliarden Euro“ durch notwendige Nachrüstungen.

Auch die langfristigen Prognosen für den Uranpreis sind nicht günstig. Bereits ab 2040 wird mit der Erschöpfung der Uranvorkommen gerechnet. Brennmaterial, das auf Grund von Abrüstungsverhandlungen zwischen Russland und den USA in den letzten Jahrzehnten zusätzlich auf den Markt kam und für moderate Preise sorgte, ist mittlerweile aufgebraucht.

Die Kernkraft hat allerdings noch ein anderes Manko. Flexible Bedarfsanpassung – eine Stärke der Gasturbinen – ist bei den Reaktoren nicht ratsam. Häufiges Hoch- und Runterfahren lässt nicht nur die Reaktorwände verspröden, sondern auch die Energieausbeute der Brennstäbe rapide sinken. Welche Auswirkungen diese Unflexibilität haben kann, lässt sich im Extremfall bei Frankreich beobachten. Das Land setzt zu 75 Prozent auf nukleare Stromerzeugung. In Spitzenlastzeiten reichen die Kapazitäten der 58 Reaktoren nicht aus, so dass Strom importiert werden muss. Bei geringem Stromverbrauch sind die Kapazitäten wiederum überdimensioniert. Nachts wird Frankreich zum Stromexporteur – zu sehr ungünstigen Bedingungen. Branchenexperten gehen davon aus, dass die überwiegend in Staatshand befindliche Électricité de France für vier Kilowatt Strom, die nachts etwa an österreichische Pumpspeicherwerke zur Zwischenspeicherung geliefert werden, lediglich ein Kilowatt bei Bedarfsspitzen zurückerhält.

Unerwarteter Nebeneffekt dieses ungünstigen Tauschhandels: So mancher deutsche Verbraucher, der glaubt, besonders umweltbewusst Strom aus alpiner Wasserkraft zu nutzen, wird de facto mit französischem Atomstrom beliefert. *N. Hanert*

„Zu riskant, zu teuer“: RWE und Eon wollen selbst in Großbritannien kein AKW mehr bauen, obwohl sie dort dürften Bild: pa

KURZ NOTIERT

Geldhäuser überweisen weniger für Bankenrettung: 500 Millionen Euro statt der geplanten 1,3 Milliarden Euro, mit dieser Summe rechnet das Bundesfinanzministerium bei der Bankenabgabe für das laufende Jahr. Schon 2011 waren es nur 590 Millionen Euro. Dabei hatte der Staat die Banken an der Bankenrettung von 2008 und künftigen Rettungen beteiligen wollen und dafür die Bankenabgabe eingeführt. So sollten in den nächsten 40 Jahren von den Banken rund 70 Milliarden Euro in einen Restrukturierungsfonds gezahlt werden, der von der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, zu der der SoFFin gehört, geführt wird. Doch bilanzielle Sondereffekte und/oder mäßige Geschäfte sorgten in den letzten Jahren dafür, dass weniger Geld floss als von der Politik gewünscht. *Bel*

Noch mehr Restmüll für den Steuerzahler: Einen Verlust von 878 Millionen Euro vermeldete die Erste Abwicklungsanstalt (EAA), die vom Staat gestützte Bad Bank der WestLB, für das Jahr 2011. Und obwohl sich der Vorstand der Bank darüber freut, dass er inzwischen Wertpapiere, die 2009 noch als unverkäuflich galten, wieder veräußern kann, dürften die nächsten Jahre nicht besser werden. Grund hierfür ist der Umstand, dass der größte Teil der Rest-WestLB nun auch in die Abwicklung an die EAA geht und sich das Volumen der toxischen Papiere somit erhöht. *Bel*

Bundesrechnungshof rügt Öffentlich-Private-Partnerschaften: Die Einbeziehung von Privatinvestoren im Rahmen sogenannter Öffentlich-Privater-Partnerschaften (ÖPP) ist nach Angaben des Bundesrechnungshofes für den Steuerzahler oft nicht günstiger als die klassische staatliche Abwicklung. Beanstandet werden unter anderem Verzögerungen bei der Abwicklung und hohe Instandhaltungskosten. Der Ausbau der Autobahn A 7 in Niedersachsen im Rahmen einer ÖPP hat nach Berechnungen des Bundesrechnungshofs zu einer zweijährigen Verzögerung und zu Mehrkosten von 25 Millionen Euro geführt. *N.H.*

Das Ende aller Hoffnung

Solarbranche sollte Brandenburg in die Zukunft führen – Alles aus

Das Land Brandenburg und hier vor allem Frankfurt an der Oder haben als Solarstandort vorläufig ausgedient. Nach Kurzarbeit bei der US-Firma First Solar gibt deren Leitung jetzt die Schließung bis zum Herbst bekannt: 1200 Arbeitsplätze fallen weg. Conergy zieht sich ebenfalls, wenn auch nicht ganz, vom Standort zurück. Die Firma Odersun ist bereits insolvent. Die rot-rote Landespolitik und ihr energie- wie zukunftspolitischer Kurs stehen vor einem Desaster.

„Der europäische Solarmarkt ist zum jetzigen Zeitpunkt ohne Förderung größtenteils wirtschaftlich nicht überlebensfähig“, sagte Christopher Burghardt, Geschäftsführer der First Solar GmbH, zum völligen Rückzug des Konzerns aus der Mark. Zwei Werke schließen. Laut Brandenburgs Wirtschaftsminister Ralf Christoffers („Die Linke“) sind einschließlich der Zulieferer gut 1500 Jobs in der strukturschwachen Oder-Region betroffen. Der Offenbarungseid trifft das Bundesland hart, dessen Regierung wie keine andere auf Arbeit aus Zukunftsenergie setzt. Laut Burghardt habe die bundesweite Senkung der Solarförderung auf die Firma „dramatische Auswirkungen“ bei der Nachfrage. Die Subventionskürzungen durch den Bund traten erst am 1. April in Kraft. In Europa ließe sich nun „langfristig nicht mehr wirtschaftlich arbeiten“, so Burghardt.

Die Äußerung zeigt, dass die Branche bisher kaum Notwendigkeiten sah, staatlicher Dauerförderung zu entwachsen. Das Land ignorierte dies. Ministerpräsident Mathias Platzeck (SPD) wird von seiner Partei weiter als „Landesvater in der Solar-Hauptstadt Deutschlands“ gefeiert. Doch das Wegbrechen der Branche hat kaum absehbare Folgen fürs östliche Brandenburg, so auf die Pläne einer Recyclinganlage für Solarmodule, wenn der Anteil der in Frankfurt gefertigten Module deutlich unter die bisher 13 Prozent der Produktion in Deutschland fällt.

Weitere 1200 Jobs zum Herbst gestrichen

Platzeck will nun rückwirkend Kürzungen des Bundes aus Landesmitteln abfedern. Seine Landesminister wollen sich in dieser Woche beraten. Sozialminister Günter Baaske (SPD) bezeichnete anlässlich eines Besuchs bei First Solar dessen krisenbedingten Umgang mit Mitarbeitern als „inakzeptabel“. Es sind verzweifelte Reaktionen, mit denen Potsdam das Wegbrechen der Hoffnungsbranche für die strukturschwache Gegend wortreich einzudämmen versucht.

Nach 260 Arbeitslosen bei Odersun und rund 100 bei Conergy bedroht die Entscheidung der Amerikaner, ihre Produktion ganz aufzugeben, alles Hoffen auf Profit aus der Energiewende im Kern. Platzeck und andere Ministerpräsidenten der neuen Länder diskutieren nun, ob sie im Gegenzug die schwarz-gelbe Energiewende blockieren. Das dürfte die Verlagerung von Jobs nach China beschleunigen. Jedenfalls zwang der Preisdruck aus Asien deutsche Solarhersteller schon vor den Förderkürzungen in die Knie. Platzeck indes bleibt dabei. Unternehmen hätten bei den Kürzungen „keine Zeit gehabt, sich auf die veränderten Bedingungen einzustellen“. *SV*

Bloß ab nach Hause

Immer mehr westliche Banken reduzieren ihr Auslandsengagement

Globalisierungsgegner wie attac dürfte die Nachricht freuen: Die weltweite Vernetzung von Finanzinstituten geht zurück. Die „Financial Times Deutschland“ spricht gar davon, dass sich die Bankenwelt in einem Stadium der „Deglobalisierung“ befinde. Und wer die Finanzmeldungen der letzten Monate verfolgt hat, der las ständig Nachrichten darüber, dass sich ein westliches Finanzinstitut von seiner Auslandstochter getrennt hat oder einen Käufer hierfür sucht.

So ist zum Beispiel die Commerzbank seit Monaten auf der Suche nach Käufern für die eine oder andere Auslandstochter. Derzeit sollen die Anteile der ukrainischen Bank Forum unter den Hammer. Neue Kredite werden gar nur noch an Kunden in Deutschland und Polen vergeben. Bloß ab nach Hause, lautet die Devise der meisten westlichen Banken. Die Finanzkrise hat sie schwer angeschlagen und die bald gültig werdenden verschärften Eigenkapitalregeln Basel III verlangen, dass jedes Risiko in den Bilanzen entsprechend mit Eigenkapital unterlegt wird, doch Eigenkapital ist knapp, also bleibt nur der Verkauf der Risikopositionen. Und so werden die zu Beginn des Jahrtausends ausgeweiteten Beteiligungen und Auslandengagements der Banken zurückgeschraubt. Der britische Weltfinanzkonzern HSBC zieht sich aus gut einem Drittel der 80 Länder zurück, in denen er vertreten ist. Die US-Großbank Citigroup hat schon fast ihr gesamtes Europa- und Asien-Engagement abgestoßen.

Nach Globalisierung kommt nun die Deglobalisierung

Die im Flugzeugleasing starken französischen Institute BNP Paribas, Société Générale und Crédit Agricole ziehen sich aus diesen Bereichen zurück und selbst schwedische und Schweizer Banken wollen sich auf den Heimatmarkt konzentrieren. Und nicht nur die im Osteuropa-Geschäft besonders unter die Räder gekommenen österreichischen Banken versuchen alles abzustoßen, was möglich ist.

Käufer sind unter anderem regionale Investoren. So nahm ein Staatsfonds aus Singapur der Bank of America gerne ihre Anteile an der China Construction Bank ab. Auch freute sich eine chilenische Supermarktkette über die kolumbianische Banktochter der spanischen Santander. Auch die russische Sberbank, Staatsfonds aus Katar und US-Hedgefonds übernehmen so manches Auslandsgeschäft westlicher Banken gern, zumal sie oft die Bedingungen und den Preis diktieren können, da die Verkäufer vor allem das jeweilige Problem loswerden wollen. Wer keinen Käufer findet, schließt einfach Zweigstellen und streicht Stellen bei den Auslandstöchtern.

Und so werden die Bilanzen der Banken übersichtlicher, auch wenn man zugleich lesen kann, dass die Deutsche Bank und andere gern wieder mit riskanten Wertpapieren spekulieren. Blickt man auf die Bankenkrise, so haben sich vor allem die regional engagierten Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken gut geschlagen. Doch die Deglobalisierung bietet auch Risiken, denn mit dem Rückzug westlicher Banken geht auch ein Rückzug von Kapital einher, das gerade in Schwellenländern für Investitionen dringend benötigt wird. Das wiederum könnte das weltweite Wirtschaftswachstum weiter bremsen. *R. Bellano*

Lächerlich

Von Hans Heckel

Obwohl ihr Profil noch immer recht unvollständig ist, steht doch fest, wo im politischen Spektrum die „Piraten“ stehen: Irgendwo in der linken Mitte, im blass-rotgrünen Hauptstrom also, in dem sich praktisch alle großen Parteien und Medien umeinander winden.

So wirken die infantilen „Piraten“ wie eine peinliche Parodie auf die angepasste Profillosigkeit der etablierten Parteien. Diese spüren ihre Blamage und leiden darunter, wissen aber nicht, wie sie darauf reagieren sollen, ohne sich selbst bloßzustellen.

Das heißt, stopp! Etwas gibt es noch, wo alle „Kante zeigen“ können: Gegen „rechts“. Wie hungernde Steppentiere schmeißen sich die Konkurrenten auf ein paar läppisch-dumme „Piraten“-Sprüche wie jenen, dass die neue Partei ebenso schnell aufsteige wie einst die NSDAP. Schon ist er fertig, der „braune Sumpf“, der sich bei den „Piraten“ angeblich ausbreite.

Das Manöver ist nicht bloß durchschaubar, unfair und unsagbar lächerlich: Ungewollt setzen die etablierten Parteien damit auch ihre eigene Form- und Ratlosigkeit nur noch unübersehbarer in Szene.

Keine Gefahr

Von Jan Heitmann

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und sein französischer Amtskollege denken über die zeitlich begrenzte Wiedereinführung von Grenzkontrollen nach, und schon ist von Populismus, Profilierungssucht zu Lasten Europas und durchsichtigen Wahlkampfmanövern die Rede. Zieht das alles noch nicht, wird die Totschlags-Keule geschwungen. Grenzkontrollen wären ein Angriff auf die Errungenschaften der europäischen Integration und würden das friedliche Miteinander in Europa gefährden, so heißt es. Sicherlich wird Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy den Termin für seinen Vorstoß im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen gewählt haben, um Stimmen am rechten Rand zu gewinnen. Das ändert aber nichts daran, dass die EU-Staaten die illegale Einwanderung in den Schengen-Raum nicht in den Griff bekommen. Um das zu ändern, darf es keine Tabus geben. Deshalb ist auch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen ein legitimes Mittel, das den EU-Bürgern ihr Leben kaum über Gebühr beschwerlich machen dürfte. Mit einem Wiederaufleben nationaler Egoismen und einer Gefahr für die europäische Integration hat das nichts zu tun. Die europäische Integration „fühlen“ wir Deutsche in erster Linie durch eine überbordende Bürokratie, eine geradezu perverse Regelungswut, die Abgabe von Souveränitätsrechten an demokratisch nicht hinreichend legitimierte EU-Gremien und ein Schulden-Desaster unglaublichen Ausmaßes. Kommt jetzt noch das Gefühl fehlender innerer Sicherheit hinzu, dürfte der europäische Gedanke stärker gefährdet sein als durch temporäre Grenzkontrollen.

Geschenk zu Lasten der Kinder

Von Rebecca Bellano

Als ein „Gebot der Fairness“ bezeichnet Bundeskanzlerin Angela Merkel die Einführung des umstrittenen Elterngeldes. Die Frage ist nur immer, um Gerechtigkeit für wen es gerade geht. Für die Mütter, die ihre Kinder daheim betreuen, ist es bestimmt fair, doch was ist mit den Kindern, die die dann um eine weitere soziale Leistung erhöhte Staatsschuld erben?

Überhaupt dürften allen Müttern Deutschlands inzwischen die Argumente ausgehen, sollten ihre Kinder sie eines Tages fragen, warum sie zugelassen haben, dass der Staat sein Engagement und somit die Staatsschulden immer weiter erhöhte und ihnen diese Lasten vererbt wurden.

Wer wirklich etwas für die Kinder dieses Landes tun will, der sollte endlich anfangen, den jetzt schon stattlichen Schuldenberg nicht noch weiter zu erhöhen. Man sollte nicht noch mehr soziale Leistungen oben drauf tun, sondern stattdessen einmal überlegen, wo man sogar streichen könnte. Natürlich ist ein Betreuungsgeld nett und auch das Elterngeld wird gern genommen, vor allem die Vätermonate erfreuen sich großer Beliebtheit, die Frage ist nur, wer die Zeche dafür zahlt? Es sind die Kinder, deren Wohlergehen man doch eigentlich im Blick haben will. Und ganz nebenbei: Es sind bereits Generationen von Kindern groß geworden, ohne dass es Eltern- und Betreuungsgeld gab.

> Soziale Leistungen sind schön, doch wer bezahlt sie eigentlich?

Wenn man bedenkt, wie hoch die Staatsschulden jetzt bereits sind, dass Lasten aus Pensionszahlungen für Staatsbedienstete und der demografischen Entwicklung noch nicht eingerechnet sind, dann sieht die Zukunft der Kinder keineswegs rosig aus.

Gut, angesichts der Euro-Krise zeichnet sich sowieso ab, dass irgendwann demnächst der große Knall kommt oder Deutschland auf ewig in einer Transferunion den Euro-Raum finanziert, da kann man natürlich meinen, lieber ausgeben, was noch auszugeben ist. Was ist jedoch, wenn doch alles weiterläuft wie bisher?

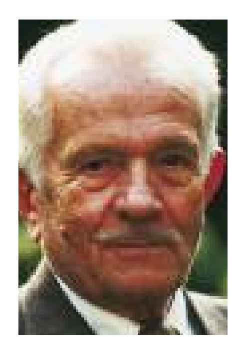
Wenn man die Debatte um das Betreuungsgeld und nun die dazugehörige Rentendebatte verfolgt, dann fragt man sich, in welch goldenen Zeiten wir leben, so es denn offenbar so viel zu verteilen gibt? Es ist wohl kaum anzunehmen, dass die Mütter, die man nun mit höheren Rentenansprüchen beglücken will, dies auf Kosten ihrer Kinder auch wünschen. Heute lebt wahrhaftig noch keiner in Armut, genauer gesagt schwelgen wir derzeit in einem Wohlstand, der nie zuvor dagewesen ist und es auch nicht mehr sein wird, denn dieser Wohlstand ist zu einem großen Teil nicht der von uns erarbeitete Wohlstand, sondern er ist kreditfinanziert. Zins und Tilgung vererben wir an die wenigen Kinder der nächsten Generationen, die heute überhaupt noch geboren werden. Bei aller Liebe, Frau Merkel, finden Sie das fair?



Getrübte Freude: Kaum auf der Welt und schon statistisch gesehen mit 24869 Euro verschuldet, sekündlich weiter ansteigend siehe www.steuerzahler.de

Bild: pa

Moment mal!



Keine Currywurst für alle

Von Klaus Rainer Röhl

Wahlkampf in NRW. Jetzt geht es um die Wurst. Alle mobilisieren die letzten Reserven. Die SPD plakatierte den genialen, wenn auch zunächst überraschenden Slogan: „Currywurst ist SPD“. Zwei Jungsozialisten und Politikwissenschaftler aus Tübingen hatten – vermutlich in langen, anstrengenden Abenden – herausgefunden, was die Bürger des bevölkerungsreichsten Bundeslandes am liebsten mögen: Am Abend gemütlich ein Bierchen zischen und Currywurst essen. Die Bierchen sind schon allein zwischen Köln und Düsseldorf strittig, aber die Currywurst würde es sein, sagte ihnen ihr Bauchgefühl. Die beiden Kreativen hatten nun die umwerfende Idee, die SPD dem angepeilten Wähler direkt in die Unterschwelle zu mogeln, das heißt, die Partei mit der von allen geliebten Currywurst fest im Unterbewusstsein zu verschweißen. Wie das jeden Abend im Fernsehen ganz schamlos geschieht, Frauenbeine mit Autoreifen und Becks Bier mit Durst. Es gab einen Wettbewerb. Der Plakatentwurf der beiden Jusos schaffte es. So wurde der ziemlich dümmste Slogan der Saison gedruckt. „Landesmutter“ Hannelore Kraft verriet im nächsten Wahlplakat sogleich, was sie nicht nur im Magen, sondern „im Herzen“ habe. Nämlich, Originalzitat, „NRW im Herzen!“ Currywurst im Bauch und NRW im Herzen.

> Die Nordrhein-Westfalen werden mit dämmlicher Wahlwerbung drangsaliert

So einfach ist das. Die anderen Parteien machten sich auch keine sonderliche Mühe mit den Wahlslogans. „Steuern für Millionäre und Kitas für alle“, forderte die Partei „Die Linke“, und der Spitzenkandidat der CDU und Kernkraftgegner der ersten Stunde, Norbert Röttgen, erwartete eigentlich gar nichts als mitmachen zu dürfen bei der CDU. Die Partei „Pro NRW“, eine Erweiterung von „Pro Köln“, von der Presse ignoriert, findet kaum statt. Und die Grünen werben mit dem Slogan „Schön, wenn Frauen wieder den Haushalt machen – Grün macht den Unterschied“ und zeigt ein Bild von der Grünen-Spitzenfrau Sylvia Löhrmann mit Hannelore Kraft. Ein Kommentar ist angesichts des Umstandes, dass Rot-Grün genau am Landeshaushalt gescheitert ist, verlorene Liebesmüh.

Und die FDP? Setzte auf den netten Mann von nebenan, Christian Lindner, der in seinem Parteileben noch nichts falsch gemacht hat. Weil er überhaupt erst aufgefallen ist, als er sich deutlich von Parteichef Philipp Rösler distanzierte. Die Partei, die in dem gleichen Bundesland noch vor zwölf Jahren unter Jürgen Möllemann 9,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte, hat nun berechtigte Angst, genau einen Strich unter fünf Prozent zu fallen und damit bei der Bundestagswahl endgültig unterzugehen.

Vielleicht entsinnt sich noch einer in dieser Partei an Möllemann und warum er die „Reißleine“ ziehen musste und mit welchem Vorwurf er buchstäblich ausgeknipst wurde: mit dem Vorwurf des Antisemitismus. Thilo Sarrazin und Günter Grass konnten von Glück sagen, dass sie nicht an einem Fallschirm hingen und Freunde hatten, gute Freunde. Möllemann hatte keine. Nachdem die FDP ihren deutschfreundlichen Flügel, immerhin 22 Prozent, der die große Tradition von Erich Mende und Thomas Dehler zu neuem Leben erwecken wollte, erbarmungslos abgetrieben hat – unter der Führung von Guido Westerwelle. Doch wem hat es genützt? Wer wird Westerwelle in zehn Jahren noch kennen?

Das originellste Werbeplakat hängten die „Piraten“ auf: „Für dieses System ist ein update vorhanden!“ „Update“ ist in der Internet-Sprache ein neues, verbessertes Programm. Dass diesen Slogan nur Internet-Nutzer („User“!) verstehen können, nehmen die jungen Leute in Kauf. Sollen sie sich mit Zurückgebliebenen und Schwerfälligen einlassen? 13 Prozent der Wahlberechtigten werden sie vermutlich wählen. Ein Programm haben sie zwar nicht, dafür aber dürfen alle über das Programm mitreden, sprich mit-mailen. Wie in einem „Schwarm“. Einem Heuschrecken-schwarm, einem schwimmenden Schwarm von Fischen oder Schwärmen von Zugvögeln auf dem Zug nach Süden. Sie werden nicht durch ein gewähltes oder durch besondere Eigenschaften ausgezeichnetes Leit-Tier gelenkt, sondern folgen einem noch wenig untersuchten „Schwarmverhalten“, haben angeblich sogar eine Schwarmintelligenz.

Die „Piraten“ sind stolz darauf, wie eine Ansammlung von Kranichen oder Kaulquappen ein Schwarmverhalten zu kultivieren. Alle dürfen alles. „Keine Macht für niemand“, sagen die Anarchisten, und tatsächlich hat das Piratenschiff auch etwas Anarchistisches. Die sogenannten „Märkte“ übrigens auch. Auch sie folgen schwarmartigen Bewegungsabläufen und keinen rationalen Motiven. Das ist der Grund, warum ihre Verteidiger stets nur im anonymen Plural von ihnen sprechen wie von Naturereignissen: „die Märkte“.

> Die »Piraten« versprechen ein »Update«

Damit das Schwarmleben in der Partei so richtig funktioniert, gibt es bei den „Piraten“ zwei Prinzipien: den Durchblick für alle, die sogenannte Transparenz, und das ständige Mit-Reden aller bei allem. Hier dürfen wir stutzig werden. Denn Mitbestimmung des Publikums versprechen heute alle. Angeblich dürfen wir alles per Mausklick oder Telefon entscheiden. Bei Deutschlands Superstar ebenso wie bei dem gleichzeitig laufenden, armund beinbrechenden Wettkrampf „Let's Dance“ oder Heidi Klums „Germany's Next Top-Model“. Große Zweifel sind angebracht, ob das Publikum da auch nur irgendetwas entscheidet. Schließlich geht es um viele Millionen.

Doch bei den „Piraten“ entscheidet, wenigstens zurzeit, wirklich der Mausklick. Da schadet es nicht einmal, wenn ein führender „Pirat“ Ansichten vertritt, die eigentlich in Deutschland verboten sind. Einer zum Beispiel hatte im Internet gefunden, dass Polen im August 1939 eine Generalmobilmachung ausgerufen hatte und dass eine Generalmobilmachung völkerrechtlich einer Kriegserklärung gegen Deutschland gleichkam. Au Backe! Der umgehend folgenden Aufforderung, diesen „Piraten“ aus der Partei auszuschließen, entsprach die Mehrheit der „Piraten“ nicht. Ist die Zeit der politischen Korrektheit und der Menschenjagd gegen alle Abweichler vorbei? Leben wir am Rande eines neuen Zeitalters und wohnen der Geburt eines neuen Menschen bei? Oder kochen die auch nur mit Wasser? Fragen wir uns, was Anbieter wie „Facebook“, über die sich der „Schwarm“ organisiert, eigentlich sind. Es sind weltweite Unternehmen mit einer Spürnase für Geld. „Facebook“ ist eine US-amerikanische Firma mit einem Milliarden-Umsatz durch Werbeeinnahmen. Ist die „Facebook“-Generation links? Kann sie es überhaupt sein? Oder haben die Jungen einfach nur gute Laune und keine Angst vor niemand?

Wen also sollten wir wählen? Wählen wir die Currywurst? Oder mit Röttgen die grün angestrichene CDU? Pro NRW? Oder doch, trotz aller Bedenken, noch einmal die FDP? Geben wir ihr die Chance, die Latte vielleicht mit 5,1 Prozent noch einmal zu überspringen und sich dann als deutschfreundliche Partei im Geiste Thomas Dehlers und der Nationalliberalen wieder neu zu erfinden? In den „Piraten“ aber sehen wir junge Leute, die die Unzufriedenheit der ganzen Bevölkerung mit dem alten, verlogenen Parteiensystem artikulieren. Eine neue Ehrlichkeit in der Politik, das wäre zwar noch kein neues Zeitalter, aber schon viel wert.

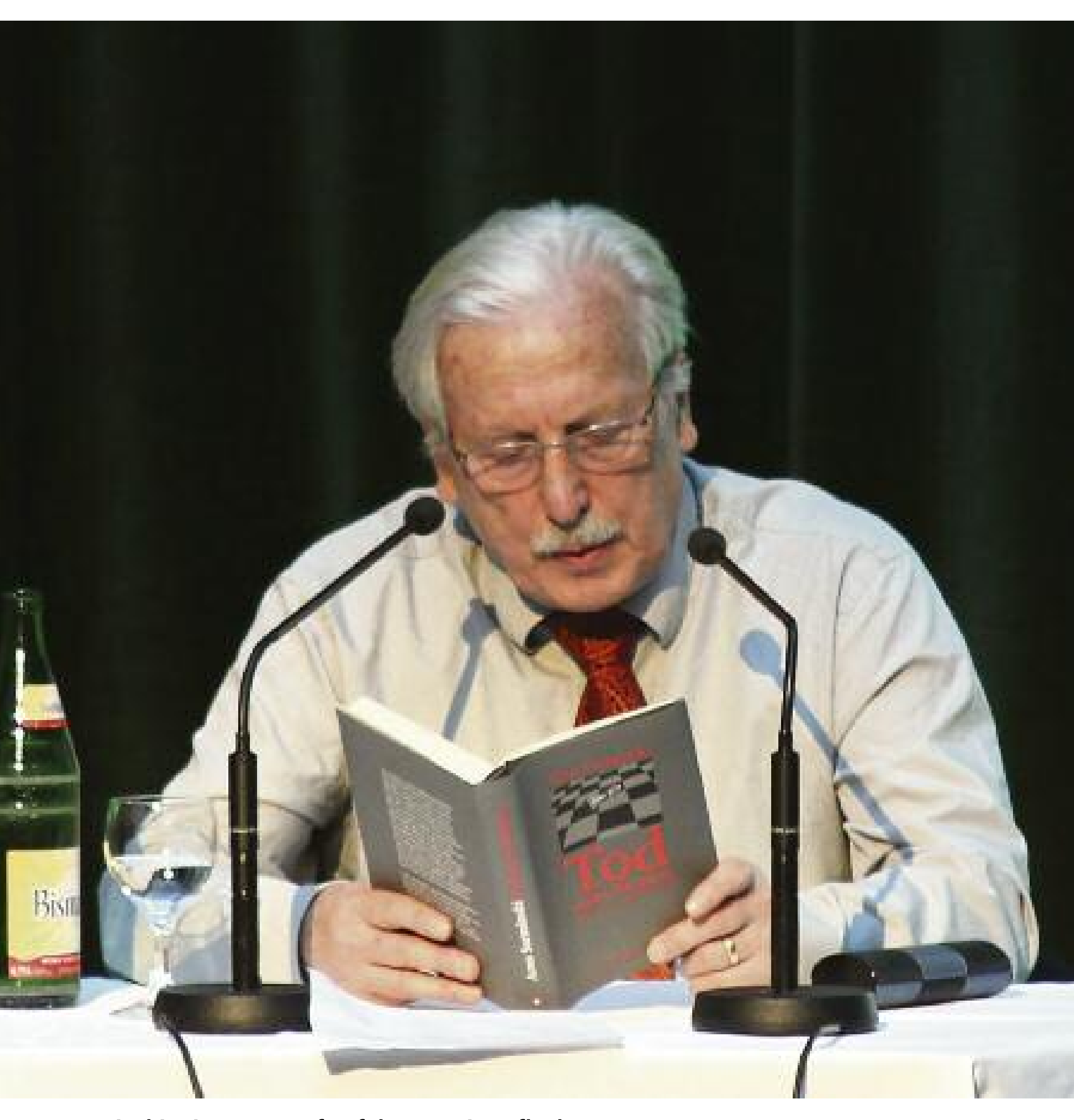
Den Autor erreichen Sie unter klausrainer@gmx.de

Dicht am Menschen

Moral und Menschenwürde spielen in Arno Surminskis neuem Roman eine tragende Rolle

In den 80er Jahren begeisterte die Verfilmung seines in Ostpreußen spielenden Debütromans Millionen deutsche Fernsehzuschauer. Bis heute prägt das Land seiner Geburt Arno Surminskis Werke. Und auch in seinem neuen Roman spielt Ostpreußen eine, wenn auch nur kleine Rolle.

„Gegen Mittag setzten die Wehen ein. Da Steputat eines der drei Telefone besaß, die es im Dorf Jokehnen gab, konnte er selber die Hebamme in Drengfurt anrufen, die einzige, die in der kleinen Stadt und den umliegenden Dörfern die Kinder ans Licht der Welt brachte, sofern die Klapperstörche sie nicht aus den zahlreichen Poggenteichen der Umgebung fischten.“ Und: „Im dunkelsten aller Monate geriet der 13. zum düstersten aller Tage. Die Sonne verschlief das Aufgehen, um drei Uhr nachmittags versank sie hinter den Wolken ... Am Abend radelte Hanna in guter Stimmung vom Rechthaus der Universität in die östliche Vorstadt, die einst preußisch gewesen war ...“ Fast vier Jahrzehnte liegen zwischen den beiden Romananfängen von Arno Surminski. „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?“ wurde 1974 veröffentlicht, „Tod eines Richters. Roman über ein ungewolltes Kind“ vor wenigen Wochen. So verschieden die beiden Werke auf den ersten Blick sind, so beruhen sie doch beide auf persönlichen Erfahrungen des 1934 im ostpreußischen Jäglack geborenen Autors. In dem einen Werk verarbeitete er seine Kindheit in Ostpreußen und in dem anderen seine Tätigkeit als Angestellter in der Rechtsabteilung einer Hamburger Versicherungsgesellschaft.



Arno Surminski: Eigene Berufserfahrung eingeflochten Bild: HanseMerkur Versicherungsgruppe

> Das Land seiner Geburt prägte das Werk des Ostpreußen

Zu Surminskis Stärken gehört, dass er immer dicht an den normalen Menschen und ihrem Leben ist. Leider ist das wohl auch ein Grund, dass er in der deutschen Literaturszene in der zweiten Reihe steht. Selbst wenn Surminski einen Preis erhält, so hat sein ostpreußischer Landsmann Siegfried Lenz diesen meist Jahre vor ihm bereits erhalten. Dabei sind Lenz’ Werke meist schwer zugänglich und sprachlich sperriger als Surminskis. Und auch die ebenfalls in Ostpreußen geborene, bereits verstorbene Marion Gräfin Dönhoff und der aus Danzig stammende Literaturnobelpreisträger Günter Grass spielen vermutlich gerade wegen ihrer Egozentrik und Abgehobenheit laut offizieller Literaturkritik eine Liga über Surminski.

Was aber nicht heißt, dass Surminski seinen Lesern keine anspruchsvolle Literatur böte. Gerade in seinem neuesten Werk „Tod eines Richters“ dreht sich alles um Moral und Menschenwürde. Hauptfigur Hanna Bohra bekommt am 13. Dezember 1999 einen merkwürdigen Anruf. „Ihr Vater ist soeben gestorben ... Er liegt auf dem Teppich und atmet nicht mehr“, teilt ihr jemand ohne seinen Namen zu sagen mit. Nach einigen Irritationen muss Hanna dann feststellen, dass der Mann am Telefon Recht hatte. Allerdings schließt die Polizei einen Mord aus und weigert sich Ermittlungen wegen des Anrufers und zwei verschwundenen Gegenständen aus dem Haus des Vaters aufzunehmen. Hanna und ihr Bruder schalten einen Detektiv ein und der hat gleich mehrere Richtungen, in die er ermittelt.

> Welchen Wert hat ein Menschenleben?

Surminski gelingt es, spannend weit über den Handlungsverlauf hinaus, sich der Frage anzunehmen, welche Rolle Richter in der Gesellschaft eigentlich spielen und welche Funktion sie wahrnehmen. Jedes Kapitel beginnt mit dem Zitat einer berühmten Persönlichkeit. „Es ist sehr gefährlich, in Dingen Recht zu haben, in denen große Leute sich irrten“ wird Johann Wolfgang von Goethe zitiert. Oder Albert Camus: „Wir beginnen mit der Gerechtigkeit und gründen schließlich einen Polizeistaat.“ Aber auch Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Und so führt der „Tod eines Richters“ den Leser nicht nur zur Todesursache des Richters Bohra, sondern auch durch ein Stück Rechtsgeschichte. Da Bohra seinen Beruf in der DDR erlernt hatte, bevor er gen Westen flüchtete, gibt es für den Detektiv interessante Fährten, die gen Osten führen. Aber auch seine Urteile in Haftpflichtfällen haben potenzielle Täter mit Motiven geschaffen. Allerdings liefert Surminski bereits im Titel eine Spur: „Roman über ein ungewolltes Kind“. Doch was hat die Schwangerschaft einer in den 70er Jahren sterilisierten Ostpreußin mit dem Tod des Richters zu tun?

Und während der Autor wichtige Themen anspricht und indirekt die aus den USA stammende Sitte, extreme Entschädigungssummen vor Gericht zu erstreiten, kritisiert, webt er eine zarte Liebesgeschichte in seinen Roman mit ein, so dass dieser schwere Themen leichtfüßig daherkommen lässt. Einzig das Ende der Liebesgeschichte weckt Widerspruch, wobei Surminski auf *PAZ*-Anfrage das Ende mit der Anmerkung verteidigt hat, dass Liebe schließlich viele Hürden überwinden könne.

Rebecca Bellano

Preußische Gemütlichkeit im »Hundezimmer«

Das „Hundezimmer“ in Potsdams Neuem Palais galt als einer der privatesten Räume Friedrichs des Großen (1712–1786). In zarte grüne Seidentapete gehüllt, erinnert dort allerdings auf den ersten Blick wenig an die geliebten Windhunde des Monarchen. Vom König als Lesezimmer eingerichtet, geriet der Raum in Vergessenheit. Zum 300. Geburtstag des großen Preußenkönigs haben private Spender nun die Wiederherstellung des gerade einmal zwölf Quadratmeter großen Kabinetts ermöglicht, das jetzt nach vielen Jahrzehnten erstmals wieder Besuchern offen steht.

> Privates Lesekabinett von Friedrich II. wurde neu renoviert

Menschen, so will es die Legende, wurden nur selten in das Zimmer eingelassen, Vierbeiner schon eher, daher auch der Name „Hundezimmer“. Denn ein Schiebefenster erlaubte den Windhunden des Königs, ihn an seinem geliebten Rückzugsort aufzusuchen. Diesen Hunden galt seine besondere Aufmerksamkeit: Bis zu 80 der edlen Rassehunde sollen ihn einst in seinem Lieblingsschloss, dem nahen Sanssouci, begleitet haben. Dort, auf der obersten Weinbergterrasse, ist der Monarch seit 1991 zur letzten Ruhe gebettet, und zwar wunschgemäß neben den Gräbern seiner Hunde. Die hatte er auch gerne um sich, wenn er sich aus dem mit Kronleuchtern prunkvoll ausgeleuchteten Speisesaal des Neuen Palais durch eine Tür in das mit 6,20 Metern vergleichsweise bescheiden hohe Lesezimmer zurückzog. Es gehörte zu seiner Privatwohnung im insgesamt 630 Räume umfassenden Schloss. Restauratoren entnahmen nun dem Depot der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) noch einige originale Möbelstücke aus friederizianischer Zeit und arbeiteten die heruntergewohnten Armlehnsessel und ein Kanapee wieder auf. Die grüne Seide auf Möbeln und Wänden rekonstruierten sie aus Faserresten eines Sofas.

> Der Monarch liebte seine Windhunde über alles

Für die Forschung ist das Lesekabinett von Interesse, denn „die Lage und Struktur seiner Wohnung wirft Fragen auf“, sagte der Generaldirektor der SPSG, Hartmut Dorgerloh. Nicht nur ein gewisser Luxus ist der Ausstattung anzumerken, Friedrich zeigte sich bei der Gestaltung wie der Einrichtung seiner Räumlichkeiten souverän. Er verzichtete auf damals übliche Konventionen und führte ungewöhnliche Neuerungen ein, so eine Schiebetür in den Park eigens für die Hunde.

Ermöglicht hat den Einblick ins Private des Königs die Cornelsen Kulturstiftung. Sie gab Geld für die nun wieder authentischen Möbel. Nach der offiziellen Vorstellung des Raums steht dieser ab Sonnabend erstmals wieder Besuchern offen und erlaubt ihnen Einblicke in Friedrichs Alltag. Zu dem gehörten im Bett des Königs schlafende Hunde, die von den Lakaien des Königs sogar angeredet wurden. Hunde wie „Thisbe“, laut Friedrich „treu wie jene Königin von Babylon, deren Namen ich ihr gab“, umgaben ihn, wenn er sich mit einem Buch aus der Bibliothek in das Kabinett zurückzog.

SV

Traditionskultur abgedrängt

Hamburger Kammeroper bietet gute Unterhaltung und historisch interessanten Stoff, hat aber Existenzprobleme

Während das Buch „Kulturinfarkt“ in Deutschland zu einer großen Debatte über die staatliche Subventionierung des Kulturbetriebes geführt hat, kämpfen die Betreiber der Hamburger Kammeroper jedes Jahr aufs Neue um ihre Existenz. Das privat geführte Haus ist ein kleines, feines Juwel für Opernliebhaber. Seit 1996 befindet sich in der Max-Brauer-Allee 76 in Hamburg nicht mehr nur das „Theater für Kinder“, sondern eben auch die Kammeroper, die immerhin seit zwei Jahren mit einem kleinen Betrag von der Hansestadt unterstützt wird. Dabei würden es die Eigentümer viel sinnvoller finden, wenn die Hamburger Tourismuszentrale statt nur für die Musicals der Stadt auch für die Theater werben würde, denn Werbung ist kostspielig und ein kleines Haus wie die Kammeroper kann sich weder das Personal nach die Maßnahmen im nötigen Ausmaß leisten. Für die Stadt hingegen wäre es ein leichtes, so die Theatermacher, auch gleich für alle Theater der Stadt zu werben. Und so kommt es, dass selbst alteingesessene Hamburger noch nie von der Kammeroper gehört haben.

Dabei bietet die Kammeroper ein Programm, das für Opernliebhaber wie für Operneinsteiger gleichermaßen gemacht ist. Stimmlich gibt es am gut ausgebildeten Ensemble absolut nichts auszusetzen. Besonders der im siebenbürgischen Klausenburg geborene Marius Adam interpretiert die Titelrolle in „König Theodor in Venedig“ überzeugend. Es geht in der Oper des Italieners Giovanni Paisiello (1740–1816) um die historische Figur des 1694 in Köln geborenen Freiherrn Theodor Stephan von Neuhoff. Dessen abenteuerliches Leben inspirierte mehrere Komponisten, Dichter und Schriftsteller. Paisiellos Oper wurde 1784 in Wien uraufgeführt und setzt ein, als Theodor unter falschen Namen in einen Hotel in Venedig logiert. Der Freiherr hat schon bessere Zeiten gesehen. Nach einem Aufstand war der Edelmann, der an mehreren europäischen Höfen in Diensten gestanden hat, zum König von Korsika gekrönt worden. Nun aber ist auf ihn ein Kopfgeld ausgesetzt


Überraschendes Ende: Hochzeit ist nur vorletzte Szene Bild: Joachim Flügel

und guter Rat teuer, denn er weiß nicht, wohin er flüchten, geschweige denn, womit er seine Hotelrechnung bezahlen soll.

Das Team der Hamburger Kammeroper hat die italienische Oper, die zwar die historische Figur zum Vorbild hat, deren Venedig-Aufenthalt aber fiktiv ist, neu ins Deutsche übersetzt, gekürzt und die Dialoge eingebaut, um sie auch für Operneinsteiger zugänglich zu machen. Während sich das „Hamburger Abendblatt“ über das fast pantomimische Spiel des in Australien aufgewachsenen und ausgebildeten Roy Weissensteiner als Theodors Diener Gafforio freute, wirkt es auf die Verfasserin dieser Zeilen auf nervig-alberne Weise übertrieben, zumal es nicht zu dem ernsthaften Spiel von Marius Adam passt, schließlich befinden sich beide in einer Notlage. Gafforios Idee, dass Theodor Lisetta, die Tochter des Hoteliers, heiratet, so dass dieser Vater einer Königin wird und im Gegenzug Theodors offene Rechnungen erlässt, ist der Einstieg für amüsante Verwicklungen. Denn Lisetta ist bereits verlobt, doch da es so aussieht, als würde ihr Verlobter Sandrino der schönen Belisa, die ihr Auge aber auf den inkognito reisenden Achmet geworfen hat, den Hof machen, willigt sie zögernd ein. Das Ende ist überraschend kriminell.

Übrigens war auch das Ende des wahren Theodor wenig romantisch: Er, der einst Page von Liselotte von der Pfalz in Paris und Versailles war, als Agent für den schwedischen König Karl XII. spionierte, bei John Laws „Mississippi-Spekulation“ kurzfristigen Reichtum erlangte und eben König von Korsika war, starb 1756 im Londoner Schuldgefängnis „Kings Bench“.

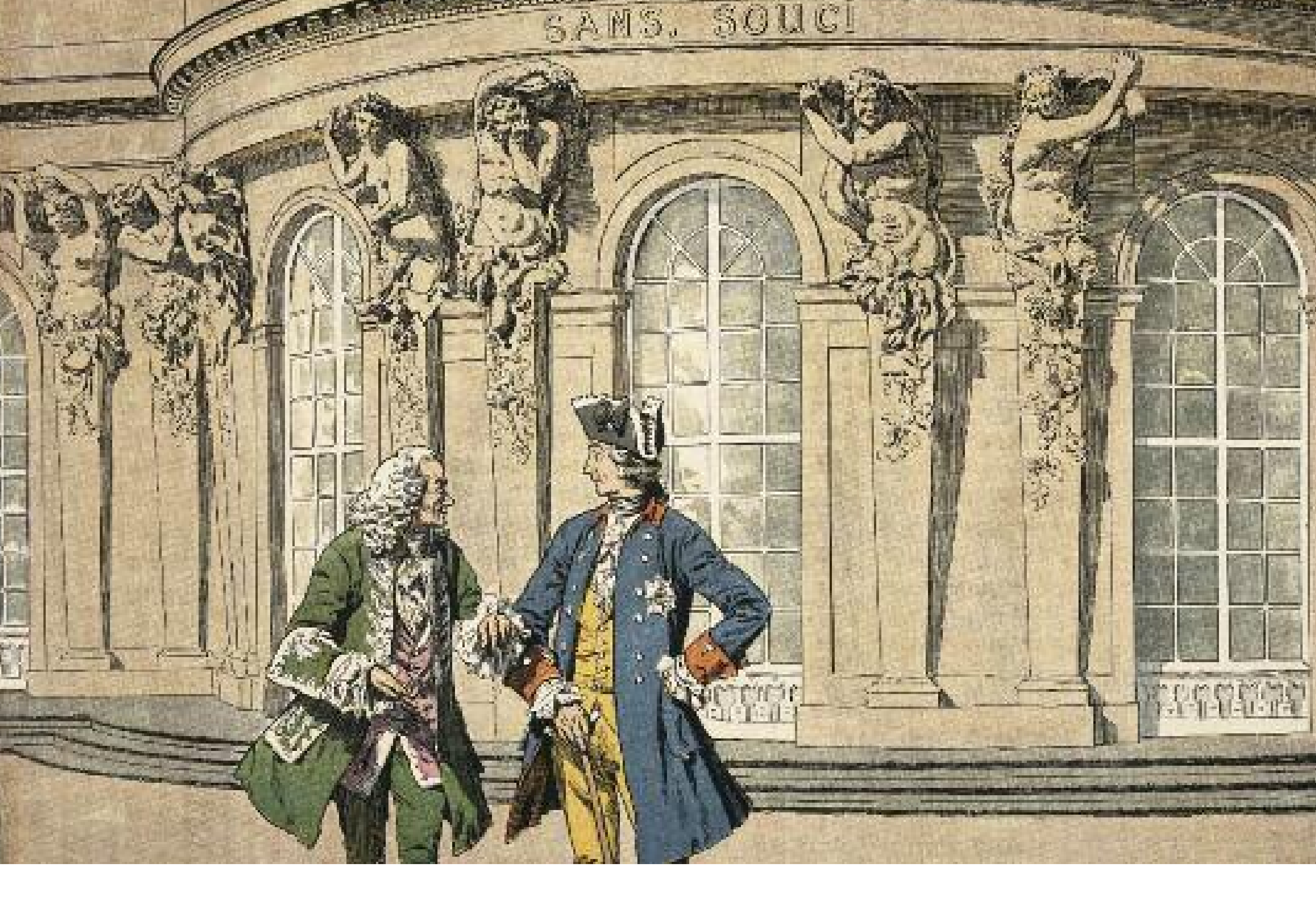
Bel

Der „König Theodor in Venedig“ ist noch bis zum 10. Juni zu sehen im Allee Theater Kammeroper Hamburg, Max-Brauer-Allee 76, 22765 Hamburg, Telefon (040) 382959, www.hamburger-kammeroper.de.

Wo der Alte Fritz Ruhe und Erholung fand

Vor 265 Jahren wurde das Schloss »Sanssouci«, des Preußenherrschers »Lust-Haus zu Potsdam«, eingeweiht

Die Jahre auf Schloss Rheinsberg waren die glücklichsten im Leben Friedrichs des Großen. Nach gescheiterter Flucht und der Anklage wegen „Hochverrats“ vom Vater wieder in Gnade aufgenommen, verbrachte der Kronprinz hier eine unbeschwerte Zeit im Kreis von geistreichen und amüsanten Freunden. Schon damals dachte er daran, ein Stück dieses sorgenfreien Lebens mitzunehmen, wenn er dereinst die Lasten der Königskrone tragen würde. Seinen Traum von einem „Sans souci“ sollte ihm einer der Rheinsberger Kameraden erfüllen: Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff.



Mit einem seiner liebsten Gesprächspartner an einem seiner liebsten Orte: Der preußische König Friedrich der Große (rechts) im Meinungsaustausch mit dem französischen Philosophen Voltaire vor seinem Schloss „Sanssouci“

Bild: bpk

Wie die meisten Söhne des preußischen Adels war von Knobelsdorff zum Offizier erzogen worden. Als er an einem Lungenleiden erkrankte, schied er aus dem Militärdienst aus und widmete sich der Architektur und Malerei. Der Autodidakt wurde zum bedeutendsten Baumeister der friderizianischen Epoche. Gleich nach seinem Regierungsantritt ernannte ihn Friedrich zum „Surintendanten aller Königl. Schlösser, Häuser und Gärten (und) Directeur en chef' aller Bauten in den sämtlichen Königl. Provinzen“.

So gewaltig wie der Titel waren auch die Aufgaben von Knobelsdorffs. Der rastlose König überhäufte ihn mit Arbeit, und es konnte ihm nie schnell genug gehen. „Faul ist er wie ein Artilleriepferd“, schimpfte er in einen Brief über seinen Leibarchitekten. Nach Aufträgen für das Forum Fridericianum und die Umgestaltung des Tiergartens betraute ihn Friedrich mit seinen Lieblingsprojekt: dem Bau eines „Lust-Hauses zu Potsdam“, genannt „Sanssouci“, auf einem Weinberg vor den Toren Berlins. Die ersten Skizzen dafür hatte der König schon in Rheinsberg zu Papier gebracht.

Friedrich war alles andere als ein bequemer Bauherr. Immer wieder gab es Missstimmungen zwischen ihm und dem Architekten. Von Knobelsdorff wollte das Rokoko-Schlösschen durch einen Sockel erhöhen, um ihm optisch mehr Gewicht zu verleihen und es repräsentativer erscheinen zu lassen. Friedrich bestand auf einem ebenerdigen Gebäude ohne Kellergeschoss. Er wollte durch Terrassentüren direkt hinaus in die Natur treten können und änderte die Entwürfe rigoros. Der Eigensinn des Königs rächte sich. Besucher klagten darüber, dass es in dem „maison de plaisance“ ausgesprochen zugig und fußkalt sei. Ärzte begründeten Friedrichs Anfälligkeit für Erkältungen und sein Rheuma mit der mangelnden Isolierung des Schlosses.

Am 14. April 1745 wurde der Grundstein gelegt, zwei Jahre später, am 1. Mai, fand die Einweihung statt, obwohl noch nicht alle der zwölf Räume fertig waren. Friedrich beanspruchte ohnehin nur fünf im Ostflügel für sich. Die übrigen im Westflügel dienten als Gästezimmer für seine ausschließlich männlichen Besucher, denn „Sanssouci“ sollte auch „sans femmes“ sein. Der König lebte hier von April bis Oktober, je nach Witterung. War er im Krieg, hatte er nichts dagegen, dass sich interessierte Untertanen seine Wohnung anschauten.

> »Sanssouci« spiegelt Friedrichs Liebe zu Schloss Rheinsberg

Die Liebe zu Rheinsberg, das Friedrich „Remusberg“ nannte, spiegelt sich an vielen Stellen in „Sanssouci“ wider. Zu seinen Skizzen für die geschwungene Kolonnade mit 88 griechischen Säulen wies er an: „Corienthien, le reste comme à Remusberg“. Die Bibliothek erinnert in ihrer runden Form an das Turmzimmer auf Schloss Rheinsberg, die beiden Sphyngen sind denen in Rheinsberg nachgebildet. Bei der Ausstattung seines Sommerschlosses sparte der sonst so knauserige König nicht. Aus Carrara ließ er Marmor für Fußboden und Wände kommen, die Decken sind reich bemalt, die Wände verspiegelt und mit edlen Hölzern vertäfelt und die Böden mit Intarsien geschmückt, wie es das Rokoko verlangt.

Das 97 Meter lange und zwölf Meter hohe Bauwerk mit der grünen Mittelkuppel, die in goldenen Lettern die Inschrift „Sans, Souci“ trägt, war ganz auf die Bedürfnisse einer Person abgestimmt. Nur der unterkühlt wirkende Marmorsaal mit Säulen und Gesimsen und das reich geschmückte Empfangszimmer dienten repräsentativen Zwecken, während die kleinliche Wohnung mit Arbeits-, Schlaf- und Konzertzimmer im Ostflügel eine private Atmosphäre ausstrahlte. Friedrichs „privatissime“ war die Bibliothek mit raumhohen Fenstern und einem strahlenförmig gelegten Parkett. Der riesige Kamin – Friedrich verzichtete auf die damals üblichen Kachelöfen – machte den Lieblingsraum des Königs zu einem gemütlichen Lesekabinett. Die Glasvitrinen waren voll gestopft mit Büchern und bibliografischen Kostbarkeiten.

An warmen Tagen dinierte der König gern im Marmorsaal oder auf der Terrasse und genoss den Blick auf Wiesen, Rondelle und Wasserspiele des üppig mit Marmorstatuen und Büsten geschmückten Landschaftsparks. Den Tee nahm er mit seinen Gästen im chinesischen Teehaus, das 1754 bis 1759 entstand.

Friedrich wollte in seinem geliebten Lustschlösschen nicht nur leben, sondern auch begraben sein. Er verfügte: „Man bestatte mich in ‚Sanssouci‘ auf der Höhe der Terrassen in einer Gruft, die ich mir habe herrichten lassen ... Sterbe ich in Kriegszeiten oder auf der Reise, soll man mich am ersten besten Ort beisetzen und im Winter nach ‚Sanssouci‘ an die bezeichnete Stätte bringen.“

Fast 40 Sommer, die Kriegsjahre ausgenommen, verbrachte der Alte Fritz in „Sanssouci“. Im Laufe der Zeit büßte das Schloss an Glanz ein. Der König hielt kostspielige Renovierungen für überflüssig. Nur das „Voltaire-Zimmer“, das der berühmte Literat und Philosoph von 1750 bis 1753 bewohnt und nach einem Streit mit dem König Hals über Kopf verlassen hatte, wurde nach dessen Abreise aufgefrischt. Vermutlich wollte Friedrich nicht mehr an den undankbaren Gast aus Frankreich erinnert werden.

Auch der Erbauer von „Sanssouci“ schied im Zorn aus dem Schloss. Zwischen ihm und dem König hatte es immer wieder Meinungsverschiedenheiten gegeben, denn von Knobelsdorff war kein Jasager wie andere in der Umgebung Friedrichs. Als von Knobelsdorff im Alter von 54 Jahren starb, besann sich Friedrich dessen großer Verdienste und widmete ihm eine selbst verfasste Eloge, die er in der Akademie der Wissenschaften vortragen ließ.

Gisela Groth

Das Modellfort im Park von »Sanssouci«

Im nordwestlichen Teil des Parks von „Sanssouci“, in der Nähe des Antikentempels, unterhalb des Drachenhauses, 150 Meter rechts auf der Wiese, harrt es unter Schlossparkerde auf seine Wiederentdeckung. Die Rede ist vom Modellfort im Park von „Sanssouci“.

Kein Reiseführer gibt einen Hinweis. Und alles ist wie vom Erdboden verschluckt. Alteingesessene Potsdamer berichten noch irrtümlich vom sogenannten Prinzenspielplatz im Schlosspark „Sanssouci“. Richtig ist, dass der Spielplatz der kaiserlichen Prinzen und Prinzessinnen ganz in der Nähe, unweit des Neuen Palais, lag. Und es ist anzunehmen, dass die kleinen Hoheiten im Verlauf ihrer militärischen Ausbildung an dem Modellfort im Park geschult wurden. Doch geschaffen wurde das Modell nicht für Kinder, sondern für Erwachsene.

Seine historischen Wurzeln liegen in der Kaiserzeit. 1892 erließ Kaiser Wilhelm II. eine Allerhöchste Kabinettsorder, alle Festungen zu modernisieren. Die eingebauten Geschütze sollten unter Panzerschutz gestellt werden. Fraglich war jedoch, welche Geschützpanzerungen am besten geeignet wären. So kam es zur Errichtung des Fort-Modells.

Schon drei Jahre vorher, 1890, hatte die Magdeburger Firma Hermann Gruson Modelle neuer Festungswaffen getestet. Als die Firma Krupp die Gruson AG 1892/93 übernahm, avancierte diese zum Generalanbieter für Panzerbefestigungen. Krupp errichtete das Modell-Fort im nordwestlichen Teil der Parkanlage „Sanssouci“ im Jahre 1893, um den Kaiser von den Grundprinzipien der neuen Technik zu überzeugen. Baumeister war Julius Diener, Prinzenerzieher in Fragen des Festungsbaus und Abteilungschef für Festungsbau bei Krupp bis 1905. Wahrscheinlich waren etwa vier Personen bis zu drei Monate am Bau beteiligt. Dabei handelte es sich um Maurer sowie um Stuckateure, welche die in Zementputz ausgeführten Beton-Modellierungen ausführten. Ende Juli 1893 wurde das Modell fertiggestellt und im darauffolgenden Monat an den Kaiser feierlich übergeben.

Im Maßstab eins zu zehn stellt das etwa 40 Meter lange und 15 Meter tiefe Bauwerk ein Dreiecksforts im Stile des belgischen Festungsbaumeisters Henri Alexis Brialmonts dar. Es besteht aus verputztem Ziegelmauerwerk und ist in ein Zentralwerk sowie eine linke und eine rechte Anschlussbatterie gegliedert. Das Modell einer sogenannten Panzerfortifikation, in der Waffen und Beobachtungsgerät unter Panzerkuppeln stehen, diente zur Erprobung neuartiger Befestigungsanlagen aus Beton und Stahl. Das Potsdamer Modell war vor dem Ersten Weltkrieg mehrfach die Vorlage für Festungsbauten. So soll Frankreich beim Bau seiner berühmten Maginot-Linie darauf zurückgegriffen haben.

In den folgenden Jahrzehnten war das Modell dem Verfall preisgegeben. Vandalismus und Vernachlässigung führten zum Substanzverlust. Aus konservatorischen Motiven entschloss sich der heutige Hausherr von „Sanssouci“, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, im Jahre 2004, das Bauwerk mit Erde abzudecken. Im selben Jahr wurde der Verein „AG Modell-Fort Sanssouci“, dessen Ziel es ist, das Denkmal zu erhalten, instand zu setzen und der Öffentlichkeit angemessen zu präsentieren. Ob es zu der von ihm erstrebten Freilegung des einzigartigen Zeugnisses europäischer Wehrarchitektur kommen wird, ist ungewiss.

Silvia Friedrich

»Ein Torpedo – ein Schiff« lautete sein Motto

Dem erfolgreichsten U-Boot-Kommandanten des Zweiten Weltkrieges wurde schließlich ein Ausflugsdampfer zum Verhängnis

Otto Kretschmers Leben begann weniger tragisch und verblüffend, als es endete. Am 1. Mai 1912 im schlesischen Heidau geboren, machte der Lehrersohn 1929 an der Staatlichen Bildungsanstalt der einstigen preußischen Kadettenanstalt Wahlstatt sein Abitur. Im folgenden Jahr trat er als Offizieranwärter in die Reichsmarine ein. Nach den üblichen Ausbildungsabschnitten und Verwendungen in der Flotte wurde Kretschmer 1936 zur U-Boot-Waffe versetzt und stieg schnell zum Kommandanten auf.

Erste Einsatzerfahrungen sammelte er während des Spanischen Bürgerkrieges. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges war er Kommandant von U 23, mit dem er rasch beachtliche Versenkungserfolge erzielte. Seit April 1940 Kommandant von U 99, versenkte Kretschmer nicht nur zahlreiche Handelsschiffe, sondern blieb auch im Duell mit feindlichen Zerstörern und Kreuzern Sieger. Im Gefecht zeichnete er sich durch die Fähigkeit zur sicheren Lagebeurteilung, kaltblütige Ruhe und große Tapferkeit aus. Sein Grundsatz „Ein Torpedo – ein Schiff“ machte den auf Zielgenauigkeit Setzenden zum Vorbild vieler seiner Kameraden. Als tapferer und ritterlicher Kommandant genoss er selbst bei seinen Gegnern hohes Ansehen. Vielfach bewundert und als Seekriegsheld verehrt, war der wegen seiner Verschlossenheit „Otto der Schweigsame“ genannte Kretschmer bei seinen Besatzungen indes nicht wirklich beliebt. Zwar galt er als außerordentlich höflich und als formvollendeter Gentleman, der alle Härten seiner Männer teilte, doch war er penibel und kleinlich und ahndete selbst geringste Verstöße gegen die Disziplin. In der Kriegsmarine ging das Wort um, Prien sei der berühmteste U-Boot-Kommandant, Schepke der beliebteste und Kretschmer der erfolgreichste. Obwohl er nur 18 Monate im Fronteinsatz war, ging Kretschmer mit 47 versenken Schiffen von zusammen über 272000 Bruttoregistertonnen als der erfolgreichste U-Boot-Kommandant des Zweiten Weltkrieges in die Geschichte ein. Seine Erfolgsserie endete am 17. März 1941, als sein Boot durch Wasserbomben schwer beschädigt wurde. Kretschmer ließ auftauchen, rettete so 40 seiner 43 Besatzungsmitglieder und begab sich in Gefangenschaft, nachdem er das Boot versenkt hatte. Daran schlossen sich sechseinhalb Jahre hinter Stacheldraht an, die er überwiegend in Kanada verbrachte.

Otto Kretschmer Bild: Archiv

Nach seiner Entlassung absolvierte Kretschmer ein Jurastudium und arbeitete als Dolmetscher, bevor er 1955 als Fregattenkapitän in die Bundesmarine eintrat und schnell zum Flottillenadmiral avancierte. 1966 wurde er mit der Untersuchung des Untergangs von „U Hai“ beauftragt. Schonungslos kritisierte er die dabei zu Tage getretenen technischen, Ausbildungs- und Führungsmängel, was ein Zerwürfnis mit der Marineführung zur Folge hatte. Ohne Aussicht auf berufliches Fortkommen, wurde Kretschmer 1970 auf eigenen Wunsch in den Ruhestand versetzt. Anschließend war er als Industrieberater tätig und setzte sich unermüdlich gegen die Herabsetzung des deutschen Soldaten zur Wehr. Ausgerechnet ein Ausflugsdampfer wurde dem Sieger zahlreicher Geleitzugschlachten zum Verhängnis. Bei einem Sturz von der Gangway zog er sich schwere Verletzungen zu, denen er am 5. August 1998 erlag. *Jan Heitmann*

Patriot, Schöngeist und Geschäftsmann

Zum 100. Geburtstag des Publizisten Axel Springer: Wie der Vorkämpfer der deutschen Einheit zum Buhmann der Linken wurde

„Die deutsche Sprache ist im Moment der einzige Garant, der ein ganzes Deutschland herbeiführen könnte, wobei wir wissen, dass die Geschichte einen langen Atem hat." Als Axel Springer diese Zeilen wenige Jahre vor der friedlichen Revolution in der DDR in einem persönlichen Brief an den Autor schrieb, glaubten nicht mehr allzu viele Deutsche an „ein ganzes Deutschland". Er tat es trotzdem.

Es war Anfang 1985, wenige Monate vor dem Tod des großen Hamburger Publizisten und Verlegers. Die Deutschen und der Rest der Welt hatten sich mit der Teilung abgefunden, wer immer noch an der Vision eines in Recht und Freiheit vereinten Vaterlandes festhielt, galt als weltfremd und Störenfried der Entspannungspolitik.

Springer störte es nicht, zu den Kalten Kriegern gezählt zu werden. Er war sich sicher, dass die Geschichte ihm Recht geben würde. Und er wusste sich im historischen Kontext. In dem zitierten Brief erinnerte er an ein Wort des Patrioten Ernst Moritz Arndt: „Ihr seid Kinder einer Sprache, seid durch sie ungetrennt und werdet eins werden, wenn ihr euch nicht selbst aufgebt."

Das war seine große Sorge: dass dieses Volk sich selber aufgibt. Nicht nur seine staatliche Einheit, sondern auch seinen inneren Zusammenhalt, seinen moralischen Bestand. Dass die Sprache das Instrument sein sollte, mit dem er sich dieser Selbstaufgabe widersetzen wollte, war ihm sozusagen in die Wiege gelegt.

Vor 100 Jahren, am 2. Mai 1912, war Axel Cäsar Springer im damals noch zu Preußen gehörenden heutigen Stadtteil Hamburgs Altona zur Welt gekommen. Vater Hinrich hatte kurz zuvor den „Hammerich & Lesser Verlag" erworben und gab die in einer Auflage von 15000 erscheinende „Altonaer Bürger-Zeitung" heraus.

Hier, im väterlichen Betrieb, machte der junge Axel eine Lehre als Schriftsetzer und Drucker; anschließend absolvierte er bei der „Bergedorfer Zeitung" ein Redaktionsvolontariat, um 1933 zum elterlichen Blatt, das sich inzwischen „Altonaer Nachrichten" nannte, zurückzukehren. Bereits im Alter von 25 Jahren war er Chef vom Dienst und stellvertretender Chefredakteur.

1941 wurde die unangepasste Zeitung von den National-Sozialisten unter dem Vorwand des Papiermangels geschlossen. Vater und Sohn Springer zogen sich in die Lüneburger Heide zurück und hielten ihr Unternehmen mit dem Druck von Liebes- und Kriminalromanen über Wasser.

Nach dem Krieg begann der rasante Aufstieg. 1946 gründeten Hinrich und Axel die „Axel Springer Verlag GmbH".

Medienverbund war damals noch ein Fremdwort – allerdings nicht für den 34-jährigen Axel Springer. Im Rundfunk sah er das Medium der Zukunft, das er mit dem gedruckten Wort begleiten wollte. So entstand als erstes zukunftsweisendes Verlagsprojekt „Hörzu". Nach der Währungsreform folgten das „Hamburger Abendblatt" und „Constanze", 1952 die von der britischen Boulevardpresse inspirierte „Bild". Wenig später erwarb Springer von der britischen Besatzungsmacht die Zeitung „Die Welt", das heutige publizistische Flaggschiff des Konzerns. Der Einstieg in den Berliner Ullstein-Verlag und die Gründung des „Springer Auslanddienstes" (SAD) rundeten das Unternehmen thematisch ab.



Ein Streiter gegen die deutsche Teilung: Axel Springer vor der Berliner Mauer Bild: imago

Dass der Springer-Verlag zum europaweit führenden Medienkonzern aufsteigen konnte, war vor allem der visionären Kraft Axel Springers zu verdanken. Hanseatisch-konservative Grundüberzeugungen waren die Basis klarer politischer Ziele. Friedliche Wiedervereinigung des geteilten Vaterlands, Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen, Kampf gegen jede Form von Totalitarismus und Extremismus, freie soziale Markwirtschaft, das waren die vier Grundsätze, denen sich jeder bei Springer beschäftigte Journalist zu verpflichten hatte.

Hochgehalten wurden in Springers Blättern auch die sogenannten preußischen Tugenden, freilich mit gewissen Einschränkungen. „Bild" war von Anfang an nicht als Tugendblatt angelegt, hier galt frei nach Brecht das Motto „Erst kommt die Auflage, dann kommt die Moral." Und auch dem Verleger persönlich war preußische Tugendhaftigkeit eher fremd. Als er im Zuge der Entnazifizierung von britischen Offizieren gefragt wurde, von wem denn er zur NS-Zeit verfolgt worden sei, antwortete er wahrheitsgemäß: „Nur von Frauen." Dieses etwas merkwürdige Verfolgungsschicksal dokumentierte sich später in insgesamt fünf Eheschließungen.

Wichtiger für Aufstieg und Bestand des Verlages aber war seine Fähigkeit, stets im richtigen Moment die richtigen geschäftlichen und publizistischen Partner zu finden. Als herausragendes Beispiel sei Peter Tamm genannt. 1948 war dieser bei dem sechs Jahre älteren Zeitungsverleger vorstellig geworden und hatte diesen mit der eher rhetorischen Frage überrascht: „Wissen Sie, was Sie dringend brauchen? Einen Schifffahrtsredakteur!"

Springer brauchte zwar eigentlich keinen Schifffahrtsredakteur, wohl aber einen dynamischen Ökonomen mit journalistischem Gespür. Dies war der Beginn einer lebenslangen Freundschaft und Partnerschaft. Tamm stieg zu einem der einflussreichsten deutschen Medienmanager (und zum weltweit bedeutendsten Sammler maritimer Kostbarkeiten) auf. Der Erfolg des Hauses Springer wäre ohne sein Wirken nicht denkbar.

Axel Springer musste schon frühzeitig erfahren, dass man sich als erfolgreicher Publizist nicht nur Freunde macht, sondern auch Feinde. Die betont konservative und patriotische Haltung seiner Blätter prädestinierte ihn zum Buhmann der 68er. Gewalt gegen seine Betriebe, vor allem aber persönliche Verunglimpfungen trafen ihn tief, sah er sich selber doch eher in der Rolle des kunstbeflissenen Schöngeistes. Dies sein zu wollen, zugleich knallharter Geschäftsmann sein zu müssen und beides mit ausgeprägtem politischem Sendungsbewusstsein zu vereinbaren – eine innere Belastungsprobe, die Springer in seinen letzten Lebensjahren manchmal zu überfordern schien.

Das große Ziel, die wenigstens teilweise Vereinigung Deutschlands und das Ende der zweiten, diesmal international-sozialistischen Diktatur auf deutschem Boden, erlebte Springer nicht mehr. Am 22. September 1985, vier Jahre vor dem Fall der Mauer, starb er in seiner Wahlheimat Berlin.

Viele der Würdigungen zum 100. Geburtstag lassen noch einmal die alten Feindbilder aufleben: Axel Springer, der „böse Rechte". Eines wenigstens bleibt ihm erspart: Dank seiner stets unbeugsamen Haltung gegenüber verbrecherischen Ideologien wagten es auch die übelsten Antifa-Schreihälse nicht, die Faschismuskeule gegen ihn zu schwingen.

Hans-Jürgen Mahlitz

Bund knüpft gegen Heuss' Widerstand an Weimar an

Ein Briefwechsel machte vor 60 Jahren das Deutschlandlied zur Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland

Der Aufbau der Bundesrepublik Deutschland orientierte sich unter Ausschluss dessen, was für den Untergang der Weimarer Republik verantwortlich gemacht wurde, weitgehend am Vorbild der ersten Republik. Das gilt grundsätzlich auch für die Staatssymbolik. Die Landesflagge wurde ebenso von Weimar übernommen wie das Staatswappen. Weimars Nationalhymne wurde auch die der Bundesrepublik, doch verlief hier die Übernahme weniger reibungslos. Vor allem dreierlei wurde dem Deutschlandlied von seinen Gegnern übel genommen. Da war zum ersten, dass die Nationalsozialisten im Gegensatz zum schwarz-rot-goldenen Dreifarb und dem rotbewehrten, schwarzen Adler auf goldenem Grund das Deutschlandlied – in Kombination mit ihrem Horst-Wessel-Lied – als Nationalsymbol beibehalten hatten. Da war zum zweiten, dass die in der ersten Strophe enthaltene geografische Verortung Deutschlands zwischen Maas und Memel sowie Etsch und Belt nicht mit den Grenzen der Bundesrepublik übereinstimmte. Und da war zum dritten, dass die ebenfalls im ersten Vers zu findenden Worte „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt" von der Feindpropaganda gerne in der Weise interpretiert wurden, dass damit die Deutschen eine herausgehobene Stellung ihrer Nation gegenüber den anderen beanspruchten.

Der Professor verhielt sich in der Hymnen- und der Flaggenfrage entgegengesetzt

Der prominenteste Gegner einer Übernahme des Deutschlandliedes als Nationalhymne der Bundesrepublik war deren erster Präsident Theodor Heuss. Des Professors Argumentation in der Frage, welche Symbole sich die junge Republik geben solle, war in sich widersprüchlich. So setzte er sich für die Übernahme der Reichsflagge der Weimarer Republik mit dem Argument ein, dass „die schwarz-rot-goldene Flagge immerhin schon eine gewisse Geschichte gehabt hat", und erteilte dem Versuch aus dem christlichen Lager, die Weimarer Farben mit dem christlichen Kreuzmotiv nach skandinavischem Muster zu verbinden, eine klare Absage: „Ich habe das Gefühl, dass wir mit dem Versuch, aus dem gegebenen Farbenvorrat nun eine neue Flagge zu konstruieren, etwas in das Kunstgewerbliche hineingeraten sind." Andererseits unterstellte er jenen, die mit dem Deutschlandlied die Nationalhymne der Weimarer Republik übernehmen wollten, die ja auch „immerhin schon eine gewisse Geschichte gehabt hat", „Traditionalismus" und „restaurative Bedürfnisse, die trotz des ungeheuren Einbruchs in die deutsche Geschichte in dem Volk vorhanden sind".

Man darf wohl davon ausgehen, dass die Mehrheit der Deutschen das Deutschlandlied als Nationalhymne wollte. Und es gab in der Nachkriegszeit immer wieder Deutsche, die dem Mehrheitswillen ihrer Landsleute Gehör verschafften. Kaum dass die Bundesrepublik gegründet und der erste Deutsche Bundestag gewählt war, gab es einen fraktionsübergreifenden Antrag, das „‚Deutschlandlied' in seiner ursprünglichen Form" als Bundeshymne anzuerkennen, der allerdings nach seinem Verweis an den Rechtsausschuss dort versickerte.

Da die Gegner des Deutschlandliedes insbesondere dessen erste Strophe kritisierten, gab es schon frühzeitig den Versuch, diesen mit einer Betonung der dritten Strophe entgegenzukommen. So hatte sich der spätere rheinland-pfälzische Kultusminister Albert Finck bereits am 9. August 1949 in der Tageszeitung „Die Rheinpfalz" für die dritte Strophe als provisorisches Bundeslied ausgesprochen und am Ende einer Wahlveranstaltung seiner CDU in Lindau die Anwesenden aufgefordert, gemeinsam die dritte Strophe zu singen. Unter den Teilnehmern dieser Veranstaltung war neben Helmut Kohl auch Konrad Adenauer, der im darauffolgenden Jahr in Berlin analog vorging.

Bei einer Großveranstaltung im Titania-Palast am 18. April 1950 forderte der Bundeskanzler die Anwesenden auf, gemeinsam die dritte Strophe zu singen. Wie bei der SPD war auch bei den Westalliierten die Reaktion gespalten. Doch der Bundespräsident reagierte eindeutig negativ. Für ihn war der dritte Vers keine Lösung. Er bescheinigte diesem zwar eine „echte und sinnvolle Würde", doch wandte er ein: „Ihn isoliert zu nehmen, wie manche vorschlagen, wird aber zu knapp." Deshalb ließ er bereits an dem der Veranstaltung folgenden Tag durch sein Amt klarstellen, dass das Absingen der dritten Strophe des Deutschlandliedes bei derartigen politischen Veranstaltungen wie der im Titania-Palast keine Entscheidung in der Frage der Nationalhymne für die Bundesrepublik bedeute und diese vielmehr nach deutschem Staatsrecht ihm zustehe.

Mit seiner »Hymne an Deutschland« beschritt der Bundespräsident den Weg der DDR

Da ihm die dritte Strophe „zu knapp" war, hätte Heuss die hinsichtlich ihrer musikalischen Qualität über jeden Zweifel erhabene Haydn-Melodie des Deutschlandliedes mit weiteren, neuen Strophen oder einem völlig neuen Text versehen können, so wie es beispielsweise Wladimir Putin mit der Sowjethymne getan hat. Doch auch dieses lehnte er ab, da die Folge ein „ewiger Sängerwettstreit der stärkeren Stimmen" zwischen den Anhängern des alten und des neuen Textes wäre.

Heuss wollte das, was er in der Flaggenfrage abgelehnt hatte: ein Kunstprodukt, eine Neuschöpfung aus der Retorte. Er wollte den Weg der DDR gehen mit einem neuen Text und einer neuen Melodie und der Hoffnung, dass das Volk damit schon warm würde. Er orderte bei dem Dichter Rudolf Alexander Schröder einen Text und bat Carl Orff, diesen zu vertonen. Der Musikpädagoge und Komponist der „Carmina Burana" antwortete sehr treffend. Er wies darauf hin, dass der Schröder-Text mit einer Nationalhymne so viel gemein habe wie eine Konzertarie mit einem Volkslied und es ihm schwer scheine, diesen „irgend geeignet zu vertonen". Ihm zumindest scheine „diese Aufgabe unmöglich". Er schlug vor, Schröders Text zu verwerfen, und verwies ansonsten auf seinen Frankfurter Kollegen Hermann Reutter als einen „ausgezeichneten, mit hymnischer Ausdruckskraft begabten Musiker". Orff war klug genug zu wissen, wie schwer es war, mehr oder weniger auf Knopfdruck eine Melodie zu komponieren, die es mit jener Haydns aufnehmen konnte. Er warf deshalb vorsichtig die Frage auf, ob „sich nicht in unserer unsterblichen Klassik (Mozart oder Beethoven) ein Satz fände, der neben Haydn standhielte".

Heuss hielt jedoch am Schröder-Text fest und beauftragte Reutter mit der Vertonung. Das Ergebnis war ein Stück, mehr Choral denn Nationalgesang. Am 31. Dezember 1950 ließ er die „Hymne an Deutschland", so der Titel, seinem Volk im Anschluss an seine Silvesteransprache durch den Rundfunk präsentieren. Der Funke sprang nicht über. Der erfahrene Politiker der Weimarer Republik Carl Severing brachte es in seinem Schreiben an Heuss vom 8. Januar 1951 auf den Punkt, wenn er die Melodie als zu wenig lebhaft, warm und packend kritisierte und anschließend im Grunde in dieselbe Kerbe wie Carl Orff haute: „Dem Professor Heuss brauche ich nicht zu erzählen, dass man dramatische und lyrische Werke in der Tat ‚auf Bestellung' schreiben kann und das nicht alle ‚bestellten' Werke minderwertig zu sein brauchen. Aber eine Nationalhymne, die in das Volksbewusstsein eindringen soll, stellt höhere Anforderungen als zum Beispiel eine Festaufführung zur Einweihung des Suezkanals."

Heuss' Alternativvorschlag ließ sich ohne totalitäre Mittel nicht als Nationalhymne durchsetzen. Andererseits führte das Fehlen einer Nationalhymne für die Bundesrepublik auf internationalem Parkett zu immer kurioseren Peinlichkeiten. Im Ergebnis gab Heuss Adenauers Druck schließlich auf die denkbar formloseste Art nach. Mit Datum vom 29. April 1952 trug der Kanzler dem Präsidenten die „Bitte der Regierung" vor, „das Hoffmann-Haydn'sche Lied als Nationalhymne anzuerkennen. Bei staatlichen Veranstaltungen soll die dritte Strophe gesungen werden." Drei Tage später antwortete das Staatsoberhaupt dem Regierungschef: „Da ich kein Freund von pathetischen Dramatisierungen bin und mit mir selbst im reinen bleiben will, muss ich nach meiner Natur auf eine ‚feierliche Proklamation' verzichten. Wenn ich also der Bitte der Bundesregierung nachkomme, so geschieht das in der Anerkennung des Tatbestandes."

Manuel Ruoff

Wer bezahlt die Hassprediger?

Zu: „Lügen“ (Nr. 15)

Die radikal-islamischen Salafisten wollen an alle Nichtmuslime kostenlos den Koran verteilen. Damit erhoffen sie sich einen massenhaften Zulauf zum Islam und in der Folge die schnellstmögliche Durchsetzung der Scharia. Da der Koran im Widerspruch zu Freiheit, Demokratie und Menschenrechten steht, sehe ich darin einen Angriff auf unser Grundgesetz. Wer sind die Hintermänner, die diese Aktion bezahlen und sich damit dreist in unsere inneren Angelegenheiten einmischen? Ich bin gespannt, welche Politiker jetzt noch zu ihrem Eid stehen, Schaden vom Volk abzuwenden, indem sie Hassprediger und Volksverhetzer schneller und konsequent abschieben.

Gisela Recki, Troisdorf

Lieber Russland als Europa

Zu: „Mit dem Rücken zur Wand“ (Nr. 13)

Ich bin selbst geboren und aufgewachsen in Weißrussland. Da leben noch heute meine Verwandten. Besser Allianz und Bündnis mit Russland als Abhängigkeit von Nato und USA mit IWF. Das sind zwei brüderliche Völker! Und das Volk lebt dort viel besser als in der Ukraine, die voll vom IWF runtergekommen ist. Etwas anderes braucht mir keiner erzählen. Und Europa sollte sich lieber Gedanken über die eigene Zukunft machen, anstatt Weißrussland zu bemitleiden oder über Russland zu lästern. Finanzielles Desaster wie in Griechenland, Portugal oder Italien ist umso weniger attraktiv und macht keine gute Werbung für EU & Co.

Jelena Teryochina, Bremen

Masuren nachhaltiger ausgelöscht

Zu: „Die Masuren sind die Indianer Masurens“ (Nr. 12)

Dass man die Ethnie der Masuren mit den Indianern vergleicht, ist eine Verhöhnung der Masuren. Der Unterschied liegt schon darin, dass die Indianer „überlebten“ und in ihrer Heimat verbleiben konnten, die Masuren jedoch in alle Welt vertrieben wurden, somit einer nachhaltigen Auslöschung preisgegeben sind, und nicht mal ein „Findling“ wird an sie erinnern. Die jetzigen Bewohner Masurens können sich nicht als Masuren bezeichnen, denn diese haben keinen ethnografischen und historischen Bezug zu der Landschaft. Die Ethnie der „Masuren“ bildete sich durch die Vermischung der Ureinwohner, der „Prussen“, mit den Siedlern, und das seit Mitte des 13. Jahrhunderts.

H. Wank, Hafenlohr

Vernünftige FDP

Zu: „Prinzipientreue“ (Nr. 14)

Jan Heitmann hat mit allen wesentlichen Aussagen Recht, also den Nagel auf den Kopf getroffen. Die Politiker in den Reihen der Befürworter der Transfergesellschaft für „die Schleckerfrauen“ haben wider besseres Wissen einen abstoßenden Populismus betrieben. Es liegt auf der Hand, dass die Transfergesellschaft für die entlassenen Mitarbeiter fast gar nichts, aber für die Konkursmasse sehr viel getan hätte – zu Lasten der Steuerzahler. Eine Kleinigkeit ist zu relativieren: Es wird zutreffen, dass die von Schlecker gezahlten Löhne nicht üppig („kärglich“) waren. Nach der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ waren sie aber immerhin höher als die aller Mitbewerber.

Es ist zu hoffen, dass die ordnungspolitische Vernunft der FDP doch von mehr als fünf Prozent der Wähler wahrgenommen und honoriert wird.

Dr. jur. Friedrich Gastell, Isernhagen



Über FDP verärgert: Beschäftigte der insolventen Drogeriemarktkette Schlecker Bild: Nigel Treblin/dapd

Pflichtübungen gegen Grass

Zu: „Es spritzt der Dreck“ (Nr. 15)

Wo gibt es denn sowas! Mit Erstaunen und hochgezogenen Augenbrauen muss festgestellt werden: Es gibt sie noch, die unverdorbenen Wahr(heits)sager inmitten eines Volkes von Schleimern, Literat(t)en und politischen Wortführern, die vor lauter Kotauübungen in gewisse Richtung Purzelbäume schlagen und dem verblödenden Volk – zum Teil verdeckt – ein X für ein U vormachen. Ich spreche hier von Sarrazin und neuerdings Günter Grass. Was haben die zwei für einen Wagemut; sind es doch zwei Exponenten, denen man ein solches öffentliches Bekenntnis zur Wahrheit am wenigsten zugetraut hätte. So offen Ross und Reiter zu nennen. Das steht doch genau entgegengesetzt zu unserer heute gültigen Meinungsfreiheit. Da muss sich aber Frau Merkel pflichtgemäß und devot hurtig bei den Israelis entschuldigen, dass eines ihrer (schwarzen) Schafe in die falsche Richtung geblökt hat. Dieser Mut zur Wahrheit von Grass muss uns beschämen, der doch so gar nicht zur bestehenden „political correctness“-Pest passt. Zwar war das Bellen der betroffenen Hunde entsprechend laut und weithin vernehmbar. So hat zum Beispiel unser hiesiges Provinzblättchen unter Herrn Garthe, „Die Rheinpfalz“, seine diesbezügliche Pflichtübung der political correctness mit bei ihm ungewohnten Rekord-Eile absolviert, indem Markus Clauer am 5. April einen schäbigen Anti-Grass-Artikel zu Papier brachte, worin wenigstens die Lieferung eines U-Bootes an Israel erwähnt wird, die bisher von „Rheinpfalz“ ganz vergessen worden war.

Fazit: Noch ist Polen nicht verloren, es gibt sie noch – wenn auch immer weniger –, die freie Meinung, wobei ich erfahrungsgemäß die *Preußische Allgemeine Zeitung* mit einschließen möchte.

Bert Jordan, Landstuhl

Polnische »Ostgebiete« waren doch gar nicht urpolnisch

Zu: Leserbrief „Westverschiebung Polens hat nichts mit deutscher Kriegsschuld zu tun“ (Nr. 14)

Dem Leserbrief fehlen wesentliche Begründungen für die Westverschiebung Polens. Dass sie zustande kam, das lag natürlich letztendlich im Willen der UdSSR. Man darf jedoch nicht vergessen, dass Polens Ostgrenze bis zum Beginn des deutsch-sowjetischen Angriffs auf Polen 1939 eine von Polen nach dem Ersten Weltkrieg erzwungene Grenze war. Eigentlich hatten die Alliierten damals für Polen die sogenannte Curzon-Linie vorgesehen, welche in etwa der heutigen polnischen Ostgrenze entspricht.

Im Rausch des „Wunders an der Weichsel“, das heißt des Sieges polnischer Truppen gegen die Rote Armee 1920, verleibte sich Polen die heute als „verlorene Ostgebiete“ beklagten Territorien von einer geschwächten UdSSR ein, in welchen wohl auch viele Polen lebten, jedoch auch erhebliche Anteile von Ukrainern und Weißrussen.

Im Friedensvertrag von Riga, am 18. März 1921, wurde die Grenze zwischen der Russischen Föderativen Sowjetrepublik und Polen festgelegt, die dann 150 Kilometer östlich der Curzon-Linie lag.

Die heutige Westgrenze Polens ist daher nicht nur den „verlorenen“ polnischen Ostgebieten zuzuschreiben, sondern dem Drang Polens nach Westen als Erfüllung alter Träume. So konnte man dann auch lange Zeit von den „wiedergewonnenen“ Westgebieten sprechen und hätte am liebsten die Grenze bis vor Berlin verschoben.

Den Segen dazu gab dann noch die polnische katholische Kirche, welche nicht nur die „Wiedergewinnung“ pries, sondern gleichzeitig auch den Sieg über die lutherische Ketzerei der Reformation. Und ein Letztes: Natürlich erhoffte sich Stalin, dass diese Westgrenze Polens dieses zum „Erbfeind“ Deutschlands machen würde. Eine „ewige“ Oder-Neiße-Grenze konnte er sich nicht vorstellen.

Prof. em. Dr. Karl-H. Kuhlmann, Bohmte

DDR als Vorbild

Zu: „Entlarvender Vorstoß“ (Nr. 16)

Das „Fraktionsverbot“ kennen wir von Lenin. Heutzutage wird es aber nicht mit 9mm oder Eispickel durchgesetzt, sondern mit dem Abdrängen abweichender Meinungen als schriftlicher Appendix des Sitzungsprotokolls des Bundestages. Ein weiterer Vorteil des Fraktionsverbotes ist, dass die Beschlussfassung des Parlaments beschleunigt und – ganz modern – für das Publikum transparenter wird. Politikverdrossenheit gehört damit der Vergangenheit an. Als leuchtendes Beispiel kann die Volkskammer angeführt werden, deren übersichtliche Beschlussfassung ja dazu führte, dass deren Vertreter von 100 Prozent der Wahlberechtigten (abzüglich einer unbedeutenden sowie vorher festgelegten Zahl ungültiger Stimmen) gewählt wurden. Niemand redet bei solchen Quoten von Verdrossenheit.

Gernot Schmidt, Wilnsdorf

Grass’ Gedicht passt nicht in die große deutsche Freiheit

Zu: „Es spritzt der Dreck“ (Nr. 15)

Das Wort Freiheit hatte in Deutschland noch nie so einen hohen Stellenwert wie jetzt, zu Beginn der Ära Gauck. Aber wie ist es in der Realität mit der Freiheit heute, also jetzt, bestellt? Ich darf mir erlauben in der *PAZ* Rosa Luxemburg zu zitieren: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.“

Vor kurzem hat ein deutscher Schriftsteller sich die Freiheit genommen und hat ein Gedicht geschrieben. Allerdings passte das Gedicht nicht in die große deutsche Freiheit. Hier wurde in dem Gedicht einer beziehungsweise ein Staat nicht so behandelt, wie es in der deutschen Freiheit vorgesehen war. Erschwerend kommt noch hinzu, dass der Dichter, die seit Jahren unter dem Deckmantel der „Wiedergutmachung“ getätigte Waffenlieferung an diesen Staat anprangert.

Von einem sehr großen Teil einer bestimmten Presse wurde er so „richtig fertig gemacht“, wie es wohl in diesen Kreisen heißt. Ganz wenige nahmen sich die Freiheit, das Gedicht und seine Hintergründe näher zu durchleuchten. Wenn man jedoch das Niveau der oben erwähnten Presse ansieht und das mit deren Lesern vergleicht, wäre es bei vielen vermutlich auch sinnlos gewesen.

Ich möchte mich sehr dagegen verwahren, in die „rechte“ Ecke gestellt zu werden, wie es denn ja üblich in diesem unserem Staate ist. Aber wenn es wirklich ernst gemeint ist mit der Freiheit, dann sollten wir jetzt damit anfangen und Freiheit für alle Tabus fordern.

Manfred Gross, Bad Marienberg

Nach dem Tod der Erlebnisgeneration wird die Einseitigkeit noch potenziert

Zu: Leserbrief „Nicht entschädigt“ (Nr. 50)

Es erhebt sich die Frage, warum wir Vergangenes nicht ruhen lassen. Sie wird gerade Vertriebenen, die Verlust und opferreiches Verlassen ihrer Heimat beklagen, immer wieder gestellt: Um des Friedens willen, seid doch endlich still! Aber dies darf keine Einbahnstraße sein. Es gab im Verlauf der Menschheitsgeschichte viel verdammenswertes Handeln. Es gehört zu dem Urverhalten des Menschen, bei erkennbaren Unterschieden zur eigenen Position Vorteile wahrzunehmen. Das daraus resultierende Konkurrenzverhalten führt zu Aggression, wenn das erwartete Ergebnis zu lange auf sich warten lässt; folgende Übergriffe müssen dann bereinigt und wiedergutgemacht werden. Allseits akzeptiert, kann Neues beginnen.

Aus der Geschichte ist erkennbar, dass immer wieder Neuanfänge dadurch ermöglicht werden, indem die moralische Qualität der Racheüberwindung durch die kollektive Übereinkunft des Vergessens höher geschätzt wurde als das Aufrechterhalten und die Geltendmachung der Erinnerung, die den Effekt gegnerischen Denkens, so auch Bereitschaft zu künftigem aggressiven Verhalten, in sich birgt. Der Sinn eines gerechten Friedensschlusses ist der Abbau von Gegnerschaft und erreicht damit moralische Qualität. Diesen Zusammenhang erkannten die antiken griechischen Philosophen schon im 5. Jahrhundert. Erste überlieferte Auswirkung war die sogenannte „Attische Amnestie 403 v. Chr., die dem 30-jährigen Bürgerkrieg zwischen Sparta und Athen ein Ende setzte. Das Wort „Amnestie“ bedeutet im Griechischen „Nicht erinnern“ und hat das erklärte Ziel, alle vorgefallenen Gräuel zum Zweck eines Neuanfangs zu vergessen. Die barbarischen Zeiten werden als überwunden erklärt, um als Ziel menschenwürdiges Handeln wahrnehmen zu können.

Auch die neuere abendländische Geschichte zeigt, wie nach Kriegsgräueln der Friedensschluss ein Vergessen postuliert, so 1648 in Münster nach 30 Jahren Krieg der europäischen Zentralmächte. Das Wissen um die Untaten der französischen Revolution und das europäische Chaos der napoleonischen Kriege wurde 1814 von Ludwig XVIII. mit einer liberalen Verfassung und dem Verbot des Erinnerns begegnet, „um die Kette der Zeiten neu zu knüpfen“, obwohl sein eigener Bruder als König von Frankreich der Guillotine zum Opfer gefallen war. Goethe hat in seinem Weltepos den schuldig gewordenen, dem Teufel verfallenen Faust, in der Einleitung des Zweiten Teils im Schlaf des Vergessens als gewandelten neuen Menschen erhöht, der durch ehrliches Streben Erlösung erfährt.

Einen Bruch dieses Denkens bedeutet der Leitspruch am Ende des 1871er Krieges in Frankreich. Der als Erniedrigung empfundene Friedensschluss in Versailles war als Losung in der französischen Lehrerschaft umgesetzt: „Immer daran denken!“ Das Versailles von 1918/19 hatte den entsprechenden Vergeltungscharakter, der wiederum zu 1945 führte. Nun aber hat das barbarische Denken voll Einzug gehalten, das mit dem „Du sollst nicht vergessen“ ein quasi 11. Gebot kreiert hat. Nun wird es heißen: „Wer die Geschichte vergisst, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen!“ Die Geschichte der heutigen modernen Kriege und Vertreibungen spricht dagegen eine gänzlich andere Sprache. Dabei wird die bisher größte Vertreibung von 15 Millionen Deutschen politisch verdrängt und die Schuld dafür allein den Deutschen angelastet. Die Völkerrechtsverstöße der übrigen Beteiligten werden einseitig dem Vergessen überantwortet und ein Friedensvertrag ausgesetzt. Viele Kriege folgen.

Eine solche Behandlung zeigt die Doppelbödigkeit und die politische Zwecklüge, wenn vom „Nicht vergessen“ gesprochen und danach vorgegangen wird. Mit dem Absterben einer Erlebnisgeneration werden diese Einseitigkeiten potenziert, so dass aller Unrat auf zahlungswilliger Seite abgelagert werden kann. So bezeichnen viele Medien die Wehrmacht als Mörderbande, die nach Kriegsende vom Gegner noch als disziplinierteste Truppe unter den Kriegführenden bewertet war. Die systematische Zerstörung der Zivilstädte gilt nun für Deutsche als selbstverschuldetes Opfer, deren Opferzahl unter Ausschaltung der Zeitzeugen minimiert werden kann (siehe Dresden). Was ständig für ein Millionenpublikum wiederholt wird, ist schließlich Glaubensgrundlage und die großherzige, weitschauende Charta der Vertriebenen vom 5. August 1950 kann verspottet werden.

Was bleibt also für die Zeugengeneration, solange sie noch handlungsfähig ist, übrig, als selbst das „Nicht vergessen“ ernst zu nehmen und den Auftrag von Artikel 8 des „Genfer Abkommens zum Schutz von Zivilpersonen vom 12. August 1949“ (das auch Polen und die Tschechoslowakei unterzeichnet haben) zu beachten und zu vertreten: „Die geschützten Personen können in keinem Falle, weder teilweise noch vollständig, auf die Rechte verzichten, die ihnen das vorliegende Abkommen und ... verleihen.“ Diese Rechte finden sich bereits im „Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18. Oktober 1907“ (IV. Haager Abkommen von 1907). Als Ergebnis: All dies darf uns nicht untätig lassen, denn Unrecht, Kriegsgräuel und Vertreibung finden trotz des oder gerade wegen dem „Nicht vergessen“ willige barbarische Nachfolge.

E. E. Korkisch, Freising

Das Ostpreußenblatt

Nr. 17 – 28. April 2012

MELDUNGEN

Belastung durch AKW-Transporte

Ragnit – Kolonnen von Schwerlastern donnern seit Wochen durch Ragnit und über die Straßen des Kreisgebiets. Ihr Ziel ist die Baustelle des Kernkraftwerks „Baltiskaja“ bei Brandwethen. Die Zufahrtsstraßen, die noch aus der Vorkriegszeit stammen, sind den Belastungen von 40-Tonnern nicht gewachsen und das hat Folgen. In Ragnit musste jetzt die Kommune für die Reparatur von Straßen 13 Millionen Rubel (über 0,3 Millionen Euro) aufwenden. Im Kreisgebiet sieht es noch weit schlimmer aus. Die vielen Schlaglöcher erfordern eine Sanierung des Wegenetzes von Grund auf. Von Landrat Sergej Woskowtschuk wird dies mit Nachdruck von der Firmenleitung des Atomkraftwerks eingefordert. Alexander Guljajew, Vizedirektor des Baustabes, schmetterte das Ansinnen ab mit der Bemerkung, das AKW zahle der Kreisverwaltung Ragnit genug Steuern und Pacht und sei für den Wegebau nicht zuständig. Im Übrigen habe man vor, die Schwerlasttransporte demnächst auf die Schiene zu verlagern. Woskowtschuk will sich damit nicht zufrieden geben. Zur Durchsetzung seiner Forderung droht er an, eine Straßenbrücke in Ragnit wegen Baufälligkeit zu sperren und damit die Zufahrt zum Kraftwerk durch Umleitungen erheblich zu erschweren. *H.Dz.*

Mithilfe erbeten für Schulprojekt

Königsberg – Irina Koschewnikowa, Kuratorin für Museumsprojekte in Königsberg und ehemalige Mitarbeiterin des Museums Friedländer Tor, bittet die Leser der *PAZ* um Mithilfe für ein ehrgeiziges Schulvorhaben. Im Rahmen eines museumspädagogischen Projekts soll die Geschichte der Johann-George-Scheffner-Schule in Königsberg, heute Schule Nr. 14, aufgearbeitet werden. Dafür suchen die Schüler erhalten gebliebene Fotos, Schulhefte, Zeugnisse und andere Dokumente, die mit der Geschichte der Schule verbunden sind. Vielleicht finden sich unter unseren *PAZ*-Lesern noch ehemalige Schüler der Scheffner-Schule, die bereit sind, Fragen zu beantworten oder auch ihre Erinnerungen aufzuschreiben. Es ist daran gedacht, als Abschluss der Projektarbeit ein Forum zu organisieren, wozu man gerne einen Zeitzeugen in die Schule einladen würde. Die gesammelten Unterlagen und Informationen sollen dann in einer Ausstellung gezeigt werden. Das Deutsch-Russische Haus in Königsberg und das Museum Stadt Königsberg in Duisburg sowie die Stadtgemeinschaft Königsberg haben bereits ihre Hilfe für das Projekt zugesagt. *PAZ*-Leser können sich über irina-k-a@mail.ru direkt an die Kuratorin wenden oder ihre Erinnerungen über die Redaktion der *PAZ* einreichen. Über den Fortgang des Projekts wird die *PAZ* zu gegebener Zeit informieren. *MRK*

Palmnicken führt Beliebtheitsskala an

Seebäder Cranz und Rauschen fallen zurück – Investoren haben rechtzeitige Modernisierungen verschlafen

Schon bald wird in den Seebädern an der Ostsee die diesjährige Badesaison eröffnet. Zwar wurden die Sturmschäden, die die Herbststürme verursachten, zum großen Teil beseitigt, doch gibt es noch viel zu tun. Die Seebäder Cranz und Rauschen bekommen zudem Konkurrenz.

Wie kann es gelingen, möglichst viele Touristen ins Königsberger Gebiet zu locken? Diese Frage beschäftigt dieser Tage auch die Politik. Das Augenmerk richtet sich vor allem auf die Infrastruktur in den Badeorten. Vor kurzem fand in Cranz eine Konferenz der Gebietsregierung statt, auf der geklärt werden sollte, inwieweit die Seebäder und ihre umliegenden Orte auf die diesjährige Badesaison vorbereitet sind. Daneben wurde auch über die langfristige Perspektive gesprochen.

Gouverneur Nikolaj Zukanow setzte als Ziel, schon in zwei Jahren 1,5 Millionen Touristen zu bewirten. Das wären dreimal mehr als im vergangenen Jahr. Den rosigen Plänen steht eine Realität gegenüber, die deutlich zeigt, dass noch sehr viel getan werden muss, um die Ziele des Gouverneurs realisieren zu können.

Die Mehrheit der Russen, die ins Königsberger Gebiet reisen, hält sich am Wasser auf. Im Augenblick stehen jedoch beispielsweise von den 30 als Badezonen ausgewiesenen Strandabschnitten in Rauschen lediglich drei zur Verfügung. In Palmnicken gibt es ein anderes Problem. Hier ist zwar der Strand in Ordnung, der übrigens der breiteste Sandstreifen in der Region ist, dafür sind die Freizeitangebote bislang äußerst unterentwickelt. Dennoch hat Palmnicken inzwischen Rauschen den Rang bei den Besucherzahlen abgelaufen.



Erfreut sich größer werdender Beliebtheit: Strand von Palmnicken unweit der Grube Anna Bild: J. T.

Rauschen hat mit der schleppenden Errichtung eines Theaters zu kämpfen. Auch der Lift von Rauschen ist ins Gerede gekommen. Das Symbol des Kurorts ist marode geworden, weil es in den vergangenen Jahren kaum gewartet wurde. Besonders seit das Kriegssanatorium den Lift teilweise an einen Privateigentümer verkauft hat, sind sämtliche Nutzungsfristen abgelaufen, denn der neue Eigentümer hat kein Geld für die nötigen Modernisierungen. Für dieses Jahr ist außerdem geplant, die Seilbahn zum Strand für vorbeugende Wartungsarbeiten zu schließen. Vor allem ältere Besucher werden den Abstieg zum Strand über die steilen Treppen wohl eher meiden. Damit die Kursaison nicht buchstäblich „baden“ geht, wird der Fahrstuhl deshalb wohl mit öffentlichen Geldern repariert werden.

Pillau will Wegfall der Grenzregelung

Palmnicken kann sich über diese Entwicklung freuen. Die Stadt verhandelt zurzeit mit den Grenzbehörden darüber, die Beschränkung der grenznahen Zonenregelung für Ausländer wegfallen zu lassen. Die Zunahme des Tourismus stellt Palmnicken vor eine Entscheidung: Kann sie auf die Steuereinnahmen in Höhe von umgerechnet gut fünf Millionen Euro jährlich aus dem Bernsteinabbau zugunsten eines wachsenden Tourismus mit der Perspektive auf Milliarden-Investitionen verzichten? Und hätten diese Investitionen nicht schon früher kommen müssen?

Ein Großteil der für die beschlossene Spielzone bestimmten Grundstücke liegt nicht weit von Palmnicken entfernt und befindet sich im Besitz verschiedener Investoren. Zudem sind die Verträge so abgeschlossen, dass der Eigentümer erst bei Inbetriebnahme des darauf zu errichtenden Objekts steuerpflichtig wird. Insofern beeilt sich niemand mit dem Bau. Die Regierung hat deshalb die Absicht, einen Teil dieser Verträge aufzuheben, das Spielzonen-Projekt zu modernisieren und für seine Entwicklung aus dem Regierungshaushalt umgerechnet über 103 Millionen Euro zu beantragen.

Die Gebietsregierung fordert von den Städten ein Konzept für die Entwicklung des Tourismus. Wer die interessantesten Ideen vorlegen kann, erhält eine Finanzierungszusage. Pillau hat für die Realisierung gemeinsamer Projekte mit der Baltischen Flotte bereits umgerechnet rund 52 Millionen Euro zusätzlich beantragt. Pillau, die westlichste Stadt des Königsberger Gebiets, würde sich für den Tourismus besonders eignen. Die Stadt hat dem Gouverneur bereits einen Entwicklungsplan für die kommenden fünf Jahre vorgelegt. Zu den Vorschlägen gehören eine zehn Kilometer lange Promenade aus Holz, auf der auch ein Fahrradweg entstehen soll, ein Stadion für Wassersport, ein Yachthafen sowie ein eigenes Tourismuszentrum.

Zukanow gab zu bedenken, dass man sich vor diesen ehrgeizigen Ideen zunächst einmal um die Gasversorgung, Straßenreparaturen sowie den Bau von Schulen und Kindergärten kümmern müsse. Auch müsse mit dem Verteidigungsministerium darüber verhandelt werden, dass nicht genutzte Flächen in Pillau der Stadt übergeben werden.

Jurij Tschernyschew

Spendenaufruf der Bruderhilfe Ostpreußen für die Landsleute in der Heimat

Liebe Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*,
Liebe Landsleute und Freunde Ostpreußens,

auch in diesem Jahr wende ich mich wieder mit einem Aufruf für die Bruderhilfe an Sie. Nach wie vor brauchen wir Ihre Unterstützung für unsere hilfsbedürftigen deutschen Landsleute in der dreigeteilten Heimat Ostpreußen.

Das südliche Ostpreußen und das Memelland gehören seit einigen Jahren der Europäischen Union an. Gleichwohl ist die Not vieler Menschen, vor allem auf dem Lande, noch immer sehr groß: hohe Arbeitslosigkeit, mangelhafte medizinische Versorgung und Altersarmut sind dabei nur einige Aspekte. In Zeiten stark ansteigender Preise bewegen sich die Renten nahezu unverändert auf einem sehr niedrigen Niveau, vielfach unterhalb des Existenzminimums. Immer wieder gehen Hilferufe von in Not geratenen Landsleuten bei uns ein.

Dramatischer ist die Lage der Russlanddeutschen im Königsberger Gebiet, die wir seit 1992 in unsere Fürsorge einbezogen haben. Es fehlt dort oft an einfachsten Dingen, die für uns selbstverständlich sind. Die notwendigen Medikamente sind kaum bezahlbar, die Wege zum nächsten Arzt oft weit. Aufgrund ihrer Lebenssituation und fehlender Perspektiven sind bereits zahlreiche Russlanddeutsche in die Bundesrepublik Deutschland ausgewandert. Wir versuchen den in Ostpreußen verbleibenden Russlanddeutschen eine Perspektive zu geben.

Unter ganz besonderer Obhut stehen die „Wolfskinder“, die am Ende des Krieges von ihren Familien getrennt worden sind. Viele von ihnen wurden von Litauern aufgenommen; etliche verloren ihre deutsche Identität. Erst 1990 konnten sie sich im Verein „Edelweiß – Wolfskinder“ zusammenfinden, der seitdem ihre Interessen nach außen vertritt. Materielle Hilfe und ideeller Beistand haben hier einen ganz besonderen Stellenwert. Die Bruderhilfe wird auch diese bedürftigen Menschen weiterhin unterstützen.

Die Lage der Deutschen in Ostpreußen wird von unseren Medien kaum wahrgenommen. Daher ist der Einsatz der weltweiten Ostpreußenfamilie umso wichtiger. Mit Ihrer Hilfe hoffen wir, unsere humanitäre Arbeit langfristig fortsetzen zu können. Unser Ziel ist es, den Landsleuten das Gefühl zu geben, dass sie nicht vergessen sind.

Deshalb bitten wir Sie auch in diesem Jahr wieder um Spenden für die Bruderhilfe, damit unseren Landsleuten durch Ihre Mitmenschlichkeit geholfen werden kann. Jede noch so kleine Spende hilft. Jedes Vermächtnis liefert einen wichtigen Beitrag, ist eine Brücke in die ostpreußische Heimat.

Als die Bruderhilfe im Jahre 1951 aus der Taufe gehoben wurde, stellte sie sich selbst die Aufgabe „zu helfen, solange Hilfe notwendig ist“. Dieser Devise ist sie, trotz vollkommen veränderter Rahmenbedingungen, bis heute treu geblieben. Während in den Jahrzehnten bis zum Fall der Mauer im Verborgenen gearbeitet werden musste, waren die neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts die Zeit der großen Hilfstransporte. Heute ist die Bruderhilfe zu einer gezielten Einzelfallhilfe übergegangen. Die Heimatkreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen gewährleisten, dass Ihre Hilfe direkt bei den Alten und Kranken, den Notleidenden, den kinderreichen Familien und den Arbeitslosen ankommt. Sie sorgen für eine schnelle, direkte und unbürokratische Unterstützung der heimatverbliebenen Landsleute.

Ihre Spende gibt den Landsleuten mehr Lebensqualität. Sie leistet einen Betrag dafür, dass die Deutschen in Ostpreußen in Würde leben können.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Stephan Grigat
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

Wenn Sie helfen möchten, überweisen Sie Ihre Zuwendung auf das Konto der Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e. V. bei der HSH Nordbank, Konto-Nr.: 600 502 000, BLZ 210 500 00.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

„warscht läwe, warscht sehne“ – so lautet kurz und knapp eine Weisheit unserer ostpreußischen Altvorderen, und wer sie im Flüchtlingsgepäck mitgenommen hat, ist gut dran. Sie bedeutet nämlich so viel wie „leb' man ruhig weiter, dann wirst du schon sehen, wie alles kommt“. Mit dieser Redensart bin ich immer ganz gut gefahren, auch in unserer Ostpreußischen Familie, denn damit konnte ich so manchen Ungeduldigen beruhigen, dessen Frage nicht „auffem Plutz“ beantwortet wurde. Man muss eben abwarten können – und dann kommt oft unerwartet die Lösung. So wie jetzt bei der Geschichte über die Fischer von Alt Passarge, die **Rudolf Kinau** geschrieben hat und nach der wir in Folge 4 fragten. Anscheinend konnte sie niemand einordnen, aber jetzt hat unser Leser **Winfried Wölk** aus Dortmund sie gefunden. „Hör mal'n beten to“ – diese Radiosendung mit dem plattdeutschen Dichter aus dem früheren NWDR, die Herr Wölk noch gut im Gedächtnis hatte, änderte er um in „Sieh mal genau hin!“ – und wurde fündig. Denn im „Heimatblatt des Kreises Heiligenbeil“, Folge 26 vom April 1981, entdeckte er folgenden Eintrag: „So kam Alt Passarge auch in die Literatur, als Rudolf Kinau einen Besuch in dem Dorf gemacht hatte und darüber in der lustigen Geschichte ‚Bescheed geben‘ berichtete, die sein Buch ‚Sünnschien un gooden Wind‘ enthält.“

Nun wissen wir also, in welchem Buch die Geschichte von den Alt Passarger Fischern, die an die Nordseeküste gezogen waren, enthalten ist. Vielen Dank, Herr Wölk, das habe ich also gern „jesehne“ und mich sehr gefreut. Neu verlegt ist das Buch nicht, aber es ist in mehreren Bibliothekskatalogen verzeichnet. Auch im Internet wird es als gebraucht bei ebay.de und amazon.de angeboten. Verlegt wurde es beim Quickborn-Verlag, Hamburg. Diesen von Herrn Wölk gegebenen Hinweis reiche ich gerne weiter, denn er könnte auch für andere Kinau-Bücher gelten, nach denen gefragt wurde, als mein Artikel über den Dichter in Folge 4 erschienen war. Dass man als platt sprechende Ostpreußin dem Finkenwerder Dichter mühelos folgen konnte, beweist auch Frau **Gisela Hannig**, Tochter des letzten Bürgermeisters von Balga. Sie, die kürzlich mit ihrem Ehemann **Norbert** Hannig die Eiserne Hochzeit feiern konnte – dazu unseren herzlichen Glückwunsch, wenn er auch ein bisschen nachzagelt –, lebt heute am Bodensee. Zu Rudolf Kinau schreibt sie: „Als wir 1946 nur mit einem Rucksack mit dem Nötigsten in Rendsburg ankamen, hat er mir wirklich mit der morgendlichen Sendung ‚Fief Minuten Sünnschien oppen Weg‘ gut über den Tag geholfen.“

Auch Frau **Ilsegret Böhm** aus Hamburg liebt die Bücher des niederdeutschen Dichters, vor allem sein hochdeutsches „Kamerad und Kameradin“, das Frau Böhm in den letzten Kriegswirren verloren hatte. Deshalb schrieb sie 1947 Rudl Kinau direkt an – leider erreichte der Brief den Empfänger erst auf Umwegen –, der sie bat, „auf anderen Wind“ zu warten. Zwei Jahre später hielt sie dieses Buch in einer etwas veränderten Ausgabe wieder in den Händen und besitzt und liebt es noch heute.



Ruth Geede mit der Pianistin Ellinor Reck 1998 im Ostheim

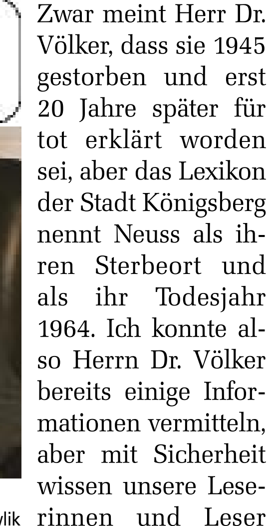
Eine große Freude hat mir der Landsmann und Autor des großen Memelland-Buches „Wo liegt Coadjuthen?“ **Günther Uschtrin** gemacht. Er besuchte mit seiner Hollenstedter Wandergruppe das Heimatmuseum am Finkenwerder Neßdeich und berichtete dem führenden Heimatkundler von meinem Artikel in der *PAZ/Das Ostpreußenblatt.* Herr Uschtrin meinte, dass die *PAZ* die einzige Zeitung gewesen sei, die den 125. Geburtstag Rudolf Kinaus zum Anlass genommen habe, die Verdienste des Finkenwerder Dichters um die niederdeutsche Sprache zu würdigen. Herr **Marquart** von der Heimatvereinigung Finkenwerder e.V. zeigte sich sehr interessiert und bekam von Herrn Uschtrin zwei Exemplare unserer Zeitung zur Kenntnisnahme und Archivierung.

Die Seminare im Ostheim gehören zu meinen intensivsten Begegnungen mit Landsleuten und wirken sich auch fruchtbar auf unsere Familienarbeit aus. Viele Verbindungen sind geblieben oder wirken noch nach, auch dann, wenn das Alter seinen Tribut fordert. Nun bekam ich kürzlich die Nachricht, dass eine Ostpreußin, die unsere Seminare schon in ihren Anfängen musikalisch bereichert hat, in sehr hohem Alter verstorben ist. Die Nichte der Pianistin **Ellinor Reck** teilte mir mit, dass ihre Tante am 18. März im Alter von 98 Jahren friedlich eingeschlafen sei. Frau **Gabriela Karla**, Berlin, fand in ihrem Nachlass einen im *Ostpreußenblatt* erschienenen Bericht über das „Ännchen von Tharau“-Seminar im Jahr 1998, das Frau Reck am Klavier wesentlich mitgestaltete. So wusste die Nichte, dass ich eine Verbindung zu ihrer Tante gehabt hatte, und schrieb mir deshalb ausführlich über die Verstorbene, und ich möchte diese Worte an unsere Leserinnen und Leser weitergeben:

„Meine Tante Ellinor Reck war die letzte und die am ältesten gewordene Schwester meines Vaters **Ernst Kohrer**, †1986, es waren insgesamt sechs Kinder aus Gerdauen, Altendorf-Abbau. Als echte Ostpreußin wurde sie am 22. März mit dem Lied ‚Ännchen von Tharau‘ verabschiedet. Ich habe dieses Lied sehr oft mit ihr am Telefon gesungen, Musik war ihr Leben. Ich habe meine Tante in den letzten zwölf Jahren begleitet bei vielen Besuchen im ‚betreuten Wohnen‘ und zuletzt im Astor-Stift in Walldorf. Ostpreußen und Musik – diese Themen waren für sie immer gegenwärtig, und ich habe viel von ihr erfahren.“

Ja, Ellinor Reck und das Ännchen von Tharau. Es war ihr Lieblingslied, und deshalb war sie glücklich, dass sie ausgerechnet das Seminar, das dem Leben der **Anna Neander**, dem „Ännchen“ galt, musikalisch gestalten durfte. Und ein Höhepunkt war für sie – wie auch für mich –, dass der letzte Nachfahre der in erster Ehe mit dem Pfarrer **Johann Portatius** verheirateten Pfarrerstochter Anna Neander aus Tharau an dem Seminar teilnahm, auch bereits ein älterer Herr. Geschichte wurde wieder zum Greifen lebendig. Und wie der Zufall so spielt: Kurz bevor ich jetzt den Brief von Frau Karla erhielt, übergab mir Frau **Anita Motzkus** ein Foto, das sie damals auf dem Seminar gemacht hatte. Ich wusste nicht, dass ich es so schnell aus aktuellem Anlass hier veröffentlichen würde, im Gedenken an eine leidenschaftliche Interpretin ostpreußischen Kulturgutes auf musikalischem Gebiet, für Ellinor Reck aus Gerdauen.

Wechseln wir zur Literatur. Da kann uns Herr Dr. phil. **Martin A. Völker**, Berlin, einen schönen Erfolg melden. Im vergangenen Oktober unterstützten wir ihn bei seiner Recherche nach dem ostpreußischen Schriftsteller **Axel Lübbe**, über den es kaum brauchbare Unterlagen gibt. Die Suche nach Informationen hat Erfolg gebracht und nun liegt eine erste Frucht von Dr. Völkers Bemühungen, Licht in das Dunkel der Vita von Axel Lübbe zu bringen, gedruckt und gebunden vor. Es handelt sich um die Novelle „Hugo von Brandenburg“, die 1927 im ersten Heft der „Neuen Rundschau“ erschien. Dr. Völker bringt sie im Originaltext in dem von ihm herausgegebenen Heft mit anschließenden historischen Ergänzungen. Außerdem enthält das schmale Büchlein ein Lebensbild des Schriftstellers, der 1888 als Sohn eines ostpreußischen Gutsbesitzers in Littfinken bei Neidenburg geboren wurde. Er wurde auf Wunsch seiner Mutter Offizier, erkrankte aber an Tuberkulose, nahm trotzdem am Ersten Weltkrieg teil, nach dessen Ende er sich in Freiburg niederließ. Er wurde Schriftsteller und gehörte ob seiner Vielseitigkeit – er war Lyriker, Epiker, Romancier, Dramatiker, übersetzte Werke der Weltliteratur – bald zu den aufstrebenden Autoren Deutschlands, stand mit **Gerhard Hauptmann** und **Artur Schnitzler** in Verbindung. Axel Lübbe erhielt 1933 Schreibverbot, da er mit einer Jüdin verheiratet war. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte er nicht mehr an seine abgebrochenen Erfolge anknüpfen und verstarb unbeachtet 1965 in Schöneiche bei Berlin. Dr. Völker füllt mit diesem modern gestalteten Büchlein eine Lücke aus, die im ostdeutschen Kulturschaffen klaffte. Es liegt in nummerierten Exemplaren beim Verfasser vor.



Ruth Geede Bild: Pawlik

Und Dr. Völker will weiter auf diesem Weg gehen, auf dem er vergessene ostpreußische Autoren wieder einer größeren Öffentlichkeit zugänglich machen möchte. So bittet er uns erneut, ihn bei seiner Recherche zu unterstützen, was beim nächsten Fall noch mehr Erfolg verspricht. Denn es handelt sich um die Königsberger Schriftstellerin **Katarina Botsky**, die er heute völlig vergessen glaubt. Das stimmt so nicht, denn ihre Geschichte „Laura oder der Markt zu Wehlau“ gehört zu den bekanntesten Erzählungen ostpreußischer Autoren. Die drastisch geschilderte Geschichte von dem armen Trödler, dem seine geliebte Kobbel Laura gestohlen wird, die er dann aufgrund einer dubiösen Weissagung auf dem Pferdemarkt in Wehlau wiederfindet, zählte bereits in den 20er Jahren mit zu der am meisten gedruckten Kurzprosa und tauchte auch nach dem Krieg in vielen Anthologien, Jahrbüchern und Heimatheften auf. Von den weiteren Werken der Schriftstellerin sind die Romane „Der Trinker“, „Sommer und Herbst“ und „Der Traum“ zu nennen, dazu der Erzählband „Schafe auf dunklen Weiden“. Ich kannte Katharina Botsky gut, denn sie war Mitglied unserer Schriftstellerrunde, die sich monatlich im „Blutgericht“ im Königsberger Schloss zu Sachgesprächen und Lesungen traf, hatte aber keinen persönlichen Kontakt zu der so viel älteren Kollegin. Sie war weit über Ostpreußen bekannt – vor allem durch ihre Mitarbeit beim Münchner „Simplicissimus“ – und literarisch hoch geachtet. Der Literaturkritiker **Ludwig Goldstein** hatte ihr schon früh eine besondere Begabung bestätigt: „Katharina Botsky, eine ganz neue Erscheinung, ist unser erstes weibliches Kraft- und Originalgenie“ – was man beim Lesen ihrer „Laura“ auch bestätigt findet. Dass ihr Name ein Pseudonym war, blieb weitgehend unbekannt. Sie wurde 1879 als **Käte Botzke** auf dem „Alten Garten“ geboren und lebte auch dort wahrscheinlich bis zur Vertreibung. Zwar meint Herr Dr. Völker, dass sie 1945 gestorben und erst 20 Jahre später für tot erklärt worden sei, aber das Lexikon der Stadt Königsberg nennt Neuss als ihren Sterbeort und als ihr Todesjahr 1964. Ich konnte also Herrn Dr. Völker bereits einige Informationen vermitteln, aber mit Sicherheit wissen unsere Leserinnen und Leser mehr über diese Schriftstellerin aus Königsberg, über ihr Leben, ihr Werk, ihr Schicksal. (Dr. phil. Martin A. Völker, Donaustraße 86 in 12043 Berlin, Telefon 030/61308390, E-Mail: drm.voelker@web.de)

Die Ostpreußische Familie hat dazu beigetragen, dass der Heimatraum in der Siegener BdV-Einrichtung mit ostpreußischer Literatur und Andenken so gut bestückt wurde, dass auch einige im südlichen Ostpreußen verbliebene Familien bedacht werden konnten. Um diese gelungene Aktion fortführen zu können, bittet die Kreisgruppe Siegerland um weitere Spenden von Heimatbüchern und -schriften, die auch beim Heimattreffen am 6. Mai im westfälischen Werl am Infostand der Ermlandfamilie abgegeben werden können. Postalisch sind Sendungen zu richten an Herrn **Anton Olbrich**, Seitenweg 4 in 57250 Netphen.

Eure

Ruth Geede

Nur Bruchstücke von Erinnerungen blieben

Auf der Suche nach einer Ostpreußin aus dem Kreis Labiau

Vor einigen Wochen wandte sich ein süddeutscher Journalist an uns mit der Bitte, doch die Erinnerungen einer älteren Ostpreußin zu veröffentlichen, die sie ihm vor einigen Jahren übermittelt hatte. Beim ersten Durchsehen stellte ich fest, dass es Bruchstücke aus einem ungeordneten Erinnerungsschatz waren, die der Journalist aufgezeichnet hatte und die sich einfach nicht einordnen ließen, ja, die sogar voller Widersprüche waren. Als ich jetzt das Manuskript noch einmal in die Hand nahm und den kurzen Begleitbrief las, stellte ich fest, dass mit der Übersendung noch ein Wunsch verbunden war. Der Journalist **Peter Benz** aus Reichenbach hatte den Kontakt zu der Informantin verloren und bat uns, ihm zu helfen, diese Frau wieder zu finden. Aber nun suche einmal in unserem Leserkreis eine Frau **Schulz** aus dem Kreis Labiau – mehr ist nämlich nicht bekannt. Es gibt keine Daten, keine Namen, kaum markante Anhaltspunkte. Trotzdem wollen wir es versuchen, indem wir einige Stellen aus den Aufzeichnungen herausgreifen, an denen Frau Schulz – falls sie diese Zeilen liest – erkennen kann, dass sie zu ihren Erinnerungen gehören. Denn in Gedanken ist diese vom Leben gezeichnete Frau immer noch in ihrer Heimat am Kurischen Haff – wie Peter Benz meint, den anscheinend das Schicksal der heute 80-Jährigen sehr berührt.

Was sind die Fixpunkte, an denen sich die Erinnerung von Frau Schulz festhält? Sie muss in einem der Haffdörfer des Kreises Labiau geboren und aufgewachsen sein, denn sie war als Kind oft allein am Strand. Sie erinnert sich an das klare Haffwasser und dass man weit hineingehen konnte. Im Frühjahr spielten die Kinder gerne auf den überschwemmten Wiesen, das Wort „Schacktarp“ gebraucht sie nicht. In Erinnerung geblieben sind die heißen Sommer – und die Angst vor den Gewittern, die in der Haffgegend besonders schwer waren. Oft schlug der Blitz in die Wohnhäuser oder Ställe. Wenn ein Gewitter heraufzog, weckten die Mütter ihre Kinder, die sich anziehen mussten. Die Betten wurden gebündelt und mit ins Freie genommen. So war das, meint Frau Schulz, die auf einem Gehöft aufwuchs, das noch keinen Strom hatte. Der Schein der Petroleumlampe erhellte die frühen Winterabende. Ach ja, die Winter, sie waren lang und kalt, aber schneereich. Frau Scholz erinnert sich, dass sie mit Pferdeschlitten auf dem zugefrorenen Großen Friedrichsgraben gefahren sind. Das ist eine der wenigen Ortsangaben, an denen man ungefähr die Lage ihres Heimatdorfes bestimmen könnte: Am dichtesten kommen Haff und Großer Friedrichsgraben bei Heidendorf, Juwendt und Ludendorf zusammen, aber auch Agilla/Haffwerder und Nemonien/Elchwerder kämen in Frage. In einem dieser Dörfer dürfte Frau Schulz ihre frühe Kinderzeit verbracht haben.



Hochwasser im Haffdorf Agilla/Haffwerder Bild: privat

Als sie sieben Jahre alt war, zog die Familie näher an die Stadt. Das Haff war noch nah, aber die Wohnung befand sich auf der anderen Seite des Flusses (Deime?). Nach dem Umzug kaufte sich die Familie einen Kahn, denn nur damit gelangte man zum Kaufmann oder zur Schule. Im Winter durchbrach ein Eisbrecher den zugefrorenen Fluss. Im Sommer kamen große Kähne und belieferten die Bevölkerung mit frischem Gemüse. Sie kamen aus Heidekrug oder noch weiter entfernten Orten. – Stopp, da stimmt etwas nicht. Heidekrug ist schon zu weit entfernt, und der Kreis Labiau besaß selber mit dem Großen Moosbruch eines der größten und fruchtbarsten Gemüseanbaugebiete. Wahrscheinlich handelte es ich um die Kähne der Gemüsebauern, die über die Deime und den Pregel nach Königsberg fuhren. Von ihnen könnte die Mutter von Frau Schulz Gemüse gekauft haben.

Alles in allem war es eine herrliche Kinderzeit, wie Herr Benz vernahm. „Als Kinder durften wir auf einem Bauernhof mit reichem Viehbestand herumtoben, lachen und schreien, niemand schimpfte mit uns“, sagt Frau Schulz. Auch der Tod gehörte zum Leben. Sie erinnert sich an den Wachabend, an dem stundenlang Lieder gesungen wurden. Um Mitternacht gab es den Leichenschmaus. Besonders ist ihr ein Begräbnis in Erinnerung geblieben, bei dem ein junges Mädchen im Brautschmuck im offenen Sarg lag.

Dann aber drohte der Tod auch ihrer Familie. 13 Jahre war Frau Schulz alt, als im Januar 1945 der Russe vor der Türe stand und die Flucht begann, die bereits in Labiau zu enden drohte. Fünf Tage lagen die Flüchtenden bei eisiger Kälte auf dem Bahnhof, bis sie auf einem Güterzug endlich fortkamen. Die Familie schlug sich durch bis ins pommersche Belgard. Fotos oder Andenken an ihre Heimat besitzt Frau Schulz nicht, die Familie hat nichts retten können. So bleiben ihr die Erinnerungen, von denen einige hier aufgezeichnet sind. Vielleicht helfen sie mit, Frau Schulz zu finden und ihr dann die Verbindung zu Heimatgefährten zu vermitteln. (Peter Benz, Albert-Schweitzer-Straße 10 in 08468 Reichenbach, Telefon 03765/63547, Fax 03222/3741928, E-Mail: klauspeterb@t-online.de) *R.G.*

Wir gratulieren ...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Block, Alfred, aus Ortelsburg, am 6. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Luther, Else, geb. **Schaudinn**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 1. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Borris, Siegfried, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. Mai
Chmielewski, Walter, aus Treuburg, am 1. Mai
Dembski, Karl jun., aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Jüttke, Alfred, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 26. April
Neumann, Ursula, geb. **Fähser**, aus Lötzen, am 28. April
Para, Frieda, geb. **Danielzik**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 6. Mai
Schuhmacher, Hilde, geb. **Scheppat**, aus Tilsit, Lindenstraße 29, am 23. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Riemann, Hedwig, geb. **Moser**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 6. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blank, Heinz, aus Memelland und Groß Klingbeck, Kreis Heiligenbeil, am 6. Mai
Hoffmann, Else, geb. **Buczilowski**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 4. Mai
Hohmann, Irma, geb. **Bondzio**, aus Lyck, am 4. Mai
Schulz, Emmi, geb. **Marschewski**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 4. Mai
Surkus, Frieda, geb. **Weitschies**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Turowski, Erich, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Ueckert, Ida, geb. **Totzi**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 30. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bork, Frieda, geb. **Kurella**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Fratzscher, Ilse, geb. **Keibel**, aus Germau, Kreis Samland, am 4. Mai
Krüger, Lydia, geb. **Meyer**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 3. Mai
Markowski, Gertrud, geb. **Sostak**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 5. Mai
Meendermann, Hilda, geb. **Kohnert**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 5. Mai
Ollech, Willi, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 1. Mai
Pofalla, Helene, geb. **Warda**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 2. Mai
Rittweger, Gerhard, aus Neidenburg, am 5. Mai
Wilken, Elfriede, geb. **Mazeyzik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Mai

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden. Ihre *PAZ*

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ballnus, Anna, geb. **Hölzer**, aus Rausmünde, Kreis Ebenrode, am 3. Mai
Bartelt, Horst, aus Treuburg, am 4. Mai
Burgner, Erna, geb. **Biendarra**, aus Orlau, Kreis Neidenburg, am 4. Mai
Chmielewski, Annemarie, geb. **Stockhus**, aus Treuburg, am 6. Mai
Conrad, Hartmut, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 30. April
Dobler, Gisela, geb. **Schön**, aus Pillau, Kreis Samland, am 30. April
Glinka, Kurt, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 6. Mai
Kaiser, Erich, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. April
Lagerpusch, Helmut, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 5. Mai
Müller, Kurt, aus Bürgersdorf Ost, Kreis Wehlau, am 3. Mai
Packeiser, Eva, geb. **Gromball**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 2. Mai
Petrick, Heinz, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Pienkos, Gertraud, geb. **Kröhnert**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 30. April
Piske, Anna, geb. **Störmer**, aus Partheinen/Mükühnen, Kreis Heiligenbeil, am 6. Mai
Romanowski, Ottilie, geb. **Szesny**, aus Hallenfelde, Kreis Goldap, am 5. Mai
Scheer, Inge, aus Wollin, Pommern, am 30. April
Seckner, Hildegard, geb. **Laabs**, aus Petersdorf Süd, Kreis Wehlau, am 3. Mai
Tatzko, Babeth, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, am 3. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Guddat, Heinz, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 30. April
Harm, Elli, geb. **Ankschun**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 2. Mai
Hoffmann, Günter, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 3. Mai
Huber, Hildegard, geb. **Dubbin**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Hülle, Lita, geb. **Kurrek**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Kurschat, Heinz, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 5. Mai
Müller, Irmgard, geb. **Wagner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Mai
Nieswandt, Maria, aus Bartenstein, am 2. Mai
Ratzmann, Lydia, geb. **Ludwanowski**, aus Lyck, Königin-Luise-Platz 3, am 3. Mai
Simniok, Edelgard, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 3. Mai
Sonntag, Günter, aus Lyck, am 1. Mai
Stein, Luise, geb. **Tschischak**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Stiegler, Eva, geb. **Rossbach**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am3. Mai
Turowski, Hans-Georg, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 4. Mai
Walther, Ursula, geb. **Elfert**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Waschulewski, Gertrud, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 6. Mai
Wieser, Alice, geb. **Enseleit**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Zahlmann, Johanna, geb. **Mett**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 30. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baltruschat, Eva-Maria, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 6. Mai
Bierfreund, Heinz, aus Sanditten, Pelohnen Dorf, Kreis Wehlau, am 5. Mai
Böttcher, Hildegard, geb. **Fornacon**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 30. April
Ebsen, Erna, geb. **Schmidtke**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 30. April
Elies, Elli, geb. **Worsel**, aus Rogehnen, Kreis Samland, am 1. Mai
Falkenhain, Frieda, geb. **Rosin**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Mai
Fäsecke, Gerda, geb. **Meschlat**, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Feyerabend, Werner, aus Ortelsburg, am 5. Mai
Hartmann, Walter, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 4. Mai
Johannson, Dorothea, aus Ebenrode, am 1. Mai
Kempa, Horst, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 30. April
Kluth, Eleonore, geb. **Gasche**, aus Monken, Kreis Lyck, am 4. Mai
Krüger, Ilse, geb. **Knaack**, aus Parnehnen, Kawernicken, Kreis Wehlau, am 2. Mai
Lange, Herta Irene, geb. **Heyer**, aus Heiligenbeil, Braunsberger Straße 4, am 30. April
Lask, Ruth, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 30. April
Malinka, Günter, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 2, am 30. April
Müller, Rosemarie, geb. **Wilzinski**, aus Rastenburg, am 5. Mai
Opitz, Ursula, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 30. April
Pauleit, Franz, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Rauba, Bruno, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Rundshage, Almut, geb. **Moser**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 6. Mai
Schmidt, Gerda, geb. **Rohmann**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. Mai
Schrull, Martha, geb. **Roseneck**, aus Zinschen, Kreis Lyck, am 4. Mai
Schwagrzinna, Herbert, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 4. Mai
Simon, Elisa, geb. **Bruderek**, aus Ortelsburg, am 4. Mai
Strick, Lotti, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 26. April
Urbat, Anna, geb. **Rohrer**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 2. Mai
Westphal, Bruno, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, und aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bendig, Günter, aus Medenau, Kreis Samland, am 2. Mai
Buddrus, Joachim, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 2. Mai
Burow, Ingeburg, geb. **Donnicke**, aus Dobnicken, Kreis Samland, am 6. Mai
Eisenblätter, Dieter, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Ensthaler, Anneliese, geb. **Borkmann**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. Mai
Gorlo, Winfried, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 2. Mai
Groß, Lucie, geb. **Ostwald**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Hoffmann, Elfriede, geb. **Frank**, aus Tapiau, Wagner Straße, Kreis Wehlau, am 6. Mai
Kaliebe, Liesbeth, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 6. Mai
Knuth, Helga, geb. **Poeck**, aus Wehlau, am 30. April
Loipfinger, Helga, geb. **Herbstreit**, aus Königsberg-Tannenwalde, am 30. April
Ludwig, Erwin, aus Weßlienen, Kreis Heiligenbeil, am 30. April
Nicolovius, Elfriede, aus Treuburg, am 5. Mai
Nistal, Liesbeth, geb. **Loch**, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 1. Mai
Obst, Lilli, geb. **Gallischanski**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Peters, Ruth, geb. **Kutzborra**, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 5. Mai
Reimann, Dora, geb. **Reimann**, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 2, am 5. Mai
Reimer, Irene, geb. **Saloga**, aus Lyck, Mackensen Straße 10, am 3. Mai
Ritsche, Waltraut, geb. **Starat**, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Rychter, Leokadia, geb. **Kowalski**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 2. Mai
Sack, Heinrich, aus Weidicken und Rhein, Kreis Lötzen, am 28. April
Schikanski, Trude, geb. **Schlittke**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 30. April
Schreiber, Margot, geb. **Babiel**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 5. Mai
Stelling, Rainer, aus Sanditten, Gözendorf, Kreis Wehlau, am 6. Mai
Stubbig, Herta, geb. **Mikat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Sylla, Helmut, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 2. Mai
Wiese, Hildegard, geb. **Kopetsch**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 1. Mai
Wollowski, Horst Günter, aus Balden Domäne, Kreis Neidenburg, am 2. Mai
Ziemer, Artur, aus Biothen, Podewitten, Kreis Wehlau, am 30. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hellenkemper, Hildegard, geb. **Piwek**, aus Burdungen, Kreis Ortelsburg, am 30. April
Hinz, Manfred, aus Ortelsburg, am 5. Mai
Klesz, Lieselotte, geb. **Brzezinski**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 3. Mai
Kurtz, Gottfried, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 30. April
Lange, Hermann, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 6. Mai
Lommatzsch, Erna, geb. **Pehwe**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 5. Mai
Rogalski, Reinhold, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 2. Mai
Schiemann, Fritz, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 5. Mai
Schmottermeyer, Dora, geb. **Philipeit**, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 6. Mai
Wekeiser, Erwin, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 4. Mai



Balk, Robert, und Frau Rafaela, geb. **Angrik**, aus Ramsau, Kreis Allenstein, am 6. Mai

Frühlingskonzert des Ostpreußenchores Hamburg e.V.

Freitag, 18. Mai, 15 Uhr, St. Gabriel-Kirche, Hartzlohplatz 17, Hamburg: Frühlingskonzert des Ostpreußenchores. HVV-Bussen der Linien 172 oder 7 (ab U-/S-Bahn Barmbek) bis zur Haltestelle Hartzloh. Von hier noch sieben Minuten Fußweg. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen erteilt Ilse Schmidt, Telefon (040) 2543935.

TERMINE DER LO

Jahr 2012

25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

HÖRFUNK & FERNSEHEN

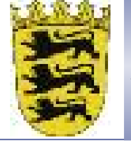
Sonnabend, 28. April, 16 Uhr, ARD: Weltreisen. Im Land der Schwarzbrenner – Frühling in Mähren.
Sonnabend, 28. April, 20.15 Uhr, Arte: Leptis Magne. Die römische Stadt am lybischen Mittelmeerufer.
Sonnabend, 28. April, 22.05 Uhr, N-TV: Rätsel der Geschichte: Marco Polo.
Sonntag, 29. April, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 29. April, 16.30 Uhr, WDR: Wir wollen unsere Kirche behalten!
Sonntag, 29. April, 18 Uhr, Phoenix: Moscheen – Bauen um zu bleiben.
Sonntag, 29. April, 21.15 Uhr, BR: Faszination Wissen: Stadt, Land, Frust – Von Landflucht und Städteboom.
Montag, 30. April, 22.40 Uhr, MDR: Ostprodukte im Westregal – Geschäfte mit der DDR.
Montag, 30. April, 23.45 Uhr, 3sat: Der Diebstahl – Auf den unglaublichen Spuren einer Daten-CD.
Dienstag, 1. Mai, 16.50 Uhr, MDR: Legenden sterben nicht. 70 Jahre JU52.
Dienstag, 1. Mai, 18.12 Uhr, RBB: Eine Reise durchs Memelland.
Dienstag, 1. Mai, 20.15 Uhr Arte: Drei Leben: Axel Springer. „Verleger – Feindbild – Privatmann“.
Dienstag, 1. Mai, 21.45 Uhr, Arte: Jagd auf Bin Laden.
Mittwoch, 2. Mai, 14.15 Uhr, NDR: Bilderbuch Deutschland: Potsdam.
Mittwoch, 2. Mai, 14.45 Uhr, 3sat: Ernesto Guevara, genannt „Che“.
Mittwoch, 2. Mai, 15.05 Uhr, Arte: Geliebte Clara. Drama über die Pianistin Clara Schumann.
Mittwoch, 2. Mai, 15.15 Uhr, RBB: Die Oder. Von der Neiße bis zur Ostsee.
Mittwoch, 2. Mai, 20.15 Uhr, ARD: Die Heimkehr. TV-Heimatdrama anlässlich des 50. Todestages des Literaturnobelpreisträgers Hermann Hesse.
Mittwoch, 2. Mai, 21.45 Uhr, ARD: Hermann Hesse – Superstar. Ein Porträt des deutschen Dichters.
Donnerstag, 3. Mai, 15.15 Uhr, RBB: Deutsche in Amerika. Preis der Freiheit.
Donnerstag, 3. Mai, 22 Uhr, Arte: Zeckenborreliose. Unterschätzte Gefahr oder eingebildete Krankheit?
Freitag, 4. Mai, 13.15 Uhr, MDR: Das Schutzgebiet der unteren Elbtalaue.
Freitag, 4. Mai, 14.05 Uhr, 3sat: Der 1. Mai – Ein Feiertag macht Geschichte.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

Montag, 30. April bis Dienstag, 1. Mai: Der BJO-Regionalverband Mitte lädt zur **Feier in den Mai** in die sächsische Landeshauptstadt Dresden ein. Als Referenten konnte der BJO Felix Menzel, den Chefredakteur des Weltnetz-Magazins für Jugendliche Blaue Narzisse, gewinnen. Er wird kurz etwas über seine Arbeit bei der Blauen Narzisse berichten und dann einen Vortrag zum Thema „Europa der Regionen“ halten. Weitere Informationen: http://www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html.

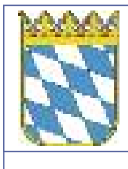


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Donnerstag, 3. Mai, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum **Stammtisch**.

Reutlingen – Sonnabend, 12. Mai, 14 Uhr, Zentrum für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6: Treffen der Gruppe zum **Frühlingsfest**. Der kulturelle Teil wird von der Ostpreußen-Familie gestaltet. Außerdem spielt Steffis Trio und lädt alle Mitglieder und Gäste zum Mitsingen ein. Heimat- und Frühlingslieder stehen auf dem Programm. Weitere Vorträge über die unvergessene Heimat werden eine Brücke zur Kurischen Nehrung und Masuren schlagen. Informationen über den Jahresausflug am 23. Juni nach Schwetzingen mit Schlossbesichtigung und Führung und anschließender Spargelhofbesichtigung. Den Abschluss bildet die Fahrt zum Luisenpark in Mannheim, Weiteres wird die 1. Vorsitzende Ilse Hunger bekannt geben. Auskunft und Anmeldung bitte bei Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541. Einladungen ergehen an alle Mitglieder und an alle, die sich mit der Gruppe verbunden fühlen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 5. Mai: Kleiner Ausflug nach Ellingen zum 30-jährigen Bestehen des Kulturzentrums Ostpreußen.

Erlangen – Donnerstag, 10. Mai, 17 Uhr, Freizeitzentrum Franken, Raum 20, Südliche Stadtmauerstraße: Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen spricht zum Thema „Bernstein – Das Gold des Ostens“, mit Bildern und Exponaten. Gäste sind herzlich willkommen. – Das Treffen am 2. April fand ausnahmsweise in einem Restaurant statt mit Vertellchens, Gedichten und einem Abendessen. Ein sehr netter geselliger Abend.

Hof – Sonnabend, 12. Mai, 15 Uhr, Vereinslokal: Muttertagsfeier. Gäste sind herzlich willkommen.

Landshut – Dienstag, 15. Mai, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft der Gruppe. Thema: Die Grenzen Ostpreußens.

München Nord/Süd – Freitag, 11. Mai, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

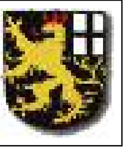
Starnberg – Donnerstag, 10. Mai, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Muttertagsfeier.

Weißenburg-Gunzenhausen – Sonnabend, 5. Mai: Frühlingsfest der Ostpreußen anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des Kulturzentrums Ostpreußen und des 15-jährigen Jubiläums des Fördervereins, Deutschordensschloss Ellingen. Sonderprogramm. Mitfahrgelegenheiten unter Telefon (09831) 80961 bei Lm. Bethke.

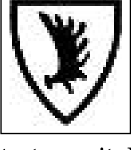


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Mohrungen – Donnerstag, 3. Mai, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacherstraße 29, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Ursula Dronsek, Telefon (030) 2164338.



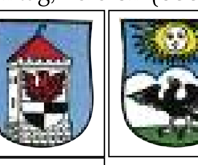
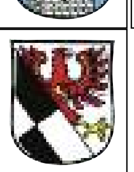
Frauengruppe – Mittwoch, 9. Mai, 13.30 Uhr, Die Wille, Wilhelmstraße 15, 10963 Berlin: Muttertag mit Beiträgen der Frauen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

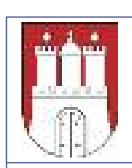
Tilsit / Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 12. Mai, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen für Tilsit/Ragnit bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881, für Tilsit-Stadt bei Brigitta Richter, Telefon (030) 99499983.



Rastenburg – Sonntag, 20. Mai, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 24. Mai, 14 Uhr, Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Muttertag. Kurzreferat über Pferdemarkt und Wehlau. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 77132354.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

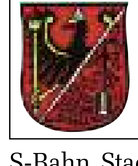
Sonnabend, 12. Mai, 10 bis 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg (nahe S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U 3, Station Rödingsmarkt): **Aktion „Haus der offenen Tür“ im Rahmen der Europawoche** in Hamburg. Der Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V. lädt ein in das Haus der Heimat, die Örtlichkeit steht stellvertretend für die Heimat, die in Hamburg auch Migranten, Flüchtlinge und Vertriebene gefunden haben. Im Vordergrund der Veranstaltung steht deren Geschichte in Süd- und Osteuropa: Anhand einer Wanderausstellung sollen die lange friedlichen und wechselseitig fruchtbaren Entwicklungen der deutschen Siedlungskultur veranschaulicht werden. Ergänzt wird die Ausstellung durch Vorträge mit anschließenden Diskussionen sowie eine Führung durch die Bibliothek. Ein musikalischer Abschluss vervollständigt die Reise in die Kultur der Völker im Osten.

BEZIRKSGRUPPE

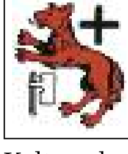
Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

Hamburg-Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 21. Mai, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit Bus 443 bis Waldquelle): Treffen zum Thema „Pfingsten in der Heimat“. – Montag, 30. April, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Filmvortrag von Manfred Samel: „Ostpreußens Wälder“.

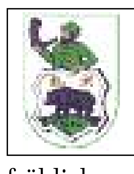
KREISGRUPPE



Gumbinnen – Sonnabend, 5. Mai, 14 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahn Stadthausbrücke oder U-Bahn Rödingsmarkt. Dann Fußweg von zirka sechs Minuten in Blickrichtung Michaeliskirche. Fahrstuhl ist im Hause vorhanden! Thema: „Die Zukunft der Kreisgruppe Gumbinnen in Hamburg“. Nach dem Rücktritt unserer Mathilde Rau sollten wir uns um einen neuen Vorsitzenden bemühen. Auch Vorstandserweiterung ist zu überlegen, um eine effektivere Tätigkeit zu erreichen. Neue Ideen zur Gestaltung unserer Heimattreffen sind gefragt. Wenn wir uns gut beraten, können wir mit einem guten Ergebnis rechnen. – Nach einer Kaffeepause erwartet uns ein Programm kultureller Art. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen und Gäste sind herzlich willkommen!



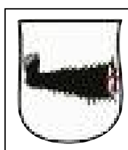
Heiligenbeil – Freitag, 18. Mai: Tagesfahrt der Kreisgruppe in Zusammenarbeit mit dem Referat Kultur der Landesgruppe Hamburg e.V. Reiseverlauf: Fahrt nach Holtsee bei Kiel, Besuch der Käserei Holtsee mit Programm: „Käse und Wein – dem Genuss auf der Spur“. Dauer zirka zweieinhalb Stunden. Anschließend: Weiterfahrt nach Rendsburg zum Kaffee im Restaurant Brückenterrasse direkt am Nordostseekanal. Teilnehmerpreis inklusive Busfahrt und Besuchsprogramm Käserei Holtsee, Kaffeegedeck im Restaurant Brückenterrasse 37 Euro pro Person. Abfahrt Bahnhof Harburg 8.30 Uhr, Abfahrt ab ZOB 9 Uhr. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950.



Insterburg – Mittwoch, 2. Mai, 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin: Monatstreffen der Gruppe. Mit fröhlichen Liedern, Versen und Gedichten will die Gruppe den schönen Monat Mai beginnen. Mit einem Bericht über das Treffen der „Ostpreußisch-Platt-Arbeitsgruppe“ in Bielefeld. Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen.



Osterode – Sonnabend, 5. Mai, 14.30 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Nähe U-Bahnhof Ohlsdorf: Maisingen mit Spielenachmittag. Die Veranstaltung beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Über eine rege Beteiligung freuen sich Marie-Louise und Günter Stanke.



Sensburg – Sonntag, 29. April, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Frühlingsüberraschung. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 12. Mai, 15 Uhr, Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, Neu-Kranichstein: Treffen der Gruppe. Nach dem Kaffeetrinken lautet das Motto „Fröhlich in den Frühling“. Unter musikalischer Begleitung durch Ruth Wille wird mit Gesang, Gedichtchen und kleinen Geschichtchen der Lenz begrüßt.

Kassel – Dienstag, 8. Mai, 14.30 Uhr, Restaurant „Alt Süsterfeld“, Eifelweg 28, 34134 Kasse: Nächstes Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen. Karla Weyland hält einen Dia-Vortrag über Wald und Bäume mit dem Titel „Über allen Gipfeln ist Ruh“.

Wiesbaden – Freitag, 11. Mai, 17 Uhr, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Eröffnung der Ausstellung „Ich übertrage das Gefühl“. Der ostpreußische Maler Eduard Bischoff. Eröffnung: Otmar Schmitz, Landeskulturreferent des Bundes der Vertriebenen. Grußworte: Ingo-Endrick Lankau, Rechtsanwalt und Notar, Honorarkonsul der Republik Bulgarien, Enkel des Malers und Leihgeber. Dieter Schetat, Kreisvorsitzender der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Einführung: Dr. Jörn Barford, Kustos des Ostpreußischen Landesmuseums Lüneburg.

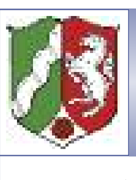


Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Celle – Bericht zur Jahreshauptversammlung 2012. Der 2. Vorsitzende, Uwe Jäckel, hieß die Teilnehmer willkommen und überbrachte die Grüße des 1. Vorsitzenden, Manfred Kirrinnis, der krankheitsbedingt fehlte. Nach der Totenehrung für die verstorbenen Mitglieder des letzten Jahres und dem Singen des Ostpreußenliedes folgten die Berichte über Vorstandstätigkeit, Kassenführung und Kassenprüfung. Dem Antrag des Kassenprüfers, Erwin Bories, auf Entlastung des Vorstandes wurde stattgegeben. Für die erforderlichen Wahlen wurde Roland Schluff als Wahlleiter bestimmt. Im Folgenden wurden der 2. Vorsitzende, Uwe Jäckel, die Kassenwartin, Monika Jepp, und Kassenprüferin Maria Gerigk im Amt bestätigt. Die Amtszeit des 1. Vorsitzenden, Manfred Kirrinnis, der Schriftführerin Rita Schluff, und der Kassenprüfer Elisabeth Krahn und Erwin Bories dauert noch bis zur nächsten Jahreshauptversammlung an. Zudem gehört Roland Schluff dem Vorstand als Beisitzer an. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurde der Dokumentarfilm „Kinder der Flucht“ gezeigt. Darin wirken als Interviewpartner die Celler Mitglieder Elisabeth Krahn, Manfred Kirrinnis und Roland Schluff sowie der Vorsitzende des BdV-Kreisverbandes Celle-Stadt, Dieter Scholz, allesamt Zeitzeugen, mit. Die DVD ist das Ergebnis einer Projektarbeit einer Abschlussklasse des Celler Hölty-Gymnasiums zum Thema „Flucht – Vertreibung“ im Geschichtsunterricht.

Hannover – Freitag, 11. Mai, Ihme-Terrassen, Roesebeckstraße 1: Die Gruppe trifft sich zu einem Volksliedersingen.

Osnabrück – Dienstag, 8. Mai, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Freitag, 18. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 2. Mai, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe.

Bielefeld – Donnerstag, 3. Mai, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Montag, 7. Mai, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 10. Mai, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt.

Düsseldorf – Dienstag, 8. Mai, 15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Filmvorführung „Der Choral von Leuthen“ (Deutschland 1932/33). – Dienstag, 8. Mai, 18.30 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Dr. Rudolf Alberg und PD Dr. Winfrid Halder „Berlin – Vom Fischerdorf an der Spree zur Reichs- und Bundeshauptstadt“. – Donnerstag, 10. Mai, 8 Uhr: Fahrt zur Glockengießerei nach Sinn, Herborn, Greifenstein. – Donnerstag, 10. Mai, 18 Uhr, GHH/Konferenzraum: „Habermann“ (Deutschland / Österreich / Tschechische Republik). – Donnerstag, 10. Mai, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 11. Mai, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Mittwoch, 16. Mai, 15 Uhr, GHH, Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 30. April, 21 Uhr, Landhaus Heitmann an der Gütersloher Straße 63, 33442 Herzebrock-Clarholz (Pixel): Ostpreußen laden zum Tanz in den Mai ein. Genießen Sie die Gastlichkeit in stilvoller Atmosphäre. Es spielt das Duo Robertos Music Express aus Leverkusen. Eintritt ab 20.30 Uhr. Eintrittskarten gibt es nur an der Abendkasse, keine

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Tischreservierung. Kleine Speisekarte wird vorbereitet. Es besteht keine Übernachtungsmöglichkeit im Landhaus Heitmann. Kartenreservierung möglich unter Telefon (05241) 29211.

Haltern – Donnerstag, 3. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Kolpingtreff: Monatsversammlung der Gruppe.

Leverkusen – Sonnabend, 12. Mai, Haus Klippenberg, Oberbüscherhof: Die Gruppe feiert mit ihren Mitgliedern, Familien und Freunden ihr jährliches Blumenfest mit Einbeziehung alter preußischer Traditionen, die nicht in Vergessenheit geraten sollen. Ein buntes Programm, geboten durch den Chor Heimatmelodie, die Tanzgruppe der LOW und die Laienspielgruppe wird geboten. Anmeldungen ab sofort bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

Lüdenscheid – Mittwoch, 9. Mai, 14 Uhr, Haus der Landsmannschaften und Vereine, Sauerfelderstraße 27: 60-jähriges Bestehen der Frauengruppe.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 5. Mai, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße: Heimatnachmittag.

Ludwigshafen/Rhein – Freitag 11. Mai, 15 Uhr, Lu-Gartenstadt, Forsterstraße (Haus der AWO): Treffen der Gruppe zur Muttertagsfeier mit Kaffee, Kuchen und Begrüßung des Mai mit Maibowle. – Beim Treffen im April fanden nach dem Tod des 1. Vorsitzenden Willi Komossa Neuwahlen statt. Nach der Begrüßung des 2. Vorsitzenden G. Radons und Totenehrung wurde der Kassenbericht verlesen, dem einstimmig zugestimmt wurde und dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Anschließend erfolgte die Neuwahl, die sich wie folgt zusammensetzt: 1. Vorsitzender Gerhard Radons, 2. Vorsitzender Karl Gündra, Hauptkassiererin Hannelore Radons, Schriftführerin Gisela Terner 1. Kassenprüfer Karl Gündra, 2. Willi Felker 1. Beisitzender Willi Felker, 2. Kurt Pfeffer, 3. Albert Risch, Für vereinsinterne Organisation Hannelore Radons, Elli Gündra und Margitta Pfeffer. Die gewählten Vorstandmitglieder verpflichten sich, sich für das Wohlergehen des Vereins einzusetzen und die Gemeinschaft unter den Mitgliedern zu fördern.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

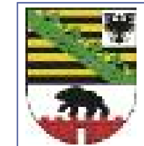
Neustadt a.d. Weinstraße – Sonnabend, 12. Mai, 15 Uhr, Heimatstube, Fröbelstraße 26: Jahreshauptversammlung. Mit einer gemeinsamen Kaffeetafel wird die Jahreshauptversammlung eingeleitet. Den Jahresbericht trägt Manfred Schusziara vor. Otto Waschkowski gibt einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben der Kreisgruppe. Ein neuer Vorstand muss nicht gewählt werden.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 11. Mai, 15 Uhr, Reichenbrander Friedhof/Zwickauer Straße: **Einweihung des Gedenksteins für Ostpreußen in Erinnerung an Flucht und Vertreibung** sowie an den Bombenangriff auf den Flüchtlingszug am 2. März 1945. – Sonnabend, 12. Mai, 10 Uhr, Gemeindesaal in der Chopinstraße 42: Gottesdienst, danach Planter Hof: **Festveranstaltung 20 Jahre Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Chemnitz e.V.** – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Der Kulturkreis „Simon Dach“ unter der Leitung von Ingrid Labuhn trifft sich zur Chorprobe.– In einer Zeit, da das deutsche Geschichtsbewusstsein fast völlig verdrängt ist und leider aus den Schulbüchern immer mehr verschwindet, betrachten wir als Verein es als Pflicht und Aufgabe, die Spuren der Persönlichkeiten aus dem ostdeutschen Raum nicht verwehen zu lassen. Fast ein Dutzend Straßen erinnern in Chemnitz an Persönlichkeiten, die in Ost- oder Westpreußen geboren sind. Die Kreisgruppe Chemnitz hat dazu eine Ausstellung „In Ostpreußen geboren und in Chemnitz mit Straßennamen geehrt“ zusammengestellt. Mit der Leiterin der AWO-Begegnungsstätte Elke Beier wurde am 2. April in der Leipziger Straße 167 diese Ausstellung gezeigt. Nachdem in der Tagespresse „Freie Presse“ ein großer Artikel darüber veröffentlicht war, wurde das Interesse an dieser Ausstellung geweckt. Die Vorsitzende der LOW, Sieglinde Langhammer, sprach nach der Eröffnungsrede von Elke Beier einige wichtige Worte zu den Besuchern. Die Gruppe will über die Lebensläufe dieser Ostpreußen informieren und gleichzeitig an die eigene Herkunft erinnern, die, bedingt durch die historische Entwicklung, heute kaum mehr jemand kennt. Alexander Schulz, Vorsitzender der Landesgruppe, Frau Bartkowiak, Frau Krüßel und Frau Koschinski unterstützten Frau Langhammer und Frau Beier bei der Beantwortung der Besucherfragen. Immanuel Kant, Nikolaus Copernicus, Johann Gottfried Herder sowie Käthe Kollwitz waren vielen bekannt, aber kaum einer wusste, dass sie aus Ostpreußen stammten. Ernst Adolf Bering, Lovis Corinth, Arno Holz, Gustav Robert Kirchhoff und Hermann Löns wusste fast niemand einzuordnen. Frau Beier versprach, dass diese schöne Ausstellung auch in anderen AWO-Einrichtungen gezeigt wird. Die Gruppe wird das gerne im eigenen Interesse nutzen und unterstützen. In der Leipziger Straße 167 wird diese Ausstellung noch bis Ende Juni zu sehen sein.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 14. Mai, 14 Uhr, Krötenhof: Treffen der Gruppe zum Muttertag.

Halle – Freitag, 11. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54: Treffen der Ortsgruppe.

Magdeburg – Freitag, 11. Mai, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singproben des Singekreises. – Sonntag, 13. Mai, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Treffen der Gruppe zum Muttertag. – Dienstag, 15. Mai, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Gisela Brauer begrüßte die April-Runde der Ost- und Westpreußen mit ihrem Gedicht „Aprilnacht“. Die Gruppe wird in nächster Zeit etwas mehr über die Schlösser und Herrenhäuser der Umgebung hören. Den Anfang machte Katharina Makarowski mit Schloss Tremsbüttel im Kreis Stormarn. Die Geschichte des Schlosses wurde in der 1991 erschienenen Tremsbütteler Chronik ausführlich dargestellt. Durch die Tätigkeit einflussreicher und wohlhabender Besitzer erstrahlte das Schloss immer wieder im neuen Glanz. Das Anwesen war zunächst ein Gutsbetrieb mit Ackerbau und Viehhaltung. Als das Schloss erbaut war, wurde das Gutshaus abgerissen, damit das imposante Schloss richtig zur Geltung kommen konnte. Schließlich wurde die Landwirtschaft ganz aufgegeben. Heute dient das Schloss mit einen Nebengebäuden Vertretern von Politik und Wirtschaft für Tagungen und Konferenzen. Es wird aber auch gern als Ziel eines Ausflugs oder Aufenthaltes von nicht nur hochkarätigen Gästen gewählt. Georg Baltrusch hat schon für den Monat Mai mit einem Omnibusunternehmen Verbindung aufgenommen. Es wird wahrscheinlich eine Fahrt ins Blaue geben.

Neumünster – Mittwoch, 9. Mai, ab 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Treffen der Kreisgruppe. „Sehr berühmt und unvergessen: Hermann Sudermann“. Einen Überblick über Leben und Werk gibt Ute Eichler, Gäste sind willkommen. – Die Gruppe traf sich am 11. April zur monatlichen Veranstaltung. Die Vorsitzende, Brigitte Profé begrüßte die Mitglieder und Gäste. Sie musste leider mitteilen, dass Landsmännin Ingrid Koch aus Ratzeburg aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen konnte. Die Enttäuschung war für alle groß, kennen die Mitglieder sie doch als humorvolle Erzählerin aus ihren Büchern. Es wurde dennoch ein unterhaltsamer Nachmittag und Zeit blieb für ausführliche Informationen und Gespräche betreffs des Ausflugs im Juni nach Wesselburen. Der Nachmittag endete mit dem Ostpreußenlied gegen 17 Uhr. – **Bericht von der Jahreshauptversammlung.** – Die Kreisgruppe Neumünster traf sich am 14. März zur Jahreshauptversammlung, zu der die 1. Vorsitzende Brigitte Profé zahlreiche Teilnehmer begrüßen konnte. Sie hatte den Nachmittag mit einem Gedicht von Hildegard Rauschenbach eingestimmt: „In meiner Heimat kehrt der Frühling ein.“ Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Ein Jahr ist so schnell vergangen. Was hat sich ereignet? Es war ein Jahr mit vielen Zusammenkünften. Neue Mitglieder, die den natürlichen Schwund wieder auffingen, konnten begrüßt werden. Austritte gab es aus gesundheitlichen Gründen oder wegen des Umzugs in ein Pflegeheim. Von Joachim Wenck und Lothar Stadtaus musste die Gruppe Abschied nehmen. Nach der Kaffeepause gab die Vorsitzende einen Überblick über die Aktivitäten des vergangenen Jahres. Januar: Zwei Filmvorführungen von der Hobbyfilmerin Anna-Luise Hansen. „Island, eine Reise in den Norden und eine Reise durch Norddeutschland.“ Februar: „Heimatliebe geht durch den Hafen!“ Ein lustiger unterhaltsamer und gemütlicher Abend mit dem Leibgericht der Ostpreußen „Königsberger Klopse.“ Jahreshauptversammlung mit Wahl im März: Die Kassenwartin Renate Gnewuch verlas den Kassenbericht. Die Kassenprüfer Eckhard Erdmann und Erika Hintze stellten fest, dass mit den Beiträgen und Spenden sparsam gewirtschaftet worden ist. Vorbildlich und ohne Beanstandung wurde die Kasse geführt. Der Wahlleiter Lm. Horst Lessing erteilte dem gesamten Vorstand Entlastung. Für drei Jahre wurden wiedergewählt: Brigitte Profé als 1. Vorsitzende, Kulturwartin und Schriftführerin, Renate Gnewuch als Kassenwartin, als zweite Beisitzerin Elli Helmer, Beisitzerin Elfriede Schink. Wortmeldungen unter „Verschiedenes“ gab es nicht. Im April war ein gemeinsames Mittagessen angesagt. Anschließend ein gemütliches Plachanderstündchen. Lachende Heimat-Quiddern, Grienen und Zatzkes, ein bunter Nachmittag im Mai. Juni – Jahresausflug nach Glückstadt an der Elbe zum großen Matjesessen. Im Juli findet immer die Mitarbeiterversammlung statt. Eine Zusammenkunft bei Kaffee und Kuchen. Es ist ein „Dankeschön“ an alle, die im Laufe des Jahres geholfen haben, dass die Nachmittage so lebendig, abwechslungsreich, vielseitig und gemütlich verlaufen. 5. August – Kranzniederlegung im Friedenshain zum „Tag der Heimat“, der in der Stadthalle am 7. August stattfand. Im September kam Lm. Jochen Gawehns aus Heiligenhafen in Vertretung des Landesvorsitzenden Edmund Ferner. Es war ein interessanter Vortrag über Leben und Werke Ernst Wiecherts. Reich und schön gedeckte und geschmückte Tische erwarteten die Gruppe im Oktober zum Erntedanknachmittag. Zwei Pflegedienstvertreterinnen der Diakonie haben im November ausführlich über Teilpflege im Haus, Pflegeversicherung, Kosten, Krankenkasse, und Zuzahlung, Pflegestufe, Anträge und Seniorenbegleitung gesprochen. Die Adventsfeier folgte mit vielen Vorträgen und dem Singen vieler in der Heimat gesungen Weihnachtslieder, begleitet von Nora Kawlath. Sologesang von Frau Krickstein, Geigenspiel von der achtjährigen Sophie Profé trugen zur Stimmung bei Kerzenschein, Marzipantorte und Stollen bei. Geehrt wurden für treue und langjährige Mitgliedschaft: Marga Neumann für 60 Jahre, Ilse Lux für 50, Erika Haake für 25, Irmgard Schott für 25 und Gerda Böttger für 20 Jahre. Die Veranstaltungen sind stets sehr gut besucht. Viele lustige und besinnliche Beiträge bereichern die Nachmittage. Auch das Liedgut wird gepflegt und immer ist die Gruppe bemüht, das ostpreußische Kulturgut zu erhalten. Nach dem Jahresrückblick 2011 legte die Kassenwartin Renate Gnewuch den Kassenbericht vor. Kassenprüfer Eckhard Erdmann bestätigt die gute Kassenführung, die sorgfältig, gewissenhaft und übersichtlich geführt worden ist. Er stellte den Antrag auf Entlastung, die erteilt wurde. Renate Gnewuch gab die Zusage für die Weiterführung des Amtes und wurde einstimmig bestätigt. Heinz-Willhelm Weck war entschuldigt nicht anwesend, hatte aber vorher seine Zusage gegeben, wird bei der Aprilveranstaltung als 2. Kassenprüfer eingeführt und bestätigt. Zum gemütlichen Teil trugen Hildegard Henning und Gerd Höpfner lustige Gedichte und Geschichten vor. Viele Frühlingslieder lockten den Frühling herbei.

Ostpreußen entdecken Südamerika

Fehmaraner besuchten Argentinien, Chile und Brasilien – Drastische Gegensätze von Armut und unbeschreiblicher Schönheit

Die Fehmaraner Gruppe der Landsmannschaft Ostpreußen unternahm unter der Leitung ihres Landeskulturreferenten eine interessante Reise nach Südamerika. Von Paris aus ging es per Flugzeug nach Santiago de Chile. Bei einer Stadtrundfahrt wurde die nationale Münzprägeanstalt, „La Moneda“ genannt, besucht, das Weiteren der Hauptplatz „Plaza de Armas“ mit der Kathedrale. Ausflüge nach Valparaiso und Vina dei Mar mit wunderschönen Ausblicken auf den Pazifik rundeten das Programm in Chile ab. Besonders Valparaiso ist wegen seiner besonderen Architektur und dank „Moby Dick“ weltberühmt. Natürlich besuchte die 18-köpfige Reisegruppe auch das Museum von Pablo Neruda, Chiles Nobelpreisträger für Literatur.

In einer abenteuerlichen Fahrt mit dem Bus ging es dann über eine atemberaubende Passstraße nach Mendoza in Argentinien. Das Weinlesefest war für alle ein unvergessliches Erlebnis: Drei Tage Festivitäten mit Umzügen der Folkloregruppen, Gauchos mit prächtig geschmückten Pferden, viele große Umzugswagen mit den hübschen Weinköniginnen aus allen Landesteilen und schließlich das Abschlussfest in einer Arena mit 23 000 Besuchern! Die Weinanbaugebiete liegen an den östlichen Hängen der Anden. Eine Weinprobe in einer Kellerei durfte natürlich nicht fehlen.

Weiterflug nach Buenos Aires. Hier gab es ein freudiges Wiedersehen mit Marcus Christoph, der schon drei Jahre beim deutschsprachigen Wochenblatt „Argentinisches Tageblatt“ tätig ist. Buenos Aires gilt als Paris Latein-Amerikas. Bei der Stadtrundfahrt sahen die Fehmaraner den Präsidentenpalast Casa Rosada, das Künstlerviertel La Boca und La Recoleta, zwei sensationell schöne Orte und der letzte ist mit seinem bekannten Friedhof Ruhestätte der berühmten Evita Peron. Elegante Cafés und exzellente Steakhäuser sorgten dafür, dass die kulinarischen Genüsse nicht zu kurz kamen. Eine brillante Tango-Show in einem altehrwürdigen Theater wird allen in bester Erinnerung bleiben. Auf dem deutschen Soldatenfriedhof für die Gefallenen der Graf Spee am Anfang des Zweiten Weltkrieges legte die Gruppe ein Blumengebinde nieder. Ein ganzer Tag war für einen Ausflug in die Pampa vorgesehen. Hier leben die Gauchos ihren Alltag und alle Romantik nährt sich aus den Bildern dieser Kulturlandschaft. Der Aufenthalt in Buenos Aires endete mit einer interessanten Schifffahrt in das Delta des Rio de la Plata (El Tigre).



Eine fröhliche Gemeinschaft: Fehmarner Südamerika-Reisende Bild: E.F.

Die vorletzte Station der Reise war Foz de Iguacu. Die Iguacu-Wasserfälle sind die gewaltigsten der Welt, höher als die Niagarafälle, breiter als die Viktoriafälle in Afrika. Der Iguacu, der im brasilianischen Hochland entspringt, lässt sich hier über den Rand des Parana-Plateaus in eine enge Schlucht fallen. Der Fluss verbreitert sich auf vier Kilometer, bevor er in über 200 Kaskaden in die Tiefe rauscht! Die letzte Etappe der Reise war Rio de Janeiro in Brasilien. Wer Rio zum ersten Mal sieht, findet seine Vorstellungen über die Stadt weit übertroffen. Eine reich gestufte und viel gegliederte Berg- und Urwaldlandschaft umgibt kulissenhaft die Stadt. Natürlich waren die beiden Auffahrten auf den Zuckerhut und zum Wahrzeichen der Stadt, dem Corcovado mit der alles überragenden Christus-Statue, die absoluten Höhepunkte einer faszinierenden Reise. In der Metropole fallen aber auch Kontraste auf. Da sind einerseits die berühmte Copacabana, die Strände Ipanema und Lebion und dann Favelas (Armenviertel), ganz typisch für die Ränder großer brasilianischer Städte und scheinbar Heimat so vieler der besten Fußballer der Welt; deren in Gips gegossene Fußabdrücke im Museum des Maracana-Stadions verewigt wurden. Der Besuch dieses Stadions (80 000 Fassungsvermögen) war für alle Fußballfreunde von großem Interesse, zumal 2014 bei der Fußballweltmeisterschaft in Brasilien hier das Endspiel ausgetragen wird.

Edmund Ferner

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.de.

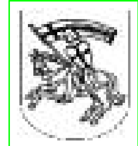
Das **Kirchspiel Kleinlautersee** traf sich auch in diesem Jahr vom 25. März bis 1. April im Morada Resort in Kühlungsborn an der Ostsee. Die Anreise erfolgte bei Sonnenschein. Die Sonne blieb uns auch in den nächsten Tagen treu. Die Temperatur stieg bis auf 17 Grad Celsius an. Wir genossen das schöne Wetter mit Promenieren auf der 3,2 Kilometer langen Promenade vom Jachthafen bis nach Kühlungsborn West, mit Unterbrechung im Konzertgarten zum Sonnen. Wir lernten aber auch die andere Seite des Wetters kennen, am Freitag mit starkem Wind, hohen Wellen und Schaumkronen, aber ohne Regen. Wir ließen uns ordentlich von Wind durchpusten und beobachteten dabei die Brandung. Am Montag machten wir wieder die traditionelle Wanderung entlang der Ostsee nach Heiligendamm. Dienstag fand die Stadtrundfahrt mit dem Morada Express statt, hier erfuhren wir die Geschichte und die neuesten Ereignisse von Kühlungsborn. Am Mittwoch besuchten wir das urige Warnemünde, mit anschließender Hafenrundfahrt im Rostocker Hafen, Dienstag- und Donnerstagabend entführte uns Lothar Kapteinat in unsere Ostpreußische Heimat mit Videofilmen, die er von unseren Ostpreußenfahrten 1997 und 1998 aufgenommen hatte. Sie waren gefüllt mit vielen Sehenswürdigkeiten wie schöne Landschaften, Kultur, Museen, Schlösser, Burgen, Kirchen, eine Festung, Städte, Schiffsfahrt und mehr. Er projizierte die Filme auf eine große Leinwand, dadurch hatten wir das Gefühl, wir erleben die Fahrten noch einmal. Nur schade, dass viele Landsleute von damals nicht mehr unter uns weilen. Am Freitagnachmittag trafen wir uns im 6. Stock in der Mermaidbar. Das Hotel hatte uns zu einem Kaffeegedeck eingeladen, bestehend aus einem Stück Torte nach Wahl und einem Kännchen Kaffee. Wir genossen die Gemütlichkeit und die herrliche Aussicht nach Heiligendamm bis Warnmünde und weit über die Ostsee. An den übrigen Abenden konnten wir die Veranstaltungen des Hotels besuchen. Es waren wieder schöne Stunden, die wir miteinander verbringen durften. Das schöne Wetter und die Videobesuche in der Heimat trugen dazu bei. Alle freuen sich auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Bei folgenden **Reisen nach Ostpreußen und in den Kreis Ebenrode/Stallupönen** sind noch Plätze frei: 9. bis 17. Mai mit Rita Heinacher, Schiffs- und Busreise ab Wuppertal über Hannover und Hamburg nach Kiel, mit dem Schiff nach Memel, dann über die Kurische Nehrung, Rauschen und Königsberg nach Ebenrode, Eydtkau und Trakehnen, zurück über Frauenburg, Oberlandkanal, Marienburg, Danzig, nach Gdingen, von dort per Schiff nach Rostock und per Bus zu den Abfahrtsorten. – 5. bis 14. Juni, Reise der Kreisgemeinschaft (Leitung Helmut Perrey) zum Gründungsfest 280 Jahre Trakehnen. Schiffs- und Busreise von Wuppertal über Bielefeld, Hannover, Hamburg nach Kiel, per Schiff nach Memel, mit dem Bus über die Kurische Nehrung, Heidekrug, Kaunas, Eydtkau, Trakehnen, Wystiter See, Rominter Heide, Gumbinnen, Königsberg, Danzig, nach Gdingen, Per Schiff nach Rostock und von dort per Bus zu den Ausgangsorten. Bei allen Reisen sind auch Gäste aus den Nachbarkreisen oder erstmalige Besucher Ostpreußens willkommen. – Zur Festveranstaltung zum Tag der Heimat im Internationalen Congresszentrum Berlin am Sonntag, 9. September von 12-14 Uhr, lädt der Bund der Vertriebenen alle Landsleute ein. Einlasskarten können bis 1. Juli über die Kreisgeschäftsstelle bestellt werden.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi und Fr., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

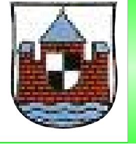
Das Samlandmuseum und die Geschäftsstelle sind wegen Urlaubs vom 2. bis einschließlich 8. Mai geschlossen. Ab 9. Mai freuen wir uns wieder auf Ihren Besuch. Öffnungszeiten: Di., Mi. und Fr. von 9 bis 12 Uhr sowie am Donnerstag von 14 bis 17 Uhr. Hier noch ein kleiner Hinweis für unsere Samländer: Auch während der Schließung der Räume unseres Museums und der Geschäftsstelle wegen Urlaubs stehen wir Ihnen in der Zeit vom 2. bis 8. Mai 2012 für Fragen aller Art telefonisch weiterhin unter der Rufnummer 04101 – 22 037 zur Verfügung.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Wahl des Kreistages im Jahr 2013. Im Jahr 2013 findet turnusmäßig die nächste Wahl des Kreistages (Mitglieder-Vertreter-Versammlung) der Kreisgemeinschaft Lyck statt. Nach Änderung der Satzung werden insgesamt 15 Mitglieder des Kreistages, ohne Rücksicht auf ihren Heimatort, gewählt. Gewählt sind die Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl. Gemäß § 2 Abs. 4 der Wahlordnung, veröffentlicht im Hagen-Lycker Brief 2011, hat der Kreisausschuss am 27. Januar 2012 folgenden Wahlvorschlag beschlossen: 1. Antonatus Renate, Petersgrund, geb. am 12. November 1937, Bleicher Gang 1, 23843 Bad Oldesloe, 2. Behrendt Klaus, Lyck, geb. am 30. Juni 1938, Heideweg 7a, 85598 Baldham, 3. Bellmann Armin, Frauenfließ, geb. am 19. April 1940, Gartenstr. 7, 56584 Thalhausen, 4. Broschat Dieter, Lyck, geb. am 24. April 1939, Friedrichstraße 14, 24594 Hohenwestedt, 5. Czerwinski Siegmar, Andreken, geb. am 24. April 1939, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim, 6. Czudnochowski Dieter, Morgengrund, geb. am 4. August 1947, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, 7. Donder Günter, Stettenbach, geb. am 9. August 1929, Halfengasse 23, 50735 Köln, 8. Donder Reinhard, Kalkofen, geb. am 25. März 1941, Seebergen 2, 22952 Lütjensee, 9. Faesel Uwe, Gingen, geb. am 19. Juli 1966, Ulzburger Landstraße 393b, 25451 Quickborn, 10. Kolschewski Otto, Waldwerder, geb. am 28. August 1937, Brassertweg 16, 41334 Nettetal, 11. Kondoch Dr. Hartmut, Grabnick, geb. am 8. Mai 1928, Loreleistraße 101, 65929 Frankfurt, 12. Küchler Inge, Seebrükken, geb. am 29. Januar 1936, Mühlenweg 7, 53578 Windhagen, 13. Kühn Horst, Lyck geb. am 5. Juli 1933, Dietrich-Bonhoefer-Straße 12, 17192 Waren, 14. Laskowski Eva, Kelchendorf, geb. am 7. Februar 1934, Tente 35, 42929 Wermelskirchen, 15. Mader Heidi, Stradaunen, geb. am 16. Februar 1964, Kleinmoorer Dorfstraße 13, 28865 Lilienthal, 16. Murza Karlfried, Kalgendorf, geb. am 21. März 1936, Hermann-Lönsweg 20, 58769 Nachrodt, 17. Norra Wilhelm, Sareiken, geb. am 1. April 1938, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen, 18. Salamon Eckehard, Gollen, geb. am 22. August 1941, Im Weidfeld 1, 42929 Wermelskirchen, 19. Skrotzki Peter, Petersgrund, geb. am 17. Oktober 1946, Schellingstraße 22, 80799 München, 20. Vogel Dieter, Lindenfließ, geb. am 2. August 1957, Hauenriede 101, 29525 Uelzen, 21. Vogel Günther, Lindenfließ, geb. am 30. Mai 1945, Krönerweg 7, 29525 Uelzen, 22. Vogel Hans, Lindenfließ, geb. am 2. August 1957, Am Hasenberge 10, 22335 Hamburg, 23. Walter Klaus, Scharfenrade, geb. am 27. Juni 1951, Altnauer Straße 57, 03205 Calau, 24. Wiesensee Bärbel, Mostolten, geb. am 10. September 1946, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, 25. Zimmermann Margarethe, Zielhausen, geb. am 20. August 1939, Friedenstraße 1, 66879 Kottweiler-Schwanden. Nach § 2 Abs. 5 der Wahlordnung werden die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Lyck, das sind die Bezieher des Hagen-Lycker Briefes, aufgefordert, bis zum 30. September 2012 weitere Wahlvorschläge beim Kreisvertreter Gerd Bandilla, St.-Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt, einzureichen. Gemäß § 2 Abs. 7 der Wahlordnung muss der Wahlvorschlag den Familiennamen (und ggf. abweichende Geburtsnamen) – Vornamen – Heimatort und Geburtsdatum und die jetzige (zustellungsfähige) Anschrift (möglichst in Blockschrift) des vorschlagenden Wahlberechtigten und des vorgeschlagenen Kandidaten enthalten.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Tilsitertreffen – Am Sonnabend, 28. April veranstalten die Tilsiter mit ihren Nachbarn aus den Kreisen Tilsit-Ragnit und Elchniederung in Halle/Saale ein gemeinsames Heimattreffen. Veranstaltungsort ist das Kultur- und Kongresszentrum in der Franckestraße 1, unweit vom Bahnhof und mit eigenem Parkhaus, Einlass ist ab 9 Uhr, Ende 17 Uhr. Ein interessantes Programm erwartet die Teilnehmer. Nach den Grußworten der drei Kreisvertreter gibt es Kurzvorträge über die Rückkehr des Tilsiter Käses an die Memel, über die Einweihung des Herzog-Albrecht-Denksteins und über den Besuch von Armin Mueller-Stahl in seiner Heimat. Der Ostpreußenchor Magdeburg wird mit Heimatliedern und Rezitationen in ostpreußischer Mundart die Anwesenden erfreuen. Auch das bekannte A-cappella-Ensemble Cantabile aus Tilsit wird zugegen sein. Natürlich bleibt auch ausreichend Zeit zum gemütlichen Beieinander. Die Tische sind nach Heimatkreisen, Kirchspielen und Schulgemeinschaften ausgeschildert. Der Eintritt ist frei.

Höchste Zeit

Buch hält Wissen über Liegnitzer fest

Man kann sich des Eindrucks oft nicht erwehren, dass einige Abschnitte der jüngeren deutschen Geschichte von offiziellen Vertretern dieses Landes eher stiefmütterlich behandelt werden; eine „moralisierende Geschichtsbetrachtung“ wäre der passende Ausdruck dafür. Das ist relativ bequem: Konkretes Faktenwissen ist nicht nötig, man kippt einfach die Soße der moralischen Entrüstung über die jeweilige Zeit und ist auf jeden Fall im politisch korrekten Bereich. Nur leider hat das oft mit den tatsächlichen Geschehnissen nicht allzu viel zu tun. Die Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Gebieten jenseits von Oder und Neiße am Ende des Zweiten Weltkrieges und kurz danach gehört in diese Kategorie. Nach dem Motto „Selber schuld!“ lässt sich die Befreiung der dort wohnenden Bevölkerung von ihrem Eigentum und ihrer Heimat darstellen; nur ja nicht in die „Opferrolle“ kommen. Die englische Schriftstellerin Kate Mosse meinte vor einigen Jahren: „Wir wissen aus der Geschichte, dass die Wahrheit immer das Opfer von Eroberung und Krieg ist; diejenigen, die besiegt werden, verlieren die Fähigkeit, ihre eigene Geschichte zu erzählen.“ Recht hat sie, und das trifft auf alle Seiten zu. Allerdings legen wir gern noch eins drauf, denn „Der Hang zur Selbstkritik, der oft bis zum Selbstekel, zur Selbstverfluchung ging, ist kerndeutsch“, wie schon Thomas Mann wusste.

> Zeitzeugen konnten ihre Erinnerungen oft nicht weitergeben

Gemäß Leopold von Ranke hat der Historiker die Aufgabe, möglichst objektiv zu zeigen, „wie es eigentlich gewesen ist“. Das ist gar nicht so einfach und erfordert vor allem viel Fleiß, denn Quellenstudium ist immer mühsam.

Freiherr von Zedlitz hat sich dieser Mühsal unterzogen und das ist gut so: In zwanzig Jahren ist die Erlebnisgeneration des Krieges fast verschwunden, dann kann niemand mehr unmittelbare Eindrükke erzählen – und die das jetzt noch können, waren damals Kinder; deren Eltern haben meistens ihre Erfahrungen und Erlebnisse mit ins Grab genommen. Es war also höchste Zeit, schriftliche Berichte zusammenzutragen, um diese schweren drei Jahre 1944 bis 1946 in ihrer Dramatik für die Liegnitzer Deutschen vor dem Vergessen zu bewahren.

Das Buch ist alphabetisch nach den Gemeinden des Landkreises Liegnitz gegliedert. Natürlich ist nicht jedes Dorf dabei. Nur von etwa einem Viertel war es möglich gewesen, schriftliche Zeugnisse zu bekommen. Und natürlich hat jede Ortschaft und jede Familie ihre ganz spezielle Geschichte und selbst die kann unterschiedlich erzählt werden. Doch was hier niedergeschrieben ist, berührt schon aus dem Grunde, weil das Erlebte unmittelbar und unverändert zu uns spricht - in die Texte sind kaum Korrekturen eingeflossen. So erfahren wir aus den Worten der Betroffenen das Schicksal Ihrer Familien von Leid, Tod und auch Neuanfang. Alles Dinge, die heute in den Nachrichten über Krisenherde in dieser Welt fast jede Woche vorkommen. Aber hier erschüttern die Masse und die Dimension des Geschehens. In diesem Sinne ist das Buch auch eine Mahnung zum Nachdenken über die Folgen der „Großen Politik“, deren praktische Umsetzung durch Menschen und deren Auswirkungen auf das Leben von Menschen. Ein zeitgemäßes Thema also.

Ernst-Günter Lattka

Liegnitz und sein Landkreis 1944, 1945 und 1946. Zeitzeugenberichte. Hrsg. v. Sigismund Freiherr von Zedlitz. (Beiträge zur Liegnitzer Geschichte der Historischen Gesellschaft Liegnitz e.V. 41. Band), Henske-Neumann Verlag. Hofheim/Taunus 2011. ISBN 978-3-9813078-2-5. 231 Seiten. 35 Euro.

Geschichte des Ordens im Kurzfilm

Kulturzentrum Ostpreußen beherbergt neue Exponate – Modernisierung in Planung



Innovation im Museum: Direktor Wolfgang Freyberg erläutert Gästen die Mediathek Bild: mef

Ein neues Ausstellungsstück bereichert die Sammlungen des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen. Mit einer modernen Medienstation wird den Besuchern die Geschichte des Deutschen Ordens in Kurzform erläutert. 2012 sind Modernisierungen der Museumsräume geplant.

„Von Jerusalem bis Königsberg – Der Deutsche Orden und Ostpreußen“ heißt der nur wenige Minuten lange Film, der in der neuen Medienstation im Kulturzentrum Ostpreußen im Ellinger Deutschordensschloss die Geschichte des Ordens zeigt. Dieser beginnt bei der Gründung aus einer Spitalgemeinschaft während des Dritten Kreuzzuges in das Heilige Land um 1198 bei Akkon. Die Ordensritter widmeten sich dort karitativen Aufgaben. Der Bericht erläutert die Aufgabe der Stützpunkte im Heiligen Land, die folgende Konzentration im Baltikum mit der dortigen Christianisierung und der Gründung des Deutschordensstaates bis hin zur Umwandlung in ein weltliches Fürstentum im Zuge der Reformation. Heute, 800 Jahre nach der Gründung, kümmern sich seine rund 1000 Mitglieder wieder der barmherzigen und wohltätigen Hilfe am Mitmenschen.

Neu in der Sammlung des Kulturzentrums ist auch eine Bronzeplastik von Käthe Kollwitz, die der 1906 in Mannheim geborene und 1969 in Hamburg verstorbene Bildhauer Gustav Seitz geschaffen hat. Seitz war Mitglied der 1947 gegründeten fränkischen Künstlergruppe „Der Kreis“ und hat seine Werke auf der „documenta“ ausgestellt. Die neu mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen erworbene Bronzeplastik entwarf Seitz 1957/58 und ließ sie nur in zehn Exemplaren gießen. Sie ist eine verkleinerte Ausgabe des im Herbst 1960 in Berlin-Prenzlauer Berg auf dem Kollwitzplatz aufgestellten Denkmals.

Bei der Vorstellung der Medienstation und der neuen Bronzeplastik erläuterte Museumsdirektor Wolfgang Freyberg dem anwesenden Ellinger Bürgermeister Walter Hasl sowie den weiteren Besuchern Umbaupläne innerhalb der Schauräume des Schlosses. So soll der 280. Jahrestag des Zuges der Salzburger Exulanten auf ihrem Weg durch die Region zum Anlass genommen werden, den diesen Themenkomplex betreffenden Raum zu modernisieren. „Während sie in Weißenburg gut bewirtet und in Ellingen in Ruhe gelassen wurden, bewarf man sie in Pleinfeld mit Kot und Steinen“, so Freyberg über den Durchzug der protestantischen Glaubensflüchtlingen auf ihrem Weg nach Preußen, wo sie Aufnahme fanden.

Zudem soll auch der zweite Ausstellungsraum zum Thema „Bernstein“, in dem wertvolle Schmuckstücke gezeigt werden, gefällig umgestaltet werden. *mef*

Für mehr Toleranz

Schule nach von Sanden benannt

Eigentlich gab es die Idee, die bisherige Haupt- und Realschule von Lemförden, Kreis Diepholz, umzubenannen, schon lange. Doch sollte es einige Jahre dauern, bis endlich der Beschluss, der Bildungseinrichtung einen neuen Namen zu geben, umgesetzt wurde. Klar war den Lemfördern eines: Es sollte jemand sein, der sich um den Ort verdient gemacht hat. Eltern, Schüler und Lehrer überlegten gemeinsam. Es kamen reichlich Vorschläge, vom ersten Arzt bis zur ersten Lehrerin der Schule war alles vertreten. Doch dann fiel die Entscheidung auf von Sanden-Guja. Adelheid Hollberg, die den Nachlass verwaltet, gab ihr Einverständnis, so dass dem Vorhaben nichts mehr im Wege stand.

Edith und Walter von Sanden hatten nach der Flucht in Hüde am Dümmer eine Zuflucht gefunden. Walter von Sanden-Guja (1888–1972) war schon in seiner Heimat Ostpreußen als Naturforscher, Ornithologe, Fotograf und Schriftsteller tätig gewesen. Edith (1894–1979), gebürtig aus der Neumark, sollte als Bildhauerin und Malerin berühmt werden. Sie folgte ihrem Mann nach der Hochzeit nach Ostpreußen. Erst 1947 ließ das Paar sich endgültig in Hüde nieder.

Walter von Sanden, der 1958 den Kulturpreis für Literatur der Landsmannschaft Ostpreußen erhalten hatte, fühlte sich am Dümmer See an seine Heimat erinnert. Er engagierte sich für den Naturschutz und warnte eindringlich davor, den See durch Deiche und Einleitungen von Abwässern zu belasten. Er schrieb naturkundliche Bücher, zu denen seine Frau Edith die Illustrationen lieferte. Edith von Sanden deckte den künstlerischen Bereich ab. Sie schuf Tierplastiken, von denen besonders „Otter Ingo" bekannt wurde. Diese Dualität, aber auch die Tatsache, dass es sich um eine Flüchtlingsfamilie handelte, hat zur Entscheidung beigetragen, der Schule den Namen „Von-Sanden-Oberschule Lemförde" zu geben: Die Schule konzentriert sich ebenfalls auf den Naturbereich. Schulleiter Marc Greve will diese Profile schärfen und das Schulleben im Sinne der beiden Namensgeber vorantreiben.

Die Schule hat den Schwerpunkt Naturwissenschaften

Eines hat die Entscheidung für von Sanden auch gezeigt: Dass Schule, Eltern und Schüler sich ganz bewusst für den Namen einer Flüchtlingsfamilie entschieden haben, zeugt von einem neutraleren Umgang mit dem Thema und gibt Anlass zur Hoffnung, auch andernorts, wenn es um Agnes Miegel geht, die Verdienste des Menschen zu sehen. Dass der Vergleich Flüchtlinge von 1948 – Migranten von heute, den Schulleiter Greve als Ermutigung zu mehr Toleranz heranzieht, hinkt, steht auf einem anderen Blatt. *M. Rosenthal-Kappi*



Skulptur im Garten des Ehepaars von Sanden, die Berühmtheit erlangte: „Otter Ingo"

Foto: Archiv

Traumbilder aus Schlesien

Grünberger Künstler Christian Mischke hat sich etabliert – Ausstellungen weltweit

Der 1944 in Grünberg / Schlesien geborene Christian Mischke ist einer der bedeutenden Graphiker der Gegenwart. Er hat die Akademie der bildenden Künste in München besucht und als Stipendiat des Deutschen Akademischen Auslandsdienstes (DAAD) in Wien studiert. Seit 1973 ist Mischke als freischaffender Künstler in München tätig, lehrte außerdem an der Heluan Universität in Kairo und an der Fachhochschule in Würzburg.

Radierungen von Christian Mischke befinden sich in öffentlichem Besitz und werden unter anderem in der Staatsbibliothek und den Städtischen Museen in Bamberg, in der staatlichen Hamburger Kunsthalle, im Wallraf-Richartz-Museum in Köln sowie im Gutenberg-Museum in Mainz aufbewahrt. Auch im Muzeum Struki w Lodz, im Museum of Modern Art in New York oder in der Bibliothèque Nationale in Paris sind Arbeiten von Mischke untergebracht. Der Künstler hat sich nicht zuletzt beginnend mit dem Jahr 1969 bis heute durch die Präsenz in vielen Einzel- und Gruppenausstellungen im In- und Ausland etabliert.

Vernissage: Einblick in die Werkstatt

Im Jahr 2011 waren Mischke-Ausstellungen im Breslauer Rathaus und im Museum des Lebuser Landes (Muzeum Ziemi Lubuskiej w Zielonej Górze) Grünberg in Schlesien zu sehen. Seit April dieses Jahres haben Besucher von Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrott die Möglichkeit, eine Retrospektive aus allen Schaffensperioden des Künstlers zu besichtigen. Die Sonderausstellung „Mit Nadel und Säure" bietet nicht nur einen Überblick der schwarzweißen und zum Teil farbigen Radierungen, sondern vermittelt auch Details zur Technik des Radierens.



Beispiel einer Mischke-Graphik: „Riesengebirge"

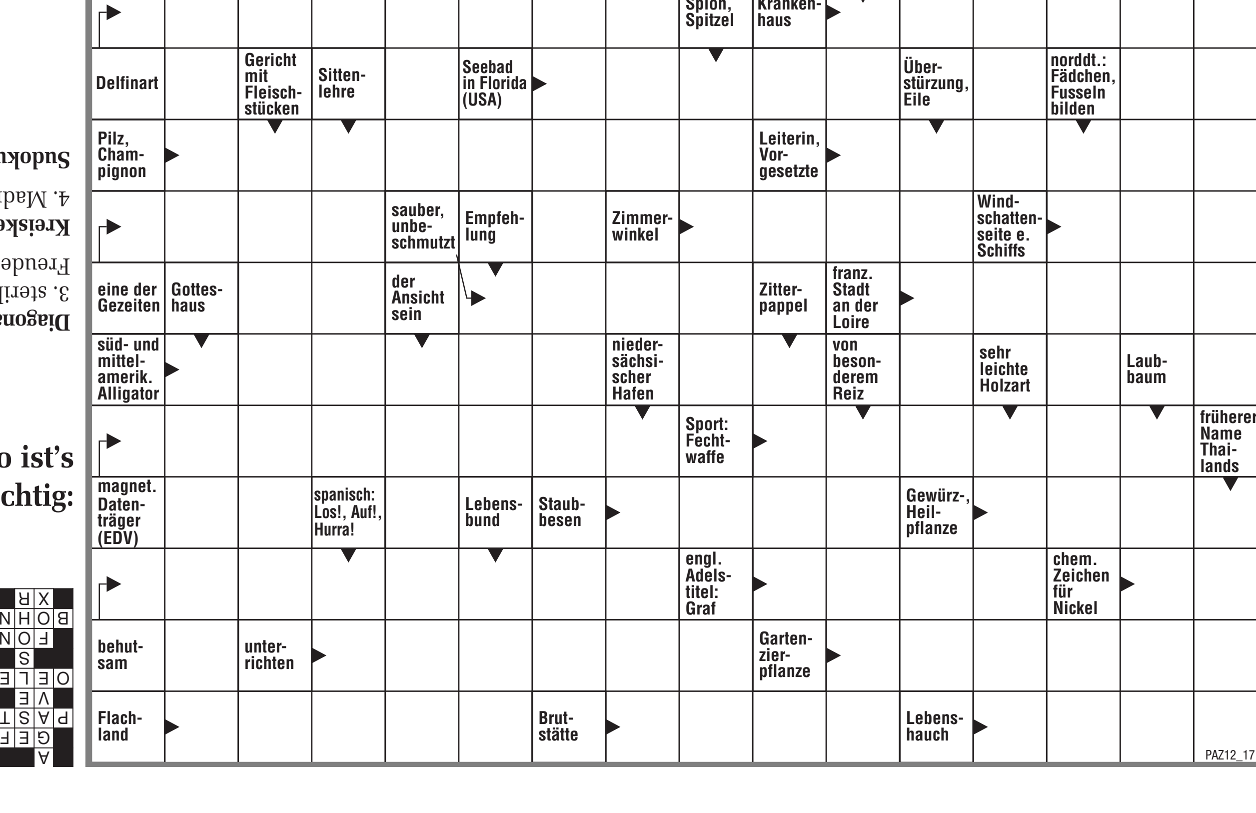
Bild: Dieter Göllner

Wer bei der Vernissage dabei war, konnte sich durch den interessanten Vortrag des Künstlers in eine graphische Werkstatt hineinversetzt fühlen. Eine Vitrine im Ausstellungsraum zeigt Material und Werkzeug, das Mischke dazu dient, mit Nadel und Säure ausdrucksstarke Radierungen zu schaffen. Dr. Rüdiger an der Heide führte mit Erläuterungen zu den einzelnen Kunstwerken in die Schau ein. Aus der Fülle der Arbeiten haben die Ausstellungsveranstalter einen repräsentativen Querschnitt ausgewählt. Es wurde dabei insbesondere darauf geachtet, dass der Betrachter anhand von einigen Beispielen aus den verschiedenen thematisch gegliederten Serien möglichst viele Facetten des Künstlers kennenlernt.

„Man verirrt sich nie so leicht …", „Das, wodurch alle Wesen …" oder „Ich schreibe die Zeit" und „Riesengebirge" sind nur einige der Radierungen, die Eindrücke aus einer phantastischen Traumwelt wiedergeben. Viel Liebe fürs Detail und Assoziationen zu einer mystischen Welt sind in den meisten Radierungen zu entdecken. So auch in den „Spielkarten" oder im „Gingko-Blatt".

Christian Mischke erfreut sich inzwischen auch durch die Illustrierung von literarischen Texten großer Bekanntheit. Originalradierungen gibt es unter anderem zu Veröffentlichungen von Rainer Maria Rilke, Thomas Mann und Joseph von Eichendorff. Die ersten Kontakte des Teams von Haus Schlesien zu Mischke haben übrigens bereits im Jahre 2007 stattgefunden, als Mischke Arbeiten für eine Eichendorff-Ausstellung zur Verfügung stellte. Herausragende Werke aus dieser Serie sind Blätter wie „Dichter und ihre Gesellen" und „Epilog zu Eichendorff" *Dieter Göllner*

Die Sonderausstellung im Eichendorffsaal von Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrott ist bis zum 31. August zu besichtigen. Zu beachten ist, dass der Saal teilweise aufgrund von geschlossenen Veranstaltungen nicht zugänglich ist. Daher ist vor einem Besuch ein Telefonanruf unter (02244) 886-0 empfehlenswert.



So ist's richtig:

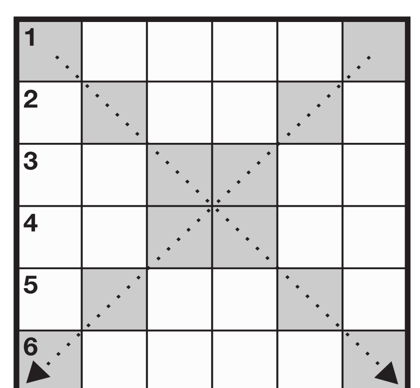
Diagonalrätsel: 1. Fiesta, 2. Freier, 3. steril, 4. August, 5. Gerade, 6. Rivale – Freude, Aerger

Kreiskette: 1. Limone, 2. Ziller, 3. Razzia, 4. Madras, 5. Ampere – Milliardaer

Sudoku:

5	2	7	3	9	4	1	8	6
4	1	8	7	6	2	5	9	3
3	9	6	1	8	5	2	4	7
9	8	3	5	1	6	7	2	4
1	4	2	8	7	3	6	5	9
7	6	5	2	4	9	3	1	8
2	5	9	6	3	8	4	7	1
6	7	4	9	5	1	8	3	2
8	3	1	4	2	7	9	6	5

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

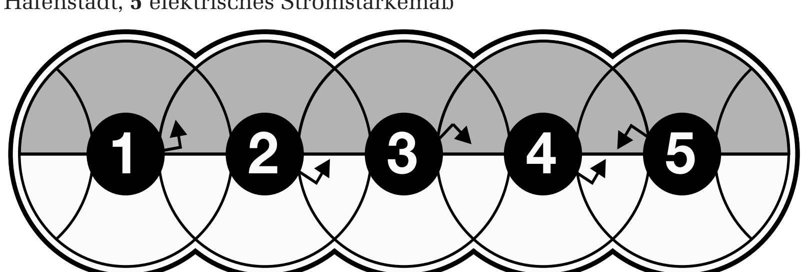
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Gemütsbewegungen.

1 spanisches Volksfest
2 Brautwerber
3 keimfrei
4 Monatsname
5 geometrische Linie
6 Nebenbuhler

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen sehr reichen Mann.

1 Zitrusfrucht, **2** Innzufluss in Tirol, **3** polizeiliche Großaktion, **4** indische Hafenstadt, **5** elektrisches Stromstärkemaß



Erste Anlaufstelle im Vogtland

Hof widmet dem Thema »Flucht und Vertreibung« in einem eigens geschaffenen Museumsanbau eine Ausstellung

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Hof zur ersten Anlaufstation für unzählige Menschen, die im Zuge von Flucht, Vertreibung oder Zwangsumsiedlung ihre Heimat in den deutschen Ostgebieten verloren hatten. Die Hofer Bevölkerung wuchs durch den dauerhaften Zuzug von etwa 15 000 Heimatvertriebenen um nahezu ein Viertel. Durch ihre mitgebrachten heimatlichen Traditionen wie auch ihre individuellen Fähigkeiten prägten diese die Entwicklung der Stadt in der Nachkriegszeit entscheidend mit.

Im öffentlichen Bewusstsein war dieser für Hof so bedeutende Aspekt der Zeitgeschichte inzwischen jedoch nur noch wenig präsent. Das städtische Museum Bayerisches Vogtland widmet sich deshalb dem Thema „Flüchtlinge und Vertriebene in Hof“ im Rahmen einer wissenschaftlich fundierten und zeitgemäß gestalteten neuen Abteilung seiner Dauerausstellung. Auf drei Ebenen eines in den letzten zwei Jahren aufwendig sanierten Museumsanbaus werden mehr als 400 für das Thema einschlägige Exponate von einmaligem historischen Wert präsentiert. Im Zuge der baulichen Maßnahmen erhielt das Museum außerdem einen neuen, modern ausgestatteten Eingangsbereich mit Café und Museumsshop.

Kuratorin Stefanie Menke konzipierte in Hof eine besondere Ausstellung: Sie zeigt anhand persönlicher Gegenstände das Schicksal der Menschen, die in Hof gelandet sind, und stellt damit exemplarisch die Geschichte von insgesamt 14 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen sowie ihre Integration in Westdeutschland dar. Die Museumserweiterung kostete gut 2,5 Millionen Euro. Sie wurde vom Freistaat sowie aus EU-Mitteln kofinanziert. Förderer sind zudem die Hermann und Bertl Müller-Stiftung, die Oberfrankenstiftung, der Kulturfonds Bayern und die Landesstelle für nichtstaatliche Museen.

Die Ausstellung stellt exemplarisch am Beispiel der Hofer Region die Geschichte der Ankunft und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland dar. Sie informiert allgemein verständlich über die Ursachen und Abläufe von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung. Der Stellenwert der Ereignisse innerhalb des kulturellen Gedächtnisses der Bundesrepublik wird gezeigt. Die bayernweit einzigartige und weit über die Region hinaus bedeutende Ausstellung zeichnet sich durch eine Herangehensweise aus, die verschiedene Blickwinkel bietet. Auf eine gründliche Ausleuchtung des noch immer kontroversen Themas in seinen unterschiedlichen Facetten wird besonderer Wert gelegt. An zahlreichen Multimedia-Stationen mit Bild- und Tondokumenten werden die Besucherinnen und Besucher selbst tätig und können sich aktiv mit den Inhalten der Ausstellung auseinandersetzen.



Spärlicher Alltag für heimatlos Gewordene: Beispiel einer Einraum-Wohnung für Flüchtlinge aus dem Osten in Hof Bild: mef

Von Flucht und Vertreibung infolge des Zweiten Weltkrieges sind bis zu 14 Millionen Deutsche betroffen. Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus dem östlichen Europa gehen mit Willkür und Gewalt einher. Ab Herbst 1945 folgten bis etwa 1950 von staatlicher Seite „geregelte“ Vertreibungen, oft mit vorheriger Internierung in einem Lager.

Die Ausstellung zeigt Gegenstände, die bei der Flucht oder Vertreibung benutzt wurden, seien es Fahrzeuge wie Hand- oder Kinderwagen sowie die hölzernen Transportkisten für die wenigen persönlichen Habseligkeiten, die mitgenommen werden durften.

Dazu wird beschrieben, wie Kirchen und Behörden die Flüchtlinge nach der Aufnahme im Lager weiter betreuten, die weitere Verteilung auf umliegende Städte und Landkreise organisierten und das Lager menschenwürdig herrichteten. Beispielhaft wird hier das Lager Hof-Moschendorf, das größte der sechs bayerischen Grenzdurchgangslager, beschrieben. In dem Barackenlager auf dem Gelände der Porzellanfabrik Moschendorf waren während des Zweiten Weltkrieges Zwangsarbeiter untergebracht, ab 1944 war es Außenstelle des Konzentrationslagers Flossenbürg. Nach Kriegsende für die Weiterleitung von Flüchtlingen verwendet, trafen dort ab Ende 1945 ständig Aussiedler und Flüchtlinge aus der Sowjetzone ein. Ein Schulbesuch war im Lager ab 1947 möglich, ebenso wurde eine Lagerkirche gebaut, in der 1948 die ersten Kinder zur Erstkommunion gingen. Ab dieser Zeit erfolgte der dorfähnliche Ausbau. Bis 1950 wurden rund 600 000 Menschen durch das Lager geschleust. Erst 1953 begann die allmähliche Auflösung des Lagers, die 1960 beendet wurde.

> Gezeigt werden Gegenstände, die mit auf die Flucht gingen

Im Museum ist eine 20 Quadratmeter große beispielhafte Einraumwohnung für Flüchtlinge aufgebaut. Dazu wird neben der beginnenden Wohnbebauung die wirtschaftliche Aufbauleistung der Neubürger anhand von Firmenporträts dargestellt. Hier seien beispielhaft die Spirituosenfabrik Richter, verschiedene Porzellan- und Handschuhmanufakturen sowie auch der bekannte Landkartenverlag Fritsch genannt, die sich mit fleißiger Arbeit einen guten Ruf erwerben konnten. „Die Flüchtlinge, die zuerst ein unüberwindliches Hindernis auf dem Weg der Bundesrepublik zu sein schienen, waren zugleich eine große Belastung und eine wunderbare Entwicklungskraft für die deutsche Wirtschaft“, schrieb Alfred Grosser, der deutsch-französische Publizist und Politikwissenschaftler rückblickend im Jahre 1970.

Weitere Themen sind der Lastenausgleich, die Währungsreform, die Patenschaften für die zugezogenen Volksgruppen. Heimatblätter der Volksgruppen, Trachten, auch Gläser mit Heimaterde, historische Druckwerke und Bücher der Neuzeit über die Heimat, Erinnerungsbriefmarken, historische Plakate über geschichtliche interessante Filme wie „Nacht fiel über Gotenhafen“ oder „Ännchen von Tharau“ sowie einzelne Erinnerungsstücke wie ein Kleiderbügel aus Mohrungen, Kinokarten aus Marienburg und eine Bierflasche der Brauerei Bütow runden die Ausstellung ab. *M. E. Fritsche*

Die Ausstellung ist dienstags bis sonntags von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Museum Bayerisches Vogtland, Sigmundsgraben 6, 95028 Hof, Telefon (09281) 815 2700. Eintritt 2,50 Euro.

Ostpreußisches Landesmuseum im Mai

Dienstag, 8. Mai, 14:30 Uhr: **Frühling in Ostpreußen.** An Beispielen zeigt Christoph Hinkelmann, was der Frühlingsbeginn in Ostpreußen in der Natur bewirkte und wie die Menschen sich darauf eingestellt hatten. Brauchtum, Sinnsprüche und Lieder waren denen anderer niederdeutscher Gebiete ähnlich und dennoch in Ostpreußen ganz eigen ausgeprägt. Es wird deutlich, wie sehr die Menschen damals noch mit dem Rhythmus der Natur lebten. Eintritt: 5 Euro (inkl. Kaffee + Gebäck).

Sonntag, 20. Mai, 11 bis 18 Uhr: **Internationaler Museumstag. Welt im Wandel – Museen im Wandel.** Im Rahmen des Internationalen Museumstages findet im Ostpreußischen Landesmuseum ein buntes und vielseitiges Programm aus Vorträgen, einer Mal-, Natur- und Entdeckerspielwiese für Kinder sowie einer Künstlerführung statt. Aus Anlass des internationalen Museumstags veranstaltet die russische Künstlerin Elena Steinke zudem eine Spendenaktion für Straßenkinder in Königsberg. Den Abschluss des Museumstages bildet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wert der Kreativität“. Eintritt frei

Dienstag, 22. Mai 2012 14.30 Uhr: **Geniale kleine Welt. Blick in das Schaffen des Malers Horst Skodlerrak (1920–2001).**

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Fax: (04131) 75995-11, Email: presse@ol-lg.de. Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Salzburger Treffen

Sonnabend, 19. bis Sonntag, 27. Mai, Seeboden am Millstettersee: Treffen der Ost-, Westpreußen und Pommern. Auch eine spätere Anreise ist möglich. Quartiere können bei Frau Kuttin in der Seebodentouristik, Hauptplatz 1, A-9871 Seeboden, Telefon (0043) 4762-81210, bestellt werden.

Schatzsuche nach Noten

In den deutschen Vertreibungsgebieten, insbesondere in Ostpreußen, entstand Liedgut von höchster Qualität

„Wenn wir dieses Erbe zu gebrauchen wissen, wird Leben aus der Heimat wieder in uns gegenwärtig sein.“ Dieses Vermächtnis des letzten Organisten am Königsberger Dom, Herbert Wilhelmi, erfährt unverhoffte Aktualität.

67 Jahre nachdem die letzten Töne der alten Orgel in der Hauptstadt Ostpreußens verklungen sind, lässt sich das musikalische Erbe des deutschen Ostens wieder vernehmen. Zum Beispiel am 5. Mai: Da wird im mittelfränkischen Ellingen das 30-jährige Bestehen des Ostpreußischen Kulturzentrums gefeiert. Auf dem Programm steht auch ein Auftritt des Baritons Christoph von Weitzel. Der Opern- und Liedersänger trägt kunstvolle Stücke aus Ostpreußen vor.

Für den Künstler ist das eine wichtige Etappe auf seiner musikalischen Schatzsuche. Schon seit einigen Jahren hat er sich auf traditionelles Liedgut spezialisiert. Seine Liederabende in ganz Deutschland sind gut besucht. Auch international kommen Volkslieder „made in Germany“ immer besser an. So stehen 2013 Konzertreisen nach Südafrika und Neuseeland an, wo nicht nur Einwanderer deutscher Abstimmung sich an „Ännchen von Tharau“ erfreuen.

Ganz bewusst will Christoph von Weitzel keine volkstümliche Musik à la Musikantenstadl darbieten. Diese Richtung hat durchaus ihre Berechtigung und ihr Publikum. Dahinter aber verbirgt sich ein reichhaltiger Schatz, der sich über mehrere Jahrhunderte angesammelt hat: Texte und Melodien auf höchstem künstlerischem Niveau. Viele von ihnen drohen, einem nur noch kommerziell orientierten Musikbetrieb zum Opfer zu fallen und in Vergessenheit zu geraten. Dass an den Schulen der Musikunterricht mehr und mehr zur Randerscheinung degradiert wird, trägt ein Übriges zu dieser Entwicklung bei.

Damit aber will von Weitzel sich nicht abfinden. Und der eigene Erfolg gibt ihm Recht. Lieder mit schönen Melodien und deutschen Texten sind durchaus gefragt. Man muss sie dem Publikum nur richtig präsentieren: nicht als Schnulze, aber auch nicht als musikalisch überfrachtete Mini-Oper mit Groß-Orchestrierung.



Alte Volkslieder vermitteln ein Gefühl davon, wie es in der Heimat war: Bauernhof in Rauschen *Bild: mauritius*

So lässt von Weitzel sich auf seinen Liederabenden nur von Ulrich Pakusch am Klavier begleiten. Auf der Jubiläumsfeier in Ellingen übernimmt diese Rolle Heike Matthiesen mit der klassischen Gitarre. Beide Begleitinstrumentierungen bewirken, dass Text und Melodie der Lieder ganz ins Zentrum gerückt werden. Genau das ist das angestrebte Ziel. Denn die Texte dieser zum Teil jahrhundertealten Lieder haben durchweg hohe literarische Qualität, die es verdient, herausgestellt zu werden.

Schon seit Jahren ist „Ännchen von Tharau“ fester Programmpunkt auf von Weitzels Liederabenden. Es ist das wohl bekannteste Volkslied aus Ostpreußen. In 17 Strophen besingt es das Leben der Tharauer Pfarrerstochter Anna Neander. Der ursprünglich samländische Text von Simon Dach wurde 1778 von Johann Gottfried Herder ins Hochdeutsche übertragen; 1827 entstand die heute noch vorgetragene Melodie von Friedrich Silcher. Viele andere, ebenfalls hochklassige Lieder aber werden heute fast nur noch auf ostpreußischen Heimatabenden gesungen. Und genau hier setzt ein in Gesprächen mit von Weitzel entwickeltes Projekt an. Fast sieben Jahrzehnte nach Flucht und Vertreibung gilt es, auch diesen Teil des kulturellen Erbes des deutschen Ostens zu bewahren und zu dokumentieren. In diesem Falle heißt das: Es müssen nicht nur Texte und Noten archiviert, die Lieder müssen gesungen und auf Tonträgern erhalten werden.

Dieser Aufgabe hat sich Christoph von Weitzel verschrieben und auf musikalische Schatzsuche begeben, im Kontakt mit der Landsmannschaft Ostpreußen und der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*.

Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten, schon die ersten Funde sind höchst ermutigend. Aus dem zuletzt 1994 nachgedruckten Liederbuch des oben zitierten Domorganisten Wilhelmi liegen 100 Texte, Noten und Chorsätze ostpreußischer Volkslieder vor. Hinzu kommen 30 Lieder aus dem 1910 in Königsberg gedruckten Heft „1/2 Schock alte ostpreußische Volkslieder“ von E. T. v. Batocki, wohinter sich höchstwahrscheinlich die Heimatdichterin Emilie Tortilowicz von Olfers-Batocki (1876–1954) verbirgt, die ansonsten mit hoch- und plattdeutschen Gedichten bekannt wurde.

Allein aus diesem Fundus lassen sich, so von Weitzel im Gespräch mit der *PAZ*, ein attraktives Liederabendprogramm sowie eine oder zwei CD's zusammenstellen. Auch sei er sicher, dass schon aufgrund der hohen Qualität dieses Liedgutes sich nicht nur alte Ostpreußen und deren Nachfahren, sondern ein breiteres Publikum dafür begeistern lassen.

An die Landsmannschaften, aber auch an den Bund der Vertriebenen richtet von Weitzel den Appell, das Volkslied stärker als bisher als wichtigen Teil des kulturellen Erbes der deutschen Vertreibungsgebiete zu würdigen und zu erhalten. Daran künstlerisch mitzuwirken, biete er gern an.

Lesern der *PAZ* ist von Weitzel nicht unbekannt. Eine in dieser Zeitung empfohlene CD mit den „schönsten deutschen Weihnachtsliedern“ fand überraschend guten Absatz – und ein äußerst positives Echo, von Lesern, die sich überschwänglich bedankten, etwas anderes als „White Christmas“ zu hören. *H.-J. Mahlitz*

Die schönsten deutschen Volkslieder singt Christoph von Weitzel an folgenden Terminen:

10. Mai in Remscheid
11. Mai in Bad Fallingbostel
3. Juni in Andernach
4. September in Bad Neuenahr
25. September in Wolfsburg

Ferner singt er Franz Schuberts „Winterreise“ am:
14. Juni in Hanau
31. August in Roskilde/Dänemark

Görings Schatz ganz nah?

Auch nach über 65 Jahren gibt es bei Kunstdetektiven und Glücksrittern noch die Hoffnung, auf Teile von Hermann Görings legendärer Sammlung zu stoßen. Dass solche Suche nicht immer ins Leere läuft, erwies sich im Jahr 2007. Nicht in Burggemäuern oder Bergwerksstollen, sondern in einer Züricher Bank wurde eine spektakuläre Entdeckung gemacht: 14 Gemälde im Millionenwert förderte eine von der Züricher Staatsanwaltschaft angeordnete Öffnung eines Banksafes zu Tage. Das bereits im Jahr 1978 angemietete Schließfach enthielt verschollen geglaubte Bilder von Dürer, Renoir, Monet und Kokoschka. Bis zu seinem Tod im



Bruno Lohse (r.) mit Hermann Göring über einem Kunstkatalog in Paris *Bild: Archiv*

Jahr 2007 war das Schließfach durch den Kunsthistoriker Bruno Lohse genutzt worden, der nach 1941 als Kunstagent im Auftrag Görings unterwegs war. Unklar ist, ob es sich bei den Gemälden zum Teil um Stücke aus der Göringschen Sammlung handelt, oder ob – wie die „Süddeutsche Zeitung“ gar vermutete – Görings Chefeinkäufer „in die eigene Tasche gewirtschaftet“ hatte.

Hoffnungen, einen spektakulären Fund zu machen, verbinden sich bereits seit Jahrzehnten mit dem im nördlichen Brandenburg gelegenen Stolpsee: 18 Kisten mit Gold und Platin sollen im Auftrag Görings im März 1945 dort versenkt worden sein. „Stern“-Reporter Gerd Heidemann hatte es mit einer angeblichen Schatzkarte sogar geschafft, im August 1981 eine Suchaktion der Stasi im See auszulösen. Die damalige Suche im 400 Hektar großen See erwies sich allerdings genauso als Flop wie die später von Heidemann präsentierten „Hitler-Tagebücher“.

Trotz des Misserfolgs sind die Gerüchte um einen „Göring-Schatz“ im Stolpsee nie völlig verstummt: Gestützt wird die Vermutung vor allem auf die Aussagen eines Zeugen, der die Versenkung von Kisten im See gesehen haben will. Einen neuen Anlauf unternahmen bereits im vergangenen Jahr englische Geschäftsleute, die im Bundesarchiv auf Unterlagen gestoßen waren, welche die überlieferte Legende scheinbar bestätigen.

Selbst wenn es gelänge, die versenkten Kisten wie geplant mit einem Mini-U-Boot aufzuspüren, könnte noch eine Überraschung drohen. Bereits im Zusammenhang mit der Suche nach „Göring-Gold“ im erzgebirgischen Deutschneudorf hatte der Publizist Karl Esser klargestellt, was von derartigen Suchaktionen zu halten sei: „Humbug“. Esser hat detailliert über den Verbleib des deutschen Goldes geforscht. Mehr als „dass einer mal einen Barren beiseite geschafft“ hat, hält er nach detaillierter Beschäftigung mit dem Thema nicht für möglich. Laut Esser wurden selbst kleinste Mengen des von den Nationalsozialisten erbeuteten Goldes an die Reichsbank weitergeleitet. *Norman Hanert*

Untergang in Sicht

Siegfried Lenz und das Meer

dtv Siegfried Lenz Küste im Fernglas Erzählungen



Im Werk von Siegfried Lenz haben das Wasser und wassernahe Schauplätze eine besondere Bedeutung. Oftmals hat der 1926 im masurischen Lyck geborene und seit Jahrzehnten in Hamburg lebende Schriftsteller Menschen in den Mittelpunkt seiner Erzählungen gestellt, die in den norddeutschen Küstengegenden, am Elbstrom und in den Hafenstädten zu Hause sind. Eine Auswahl von 22 dieser Erzählungen aus den Jahren 1952 bis 1982 ist als dtv-Taschenbuch in einem Sammelband mit dem Titel „Küste im Fernglas“ erneut veröffentlicht worden.

Obwohl Lenz wiederum durchweg seiner üblichen Vorgehensweise folgte, weder gesellschaftliche Trends zu betonen noch politische Debatten einfließen zu lassen (was man ihm vielfach zum Vorwurf gemacht hat), steckt in diesen geradlinig erzählten Geschichten, bei denen zwischen den Zeilen wenig zu erforschen ist, durchaus viel Zeitgebundenes. Seine Protagonisten werden nicht vorgestellt, sondern der Autor folgt ihnen eine Zeitlang als kühler, distanzierter Beobachter und lässt sie in ihrer kargen Sprache zu Wort kommen; manchmal ist er selbst mit von der Partie. Diese Kellner, Fischer, Zöllner, Fahrensleute ebenso wie ihre Töchter und Söhne sind eher unauffällige Menschen, so dass die spätere Entwicklung des Geschehens mitunter umso überraschender ist und teilweise Bestürzung hervorruft. Anfang der 1950er Jahre war Normalität in den bundesdeutschen Alltag eingekehrt; jedermann strebte nach oben. Noch waren die Kriegserinnerungen präsent und beeinflussten das Leben vieler. 1982, 30 Jahre Bunderepublik später, war manches, aber bei weitem nicht alles anders geworden. „Leistungsgesellschaft“ war ein gängiges Schlagwort. Vor diesem Hintergrund werden die sich entfaltenden Ereignisse mitunter verständlicher. Einige der packendsten Erzählungen sind inszeniert wie ein Kammerspiel, unaufhaltsam steuern sie auf das schon vorab gefühlte dramatische Ende zu. In „Der Beweis“ wird ein alter Schiffer gegen Ende seiner Fahrenszeit aufgrund einer plötzlichen Erkenntnis völlig enthemmt. Er lässt seinen Frachtkahn auf einer Sandbank zerschellen und riskiert damit das Leben seines Leichtmatrosen und sein eigenes. Überhaupt zeichnet sich eine Reihe der Protagonisten durch ein ziemlich unsympathisches Naturell aus.

Alte Erzählungen in neuem Sammelband

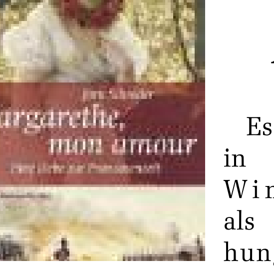
Einige Erzählungen sind andersartig strukturiert, so eine der bekanntesten von Lenz überhaupt: „Einstein überquert die Elbe bei Hamburg“ ist eine in drei endlosen Sätzen wiedergegebene Momentaufnahme auf einer Hamburger Hafenfähre. Inwiefern diese Erzählungen über sich selbst hinausweisen, darüber mögen andere urteilen. Also geben wir uns zufrieden und widmen uns mit Behagen der, wie Verleger Helmut Frielinghaus es so treffend formuliert hat, „eindringlichen, bedächtigen und zugleich mitreißenden Erzählweise“ von Siegfried Lenz.

Dagmar Jestrzemski

Siegfried Lenz: „Küste im Fernglas“, *dtv, München 2012, broschiert, 319 Seiten, 9,90 Euro*

Geliebter Feind

Autor recherchierte über seine Großmutter und stieß auf Leichenberge



Es war in dem Winter, als 5300 hungrige Pferde in den Kirchen der zur Festung gewordenen Stadt untergestellt waren und die Soldaten der fremden Armee den Bewohner selbst ihr letztes Stück Brot raubten. Ruhr und Fleckentyphus machten hingegen keinen Unterschied zwischen ihren Opfern, die fremden Soldaten wie die Einheimischen erkrankten und starben auch häufig, da sie wegen der Mangelernährung kaum Abwehrkräfte hatten. Es herrschte Versammlungsverbot und jedem, der versuchte, Briefe oder Nachrichten aus der Stadt zu schmuggeln, drohte die Todesstrafe. Als um Weihnachten herum die Versorgungslage immer schlechter wurde, musste jeder, der von den Einwohnern keine Nahrungsmittel für die nächsten sechs Monate vorweisen konnte, die Stadt verlassen. Und so wurden rund 15000 Städter – es waren die Ärmsten der Armen – mitten im eisigen Winter aus ihren Wohnungen vertrieben. Die meisten von ihnen erfroren oder verhungerten. Aber auch, wer in der Stadt blieb, drohte in einem Massengrab zu enden. Einige Gebäude wurden zudem bis auf die Grundmauern abgebrannt, damit die in der Stadt eingeschlossenen Soldaten ein besseres Schussfeld hatten. Dafür wurden selbst Kranke aus dem Hospital vertrieben. Die „Narren“ des Pesthofes, 82 Männer und Frauen, wurden in eine Scheune getrieben, die von den Infanteristen des 3. Linien-Regiments angezündet wurde.

Soldaten sperrten Geisteskranke in brennende Scheune

Diese furchtbare Episode in der Geschichte der Stadt Hamburg jährt sich im kommenden Winter zum 200. Mal. Interessanterweise plant jedoch das Museum für Hamburgische Geschichte keine Sonderausstellung zum Jahrestag der Besetzung der Stadt durch die Truppen der napoleonischen Armee 1812/1813. Umso mehr ist dem Autor Jörn Schröder zu danken, der sich in seinem neuesten Roman „Margarethe, mon amour. Eine Liebe zur Franzosenzeit“ dieses Themas angenommen hat. Schröder, der Publizistik, Geschichte und Kunstgeschichte studiert hat, war lange als Produzent und Autor für Film, Fernsehen und Theater tätig. Inzwischen arbeitet er als freier Autor.

Bei der Themenfindung half ihm seine Familiengeschichte. So behauptete seine Mutter immer, sie habe ihre braunen Augen von einem französischen Vorfahren. Und tatsächlich, ein Blick in Kirchenbücher zeigte, dass seine in der Lüneburger Heide geborene Ururur-Großmutter Margarethe Detjens 1814 eine Tochter namens Marie-Josephine bekam und wenig später den Franzosen Jean Carpentier heiratete. Schröders Neugier war geweckt und er begann, über die Zeit zu recherchieren, in der seine Ahnin gelebt hat. Da er außer Geburts-, Heirats- und Sterbedaten wenig Fakten hatte, überließ er die Liebesgeschichte seiner Phantasie und verwob sie mit den historischen Ereignissen in der Zeit. Herausgekommen ist ein spannender und bewegender Roman, dessen Lektüre sich natürlich vor allem für Hamburger lohnt, da der Autor Margarethe durch das historische Hamburg schickt.

Und so erzählt „Margarethe, mon amour“ ein Stück Stadtgeschichte, aber auch die Befreiungsbewegung der Deutschen gegen die mit viel Willkür und Elend einhergehende Fremdherrschaft der Truppen Napoleons ist ein großes Thema. So schildert Schröder beispielsweise, wie Margarethe bei mehreren Predigten Zeuge wird, wie die Pastoren von der Kanzel herunter intelligent zum Widerstand aufrufen, oder wie ein junger Hamburger Buchhändler für den Russlandfeldzug Napoleons zwangsrekrutiert wird und sich später der Befreiungsbewegung anschließt. Überhaupt gelingt es dem Autor hervorragend, den Alltag in der besetzten Stadt samt Folgen der Kontinentalsperre für die Handelsstadt Hamburg eindringlich und authentisch darzustellen.

Rebecca Bellano

Jörn Schröder: „Margarethe, mon amour. Eine Liebe zur Franzosenzeit“, *Ellert & Richter, Hamburg 2011, geb., 352 Seiten, 19,95 Euro*

»Ja, so war es«

Vom Leben in einem zerstörten, besetzten Land



Das Kriegsende 1945 ist eine der größten Zäsuren in der deutschen Geschichte. Für die einen bedeutete es das Ende der Schrecken des Krieges, für andere eine schmerzliche Niederlage, für wieder andere die Befreiung von Terror und Verfolgung, für viele aber auch erst den Anfang von Verlust, Siegergewalt, Leid und Tod. So unterschiedlich die persönlichen Erfahrungen auch waren, für alle bedeutete es eine Art „Stunde Null“.

In dem von Johann-Friedrich Huffmann in der Reihe „Zeitgeschichten“ des Frieling-Verlages herausgegebenen Sammelband über Kapitulation und Neubeginn schildern Zeitzeugen ihre Erinnerungen an jene Tage. Dabei stehen nicht die politischen Ereignisse und übergeordnete Erwägungen im Vordergrund, sondern das persönliche Erleben.

Erinnerungen an das Kriegsende 1945

Der Leser erfährt von den Lebensumständen und den Schwierigkeiten, die eine Existenz in dem zerstörten und besetzten Land zu meistern. Die Schilderungen bieten ein abwechslungsreiches Mosaik von mal nüchternen, mal emotionalen Erinnerungs- und Erlebnisberichten, Betrachtungen, Reflexionen und Auszügen aus Erzählungen.

Wer die schweren Jahre 1945 bis 1949 selbst erlebt hat, wird nach der Lektüre des Buches sagen: „Ja, so war es.“ Und die Nachgeborenen werden dankbar sein, dass das Schicksal ihnen nie eine derartige Prüfung auferlegt hat.

Jan Heitmann

Johann-Friedrich Huffmann (Hrsg.): „Kapitulation und Neubeginn. Persönliche Erinnerungen an die Jahre 1945 bis 1949“, *Frieling-Verlag, Berlin 2011, broschiert, 138 Seiten, 10 Euro*

Dem Tod ausgeliefert

Niederländer sucht nach verschollener Geliebter

Es endete mit einer schmerzhaften Bitte: „Versprich mir, dass du noch heute abreist, du bringst mich in Gefahr, wenn du bleibst.“ Wie könnte man jemandem, den man liebt, diesen auf so spezielle Weise formulierten Wunsch abschlagen?

Der Roman „Julia“ des niederländischen Schriftstellers Otto De Kat handelt von der Liebe. Es handelt sich jedoch um eine schmerzhafte Liebe, weil sie zwar beiderseitig war, aber dennoch unerfüllt bleiben sollte. Im Jahr 1938 arbeitet Christiaan Dudok, Sohn eines holländischen Unternehmers, vorübergehend in einer Lübecker Firma und lernt dort die Ingenieurin Julia kennen. Kaum, dass der verliebte Chris sich seine Liebe zu der unkonventionellen Julia eingestanden hat, schickt sie ihn auch schon fort. Ihr Bruder, der sich durch regimefeindliche Schauspielerei bei den Nationalsozialisten in Verruf gebracht hat, gefährdet nun auch das Leben seiner Schwester. Nach der Reichspogromnacht nimmt Julia dem verwirrt verliebten Chris ein folgenschweres Versprechen ab. „Versprich mir, dass du noch heute abreist, du bringst mich in Gefahr, wenn du bleibst.‘ Ihr letzter Trumpf: Du bringst mich in Gefahr, wenn du bleibst. Pathos des Augenblicks oder wirklich Bedrohung? Warum hatte er gehorcht, warum war er nach Hause gefahren? Diese Frage war ihm nicht mehr aus dem Kopf gegangen, nie mehr. Die Antworten, die er sich zurechtlegte, wechselten ständig, aber keine stellte ihn zufrieden.“

Einige Jahre nachdem der Krieg vorbei ist, reist Chris zur Messe nach Frankfurt. Seine Firma daheim läuft gut und viele Geschäftstermine erwarten ihn. Auf der Messe trifft er seinen ehemaligen Chef von den Lubecawerken aus Lübeck wieder und trifft sich mit ihm. Was der unglückliche Geschäftsmann an diesem Abend erfährt, soll dafür sorgen, dass sein ohnehin ruheloser Geist auch noch von Schuld belastet wird. Doch jede Reue kommt zu spät.

Ist Tatenlosigkeit Verrat?

„‚Sie waren ihr Geliebter Herr Dudok?‘ Er fragte es, als kenne er die Antwort bereits. Chris nickte, blieb stumm. Eine sehr direkte Frage, eine schwierige Frage. War er ihr Geliebter gewesen, durfte er sich so nennen? Ein paar Stunden, einen Sommer lang, Monate der Vorbereitung. Geliebter, ein Glanz umgab dieses Wort, er hätte es nicht auszusprechen gewagt, Knollenberg tat es. ‚Haben Sie ihr denn nicht geschrieben, haben Sie sie nicht gesucht oder sie nicht erreicht, hatten Sie nichts abgesprochen?‘ Die Rollen schienen vertauscht zu sein, Knollenberg stellte Fragen, beinah vorwurfsvoll, und Chris musste antworten. Er konnte nicht.“

Otto De Kat ist es gelungen, dem Leser in der Kürze dieses Romans einen Mann vorzustellen, der durch Tatenlosigkeit und einem Mangel an Entschlusskraft dazu verdammt ist, nie wieder glücklich zu sein. Durch die geringe Anzahl an weiteren Personen in dem Roman steht das Schicksal von Christiaan Dudok klar im Fokus der Geschichte. Lediglich eine verpasste Möglichkeit oder ein verpasstes Leben? Wie ein roter Faden zieht sich diese Frage durch den Roman.

Mit „Julia“ ist Otto De Kat ein wirklich schöner, eindringlicher Roman voller Schwermut über unwiderrufliche Versäumnisse gelungen.

Vanessa Ney

Otto De Kat: „Julia“, *Insel Verlag, Berlin 2011, broschiert, 169 Seiten, 7,99 Euro*

Feind der Linken



Fleischhauer wider den politisch korrekten Zeitgeist

Die jüngst erschienene Sammlung der Kolumnen des „Spiegel“-Autors Jan Fleischhauer unter dem Titel „Der schwarze Kanal“ zeigt: Fleischhauer kann schreiben. Er ist witzig und meinungsstark. Er schreibt an gegen den intellektuellen und medialen Zeitgeist. Kurzum: Man sollte sich sein neues Buch unbedingt kaufen!

Sehr hübsch ist die Idee von Autor und Verlag, am Ende des Buches kein Nachwort zu platzieren, sondern einige ausgewählte negative Reaktionen der Leser seiner Kolumne zu veröffentlichen. Zu gerne würden manche linke Gutmenschen dem scharf gescheitelten Fleischhauer die „Fresse polieren“. Sie ertragen es nicht, dass im selbsternannten „Sturmgeschütz der Demokratie“ ein Mann schreibt, der nicht (mehr) links ist.

Unter dem Schutz von Pseudonymen können die Ge- und Betroffenen so ihre Protestnoten absenden. Wenn „das_dunkle_orakel“ ein Schreibverbot für den Autor verlangt und erklärt, dass es ja nun leider die blöde Meinungsfreiheit gibt, dann spürt man förmlich, wie der linke Volkszorn kocht. Andere wollen dem „Bübchen“ und „Schreiberling“, so ihre Diktion, gleich in den Hintern treten. Man merkt: Wer so viele hasserfüllte Reaktionen bekommt, der muss etwas Wahres aussprechen. Und um Karl Kraus zu zitieren: ‚Was trifft, trifft auch zu.‘

Fleischhauer ist mittlerweile ein gelassener Konservativer, der von einem heiteren Pessimismus getragen wird. Er ist ironisch und hasst die Moralisierung der Politik. Das mögen die Blockwarte der politischen Korrektheit aber überhaupt nicht. Fleischhauer verteidigt all diejenigen, die von unserem Meinungskartell als Paria dargestellt werden. Er bricht eine Lanze für Guido Westerwelle, dem auch sein Schwulsein keine Sympathien einbringt, den Freiherrn zu Guttenberg und die FDP-Frau Silvana Koch-Mehrin. Er piesackt die Grünen als die Partei des öffentlichen Dienstes, die in ihrer eigenen „BAT-Boheme“, in Anspielung auf den Bundes-Angestelltentarifvertrag BAT, lebt. Für die rot-grünen Heuchler hat er erkennbar wenig übrig. Während bei Christian Wulff jeder Cent überprüft wurde, gab es keinen Aufschrei, „als sich der ehemalige Innenminister Otto Schily von einer Firma anstellen ließ, die nun die fälschungssicheren Personalausweise produziert, die er in seiner Zeit als Minister einführte“.

Grüne sind für ihn »BAT-Boheme«

Sentimentalsozialisten und die „Käßmann-Kultur“ gehen ihm erkennbar gegen den Strich. Auch die Wutbürger, die auf Lautstärke statt Wahlzettel setzen, die Rettungs-Europäer und die Merkel-Dauerkritiker bekommen ihr Fett weg. Meist trifft Fleischhauer ins Schwarze, weil die Fakten stimmen – dem „Spiegel“-Archiv sei Dank. Und auch unser Riesenstaatsmann Helmut Schmidt bekommt eine Breitseite. Heute gibt der qualmende Hanseat den Weltökonom, dabei war er selbst ein wirtschaftspolitischer Blindgänger. In den achteinhalb Jahren seiner Kanzlerschaft vervierfachten sich nämlich die Schulden des Bundes von 80 Milliarden auf 320 Milliarden D-Mark. Wer schon damals so lässig mit dem Geld der Steuerzahler umging, der kann heute locker seiner Amtsnachfolgerin vorwerfen, einen plumpen D-Mark-Nationalismus zu pflegen.

Ansgar Lange

Jan Fleischhauer: „Der schwarze Kanal. Was Sie schon immer von Linken ahnten, aber nicht zu sagen wagten“, *Rowohlt Verlag,*

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

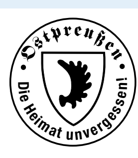
Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

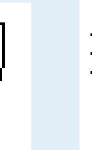
Rundstempel





Best.-Nr. 6216

Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538

Best.-Nr. 5539



pro Stück nur € 12,95



Straßenkarte West-Ost-Preußen
Danzig-Elbing-Thorn
Innenstadtplan von Elbing
Best.-Nr.: 1277, € 11,90

Straßenkarte Südliches Ostpreußen - Masuren
Allenstein-Rastenburg-Lyck
Innenstadtplan von Allenstein
Best.-Nr.: 1146, € 11,90



Straßenkarte Nördliches Ostpreußen
Mit Königsberg, Memelland, Tilsit und Gumbinnen
Innenstadtplan v. Königsberg
Best.-Nr.: 1145, € 11,90

Straßenkarten im Maßstab 1:200.000, 2-sprachig bis in Detail, polnisch/deutsch, separates Ortsnamenverzeichnis, polnisch-deutsch/deutsch-polnisch, abtrennbare Lupe



Sonderangebot statt € 25,80 nur € 19,95

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.
Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789

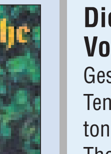


€ 9,95

Ostpreußischer Humor
Lieder und Erzählungen aus Ostpreußen
Laufzeit: 35 Minuten
Best.-Nr.: 1709



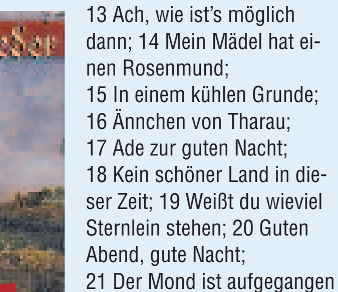
Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



statt € 12,90 nur € 9,95

Der fröhliche Ostpreuße
Lustige Geschichten und Lieder in ostpreußischem Dialekt
Laufzeit: 46 Minuten
Best.-Nr.: 1057

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen



Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95



statt € 24,80 nur noch € 14,95

Eckardt Opitz
Die Bismarcks in Friedrichsruh
21,5 x 28, 144 Seiten, mehr als 100 meist farb. Abb., Lit. Verz.
Best.-Nr.: 4550

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Kristina Schröder, Caroline Waldeck
Danke, emanzipiert sind wir selber!
Abschied vom Diktat der Rollenbilder
Kristina Schröder hat Karriere gemacht und gerade ein Kind bekommen.
Steht sie deshalb für ein Leitbild, an dem junge Frauen sich orientieren sollen? Nein, sagt sie, die Frauen von heute brauchen keine Leitbilder!
Feministinnen machen den gleichen Fehler wie die Strukturkonservativen auf der anderen Seite des politischen Spektrums: Beide schreiben vor, wie das ideale Frauenleben auszusehen hat. "Gefährlich und falsch!", sagt Kristina Schröder. Frauen (und Männer!) sollen endlich frei wählen können, wie sie ihr Leben gestalten wollen, ob mit oder ohne Familie, mit oder ohne Karriere. Diese Entscheidungen sind privat. Politik sollte keine Leitbilder vorgeben, sondern sicherstellen, dass alle Männer und Frauen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben haben und ihrer Verantwortung in Familie und Partnerschaft gerecht werden können. Welche Wege dahin führen zeigt sie in diesem zugleich politischen und persönlichen Buch angriffslustig und klar.

Geb., 239 Seiten
Best.-Nr.: 7177

€ 14,99

Edle Ostpreußen-Accessoires – die letzten Exemplare jetzt zum Sonderpreis!



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092



Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

statt je € 29,95 nur noch € 19,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund

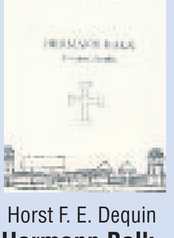


Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95



Gerd Schultze-Rhonhof
1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte
Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg
Geb., 656 Seiten
Best.-Nr.: 2261, € 39,95

Ian Kershaw
Das Ende
Kampf bis in den Untergang - NS-Deutschland 1944/45.
Geb., 704 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 7174, € 29,99



Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen u. Livland.
Kart., 217 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 2354
statt € 20,00 nur € 9,95

Michael Brückner
Vorsicht Währungsreform! Crash-Alarm!
Gebunden, 208 Seiten
Best.-Nr.: 7172, € 19,95



Hermann Pölking
Ostpreußen – Biographie einer Provinz
928 S., 131 Abb., 15 Karten
Best.-Nr.: 7144, € 29,95

Als der Schlager noch Musik war!



PETER IGELHOFF & ENSEMBLE
Sing ein Lied, wenn du mal traurig bist
24 Titel
Best.-Nr.: 3305



Marta Eggert und Jan Kiepura
Ich sing mein Lied heut' nur für dich
14 Titel
Best.-Nr.: 4915



Barnabbas von Geczy und sein Salonorchester
Sag' beim Abschied leise „Servus“
21 Titel
Best.-Nr.: 3304



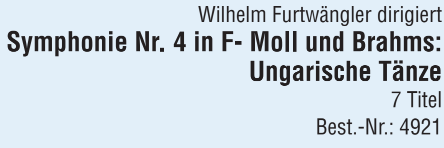
Willy Fritsch & Lilian Harvey
Liebling, mein Herz läßt Dich grüßen
13 Titel
Best.-Nr.: 4917



Willi Ostermann
Seine größten Erfolge
20 Titel
Best.-Nr.: 4904



je CD nur € 9,95



Wilhelm Furtwängler dirigiert
Symphonie Nr. 4 in F- Moll und Brahms: Ungarische Tänze
7 Titel
Best.-Nr.: 4921



Preußen-Schirmmütze





Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Pommern-Schirmmütze

Pommern-Schirmmütze
dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen
Best.-Nr.: 7176, € 14,95

Alfred de Zayas:
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95

Faszination Ermland und Masuren, Kalender

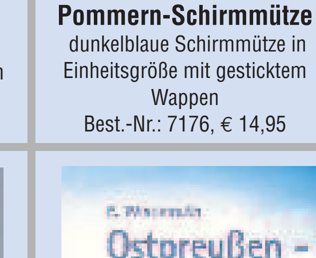


Mit 13 eindrucksvollen Farbfotos im Großformat der Natur in Ermland und Masuren.
Format: 42 x 30,7 cm (im Querformat), Metall Wire-O-Bindung mit Öse zum Aufhängen.
Bildunterschriften mit technischen(fotografischen) Angaben
Best.-Nr.: 7143





Ab 80,- € Bestellwert erhalten Sie ein Exemplar dieses Kalenders gratis



Sonderangebot statt € 13,95 nur € 9,95

„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…“
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach
Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050



E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Eine Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 17/12
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Ex-Minister sieht Aus des Euro

Rom – Im Rahmen einer Telefonüberwachung zur Aufklärung eines Finanzskandals ist einem Bericht der „Repubblica“ zufolge auch ein Gespräch des ehemaligen italienischen Wirtschaftsministers Tremonti aufgezeichnet worden. Inhalt des nun bekannt gewordenen Gesprächs aus dem Januar soll eine Empfehlung Tremontis an einen Gesprächspartner gewesen sein, sein Vermögen zu diversifizieren, da mit dem Auseinanderfallen des Euros zu rechnen sei. *N.H.*

Benzinknappheit in der Ukraine

Kiew – Kurz vor Beginn der Fußball-Europameisterschaft, die zum Teil in der Ukraine ausgetragen wird, wollte die Regierung für eine bessere Benzinqualität sorgen, bevor die Gäste kommen. Vorsorglich wurden Raffinerien, die dafür bekannt sind, besonders schlechtes Benzin herzustellen, geschlossen. Die Folge: Benzin wird knapp und teuer. Russische Ölkonzerne wie TNK-BP und Lukoil drohten daraufhin, Tankstellen wegen fehlender Rentabilität zu schließen. *MRK*

ZUR PERSON

Galionsfigur der Konservativen

Als sie am vergangenen Wochenende im Schweizer Fernsehen eine „Ventilklausel“ für Deutsche forderte, löste **Natalie Rickli** (35), Nationalrätin der Schweizer Volkspartei (SVP), einen Sturm der Entrüstung aus. Ihr Standpunkt, Deutsche seien ein Problem auf dem Schweizer Arbeitsmarkt, die den Einheimischen Arbeitsplätze wegnähmen und einen „Riesendruck“ auf den Arbeitsmarkt ausübten und nicht etwa Polen, sorgte für Aufregung. Der anwesende Martin Bäumle, Präsident der Grünliberalen, verteidigte die 200000 in der Schweiz arbeitenden Deutschen und wertete die Anti-Deutschen-Stimmung als miese Tour der SVP. „Die Deutschen, die hier arbeiten, machen ihren Job sehr gut. Wir brauchen sie, gerade im Gesundheitssektor.“

Tags darauf legte Rickli nach: Sie gab an, dass 95 Prozent der Schweizer ihr beipflichteten. Viele schrieben auf ihrer Facebook-Seite von Beispielen, in denen Schweizer um die 50 wegen „Umstrukturierungen“ ihre Stelle verloren hätten und kurze Zeit später ein Deutscher eingestellt worden sei. Die von Rickli ins Spiel gebrachte „Ventilklausel“ ist in den Verträgen der Schweiz mit der EU verankert und findet ab dem 1. Mai Anwendung auf Arbeitssuchende aus Polen, Tschechien, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, der Slowakei und Slowenien. Die Zahl der Aufenthaltsbewilligungen für Personen aus diesen Ländern wird dann begrenzt.



Rickli gilt als Galionsfigur der nächsten SVP-Generation. Die aus einfachen Verhältnissen stammende kaufmännische Angestellte gehört zur Geschäftsleitung einer Marketing-Firma. Sie trat mit 20 Jahren in die SVP ein. Seit 2007 vertritt sie als Nationalrätin das rechtskonservative Lager. Sie gilt als fleißig, kompetent und kontrolliert und trifft des Volkes Meinung auch bei anderen Themen. *MRK*



Zeichnung: Mohr

Wo der Müll tanzt

Was Schäuble von Soldaten hält, wie man gute von schlechten Grenzen unterscheidet, und wie wir dem Volk das Maul stopfen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Da finde noch einer durch. Nichts passt mehr zusammen! Ob es um die Stellung unserer Soldaten geht, die Grenzkontrollen in Europa, die Zukunft der Eisbären im Katastrophenklima, das Schicksal der so oft besungenen „kommenden Generationen“, den Frieden in Europa oder – wie immer – den Euro.

Der Reihe nach: Verteidigungsminister Thomas de Maizière will einen Veteranentag einführen. Des Ministers Begründung lautet, dass Soldat sein eben kein „Job wie jeder andere“ sei und daher besonders gewürdigt werden müsse. Wer wollte da widersprechen!

Wer? Der hier: Ausgerechnet de Maizières Kabinettskollege Wolfgang Schäuble machte sich zeitgleich zum Verteidigungsminister Gedanken über die Soldaten und gebar die Idee, dass Wehrdienstleistende ihren schmalen Sold künftig versteuern sollten. Der Finanzminister benötigt Geld für Wahlgeschenke und die europäische Solidarität. Da müssen alle Deutschen ran. Aber das bringt er natürlich nicht öffentlich als Begründung. Dafür hat er sich etwas Feineres zurechtgelegt: Seit die Wehrpflicht abgeschafft und der Dienst an der Waffe freiwillig geworden sei, sei der Wehrdienst schließlich nur noch „ein Job wie jeder andere“, der fiskalisch auch so behandelt werden müsse.

Reden diese Herren eigentlich miteinander? Wenn, dann offenbar nur noch in dem stacheligen Tonfall, der in Europa mittlerweile eingerissen ist. Erinnern Sie sich an das Theater, das in den EU-Hauptstädten, auch in Berlin, losbrach, als Dänemark bekanntgab, seine Grenzen wieder etwas mehr als gar nicht überwachen zu wollen – damit nicht so viele Kriminelle ungehindert ein- und ausreisen können? Die Dänen wollten das „Rad der Geschichte zurückdrehen“ und das „Feuer des Nationalismus entfachen“, donnerte es aus Berlin. Kopenhagen leugne „die wichtigsten Errungenschaften für Europa“, nämlich „Freiheit und Wohlstand“, die nach Meinung der Bundesregierung tödlich bedroht wären, sobald sich auch nur ein einziger dänischer Grenzpolizist nördlich von Flensburg blicken ließe.

Das ist kaum ein Jahr her, da schlägt unser eigener Innenminister Hans-Peter Friedrich vor, Grenzkontrollen als letztes Mittel über einen „begrenzten Zeitraum“ innerhalb des Schengen-Raumes wieder zuzulassen. Hat sich Berlin schon in Kopenhagen entschuldigt? Nein? Dann aber dalli!

In Spanien wird derweil ein völlig neues Konzept von Grenzregime entwickelt, dem man eine große Zukunft vorhersagen darf: Da am 3. Mai der Vorstand der Europäischen Zentralbank (EZB) tagt, will Madrid Grenzkontrollen einführen, weil es sich vor Anti-EZB-Demonstranten aus Rest-Europa fürchtet.

Das geht natürlich in Ordnung, denn: Wer wie Dänemark seine normalen Bürger vor kriminellem Unbill schützen will, ist ein gefährlicher Nationalist. Will ein Land dagegen die EU-Notenbanker vorm Bürgerzorn schützen, dann ist das ganz etwas anderes. Grenzen sind nicht mehr dazu da, die Völker vor ungebetenen Gästen zu schützen, sondern die Herrscher-Elite vor ihren ungebetenen Völkern.

> Komisch: Während die Eisbären im Fernsehen aussterben, werden sie am Pol immer mehr

Aber die sind ja selber schuld. Sind es nicht die Menschen, die durch ihr Verhalten das Klima vernichten? Denken Sie nur an den armen Eisbären, der uns im Fernsehen traurig von der letzten Eisscholle anschaut. Der stirbt nämlich aus wegen unseres CO_2.

Allerdings haben wir uns schon vor einiger Zeit darüber gewundert, wie es zum „Aussterben der letzten Eisbären“ passt, dass sich deren Zahl seit Mitte des 20. Jahrhunderts von 5000 auf bis zu 25000 verfünffacht hat, wie die Weltnaturschutzorganisation IUCN jetzt erneut berichtet. Auch von den Kaiserpinguinen am Südpol, deren Bestand nach Angaben „namhafter Forscher“ um 95 Prozent abnehmen sollte, gibt es fast doppelt so viele wie bislang gedacht. Und warum dann diese falschen Alarmmeldungen, die unbeeindruckt von den Fakten unverdrossen vom „Aussterben“ fabulieren? Will uns da etwa jemand einen (Eis)Bären aufbinden, um uns noch mehr Geld für die „Energiewende“ aus den Rippen zu leiern?

Aber das Geld geben wir doch nicht für uns oder die Bären, nein, das geben wir „für das Schicksal kommender Generationen“, die schließlich auch das Recht haben sollen, süßen Polartieren beim Aussterben im Fernsehen zuzuschauen.

Deshalb planen wir schon heute für die Zukunft. Die Initiative „Deutschland, Land der Ideen“ zeichnet seit 2005 Projekte aus, die „Innovation, Erfindergeist und Einfallsreichtum leben“, kurz: die uns voranbringen. Nun wurde auch das „Botanische Langzeittheater“ in Berlin ausgezeichnet, das von einer Zeit schwärmt, in der die Menschen alle tot sind. Das Problem: Unser Müll wird uns lange überleben, aber die Natur wehrt sich! Die Zeit 300 Jahre nach dem letzten Menschen bringen die innovativen Theatermacher nach eigenen Worten so auf die Bühne: „Die Berliner Puppentheater-Anarchisten ‚Das Helmi‘ schicken eine ganze Armee widerständiger Reststoffe in ihre letzte Schlacht. Denn kampflos überlassen die Bäume ihre Erde nicht dem Müll. Der Müll tanzt Karate-Choreografien, die Bäume singen Revolutionslieder und die Erde sendet weise Worte – nie war der Mensch entbehrlicher.“

Wie schön. Die Zukunft der Welt als menschenleere Müllkippe mit Bäumen auf Barrikaden. So was ist doch eine Auszeichnung wert – Deutschland, Land der Ideen! Was soll eigentlich dieses ständige Geplärre über die „Krise der deutschen Theater“ wegen des grassierenden „Besucherstreiks“? Bei solchen Stücken müssten die Zuschauer doch in Scharen strömen.

Außerdem wird diese Botschaft den „kommenden Generationen“ sicher gefallen: Euch wird es gar nicht geben. Was auf die europäische Schuldenpolitik ein völlig neues Licht wirft – wozu sparen, wenn morgen ohnehin alles vorbei ist? Na ja, vielleicht geht es ja doch irgendwie weiter, weshalb sich die ganz Schlauen schon mal in Sicherheit bringen.

Während die Mächtigen in der EU, die großen Staats- und Notenbanker zumal, täglich beteuern, dass der Euro überleben und niemand rausgeworfen wird, wurde nun bekannt: Die staatliche EU-Förderbank EIB vergibt neuerdings an griechische Unternehmen nur noch Kredite, die gegen die Wiedereinführung der Drachme abgesichert sind. Aha? Wir fühlen uns spontan an den legendären italienischen Kapitän erinnert, der schon im Rettungsboot saß, als seinen Passagieren auf dem sinkenden Kahn noch gepredigt wurde, „Ruhe zu bewahren“.

Gut, das ist wohl der Preis, den wir zahlen müssen für all den Frieden und die Stabilität, die wir erst seit der Einführung des Euro kennen. Indes: Frieden? Nur die Alten, die noch die Reichsmark im Portemonnaie hatten, können sich daran erinnern, dass sich die europäischen Völker jemals so angegiftet haben wie heute. Irgendwann wird uns jemand erklären müssen, was das mit der „Förderung von Frieden und Verständigung“ zu tun haben soll.

Und Stabilität? Seit Februar 2011 sind die Regierungen von Irland, Portugal, Italien, Griechenland, Spanien, der Slowakei und Slowenien von der Euro-Krise dahingerafft worden. Die holländische hat gerade ihre Mehrheit verloren, für die tschechische schlägt die Stunde der Wahrheit, und Nicolas Sarkozy gurgelt das Wasser in den Ohren.

Nur Deutschland bleibt ruhig, denn hier wird jede Aufmüpfigkeit im Keim erstickt: Nachdem der Versuch, widerspenstigen Abgeordneten das Rederecht zu kappen, erst einmal aufgeschoben werden musste, arbeitet man laut dem Verfassungsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider in Berlin daran, den Bürgern das Klagerecht beim Bundesverfassungsgericht massiv zu beschneiden. Sie sollen der Politik bei der Euro-Rettung nicht mehr in die Quere kommen können, die Bürger. Um nicht das Schicksal ihrer europäischen Kollegen zu erleiden, mauert sich die Berliner Politik ein, bevor das Volk Wind davon bekommt, was gespielt wird.

MEINUNGEN

„Handelsblatt“-Redakteur ***Rüdiger Scheidges*** *klagte in der Ausgabe vom 17. April über* ***Bundestagsabgeordnete****:*

„Als Reichskanzler Bismarck wider den Reichstag als ‚Quasselbude‘ höhnte, debattierten die Abgeordneten über Verfassungsreformen, die dessen Macht schmälern sollten. Wenn Parlamentarier heute Geschäftsordnungen zur Eindämmung der Abweichler aushecken, hängen sie sich selbst den Maulkorb um. Solche Konformismus-Strategie fällt hinter Bismarck zurück.“

Joachim Bitterlich*, Manager beim französischen Unternehmen Veolia, erklärt im „Focus“ vom 16. April, warum er nicht an* ***deutsch-französische Zweisamkeit*** *glaubt:*

„Weil sie auf einer Illusion beruht – der Illusion von Nähe, weil man Nachbar ist. Man meint, man kenne sich, man hat sich ausgesöhnt; auch sind wir die wichtigsten Kunden füreinander. In Wahrheit ist Deutschland eine Terra incognita in Frankreich, und viele Deutsche wissen auch wenig vom Nachbarn. Unsere Denkweise, die politischen sowie die Sozial- und Wirtschaftssysteme unterscheiden sich sehr. Sie laden zu Missverständnissen ein.“

Die Schriftstellerin ***Monika Maron*** *unterstützt in der „Welt“ (24. April) CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder, der Christian Wulffs Satz* ***„Der Islam gehört zu Deutschland“*** *widersprochen hat:*

„Dem Islam steht seine Aufklärung, die das Christentum schon vor mehr als 200 Jahren erdulden musste, noch bevor. Bis dahin aber wünsche ich innigst, dass er nicht zu Deutschland gehört.“

Veräppelt

Ein neues Wort wird
meist kreiert,
um Neugier zu entfachen:
Wer's nämlich wahrnimmt, der
probiert,
sich drauf 'nen Reim zu machen!

So liest man öfters nun von
„Apps“,
und Reimen scheint hier simpel –
doch das tät' bloß ein Gimpel.
auf Klaps zum Beispiel oder
Schnaps –

Denn Profis sagen „Äpps“ korrekt,
und die auch noch zu fragen,
was effektiv dahintersteckt,
wird eh dann kaum wer wagen.

Serviert kriegt Äpps man am
Tablet –
mit einem „t“ indessen,
und auszusprechen ist's
kokett
wie „Täblet“, nicht vergessen!

Vermisst hat keiner zwar bisher
die Äpps aus der Retorte,
dafür will jetzt man umso mehr
ergattern von der Sorte.

Es will ja keiner weit und breit
als Hinterwäldler gelten,
schon gar nicht in der neuen Zeit
der virtuellen Welten!

Und jeder Tepp macht mit beim
Nepp
– mit Leib und Seel' ergeben
der Fummelei von Äpp zu
Äpp –
mit Äpps veräppelt eben.

So passt auf Klaps nun doch der
Reim –
nur werden Gimpel heute
halt fortschrittsmäßig statt am
Leim
im Internetz zur Beute ...

Pannonicus